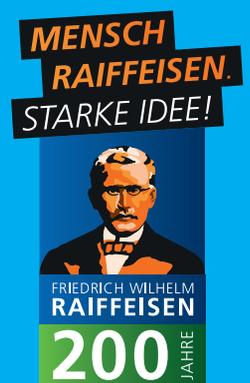


Konsolidierter Jahresabschluss 2017

der Genossenschaftlichen FinanzGruppe
Volksbanken Raiffeisenbanken



Ratings

	Fitch Ratings (Verbundrating)	Standard & Poor's
Long-Term Issuer Default Rating (Langfristige Kreditbewertung)	AA-	AA-
Short-Term Issuer Default Rating (Kurzfristige Kreditbewertung)	F1+	A-1+
Support Rating (Unterstützungsbewertung)	5	*)
Outlook (Ausblick)	Stable	Stable
Individual Rating	aa-	aa-

*) Standard & Poor's führt hier keine Einstufung durch.

Genossenschaftliche FinanzGruppe Volksbanken Raiffeisenbanken

	2017 in Mio. Euro	2016 in Mio. Euro	Veränderung in Prozent
Ertragslage			
Zinsüberschuss	18.638	18.826	-1,0
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	-576	-522	10,3
Provisionsüberschuss	6.491	5.963	8,9
Ergebnis aus Finanz- und Warengeschäften ¹	854	942	-9,3
Ergebnis aus dem Versicherungsgeschäft ²	1.283	1.119	14,7
Konsolidiertes Ergebnis vor Steuern	8.916	8.308	7,3
Konsolidierter Jahresüberschuss	6.073	5.898	3,0
Vermögenslage			
Forderungen an Kreditinstitute	51.042	41.433	23,2
Forderungen an Kunden	761.880	733.155	3,9
Risikovorsorge	-7.363	-7.520	-2,1
Handelsaktiva	38.107	48.270	-21,1
Finanzanlagen	243.732	251.965	-3,3
Kapitalanlagen der Versicherungsunternehmen	95.431	89.435	6,7
Übrige Aktiva	60.487	59.042	2,4
Finanzlage			
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	113.065	103.282	9,5
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	801.031	774.302	3,5
Verbriefte Verbindlichkeiten	64.807	71.122	-8,9
Handelspassiva	36.760	44.139	-16,7
Versicherungstechnische Rückstellungen	89.324	84.125	6,2
Übrige Passiva	33.891	40.241	-15,8
Eigenkapital	104.438	98.569	6,0
Bilanzsumme	1.243.316	1.215.780	2,3
Geschäftsvolumen³	1.662.773	1.599.431	4,0
Rentabilität/Effizienz			
Aufwand-Ertrags-Relation (in Prozent)	65,3	67,0	
Eigenkapitalrendite (in Prozent) ⁴	8,8	8,7	
Durchschnittliches Eigenkapital	101.504	95.788	
Gesamtkapitalrendite (in Prozent) ⁵	0,5	0,5	
Bankaufsichtsrechtliche Kennziffern			
Kernkapitalquote (in Prozent)	13,4	13,1	
Gesamtkapitalquote (in Prozent)	16,0	16,1	
Harte Kernkapitalquote inklusive §-340f-HGB-Reserven (in Prozent)	15,4	15,2	
Beschäftigte zum Stichtag	177.248	181.740	-2,5

(Fußnoten 1-5: siehe Umschlag Innenseite hinten)

1

Konsolidierter Jahresabschluss 2017

der Genossenschaftlichen FinanzGruppe
Volksbanken Raiffeisenbanken

2

Inhalt

In aller Kürze	5
Lagebericht 2017	7
Grundlagen der Genossenschaftlichen FinanzGruppe Volksbanken Raiffeisenbanken	7
Struktur und Geschäftsmodell sowie Besonderheiten als IPS	8
Geschäftsverlauf	9
Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen	10
Genossenschaftliche FinanzGruppe Volksbanken Raiffeisenbanken	11
Geschäftssegmente der Genossenschaftlichen FinanzGruppe Volksbanken Raiffeisenbanken	20
Personalbericht und Nachhaltigkeit	25
Personalbericht	26
Nachhaltigkeitsbericht	32
Zusammengefasster Chancen- und Risikobericht	35
Grundlagen	36
Risikomanagement in einer dezentralen Organisation	37
Kapitalmanagement	42
Kredit-, Marktpreis- und Liquiditätsrisiken sowie operationelle Risiken	46
Chancen und Chancenmanagement	49
Prognosebericht	51
Gesamt- und Kreditwirtschaft	52
Genossenschaftliche FinanzGruppe Volksbanken Raiffeisenbanken	54
Konsolidierter Jahresabschluss 2017 der Genossenschaftlichen FinanzGruppe Volksbanken Raiffeisenbanken	57
Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2017	58
Gesamtergebnisrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2017	59
Bilanz zum 31. Dezember 2017	60
Veränderungen des Eigenkapitals	62
Kapitalflussrechnung	64
Angaben zum Konsolidierten Jahresabschluss	67
A Allgemeine Angaben	68
B Ausgewählte Angaben zu Anteilen an anderen Unternehmen	70
C Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung	74

3

1. Angaben zu Geschäftssegmenten	74
2. Zinsüberschuss	77
3. Risikovorsorge im Kreditgeschäft	78
4. Provisionsüberschuss	78
5. Handelsergebnis	79
6. Ergebnis aus Finanzanlagen	79
7. Sonstiges Bewertungsergebnis aus Finanzinstrumenten	79
8. Verdiente Beiträge aus dem Versicherungsgeschäft	80
9. Ergebnis aus Kapitalanlagen und sonstiges Ergebnis der Versicherungsunternehmen	80
10. Versicherungsleistungen	80
11. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb	84
12. Verwaltungsaufwendungen	84
13. Sonstiges betriebliches Ergebnis	84
14. Ertragsteuern	85
D Angaben zur Bilanz	86
15. Barreserve	86
16. Forderungen an Kreditinstitute und Kunden	86
17. Risikovorsorge	87
18. Positive und negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	87
19. Handelsaktiva	88
20. Finanzanlagen	88
21. Kapitalanlagen der Versicherungsunternehmen	89
22. Sachanlagen und Investment Property	89
23. Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen	90
24. Sonstige Aktiva	91
25. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden	92
26. Verbriefte Verbindlichkeiten	92
27. Handelspassiva	93
28. Rückstellungen	94
29. Versicherungstechnische Rückstellungen	96
30. Sonstige Passiva	98
31. Nachrangkapital	99
E Angaben zu Finanzinstrumenten	100
32. Beizulegender Zeitwert von Finanzinstrumenten	100
33. Fälligkeitsanalyse	101
F Sonstige Angaben	102
34. Kapitalausstattung und aufsichtsrechtliche Kennziffern	102
35. Finanzgarantien und Kreditzusagen	102
36. Treuhandgeschäft	103
37. Vermögensverwaltung der Union Investment Gruppe	103
38. Leasingverhältnisse	104
39. Bestandsbewegung der Bausparkasse Schwäbisch Hall	105
40. Bewegung der Zuteilungsmasse der Bausparkasse Schwäbisch Hall	106
41. Deckungsrechnung für das Hypotheken- und Kommunalkreditgeschäft der Hypothekenbanken	107
42. Vorstand des BVR	110
Anlage: Maßgebende Rechnungslegungsgrundsätze	111

5

In aller Kürze

Die Genossenschaftliche FinanzGruppe Volksbanken Raiffeisenbanken erzielte im Geschäftsjahr 2017 ein gutes konsolidiertes Ergebnis: Sie steigerte ihren Gewinn vor Steuern um 7,3 Prozent auf 8,9 Milliarden Euro. Zugleich baute sie ihr bilanzielles Eigenkapital deutlich auf 104,4 Milliarden Euro aus. Die genossenschaftliche FinanzGruppe ist damit auch hinsichtlich möglicher Wachstumsrisiken in der Weltwirtschaft gut aufgestellt.

Der Konsolidierte Jahresabschluss der genossenschaftlichen FinanzGruppe bildet das Geschäftsjahr der 915 Volksbanken und Raiffeisenbanken, Sparda-Banken, PSD Banken und der weiteren genossenschaftlichen Spezialinstitute sowie der DZ BANK und der zentralen Produktspezialisten, also der Hypothekenbanken, der Bausparkasse Schwäbisch Hall, der R+V Versicherung, der Union Investment, VR Leasing (künftig: VR Smart Finanz), der Team-Bank und der DZ PRIVATBANK, ab. Nahezu im Gleichklang steigerte die genossenschaftliche FinanzGruppe 2017 ihre Bestände an Kundenkrediten um 3,9 Prozent auf 762 Milliarden Euro und die Kundeneinlagen um 3,5 Prozent auf 801 Milliarden Euro. Wachstumstreiber im Kreditgeschäft mit den Privatkunden waren private Wohnungsbaukredite; die Kreditvergabe an Firmenkunden zog vor allem im Dienstleistungs- und Baugewerbe an.

Das kräftige Wachstum im Kundengeschäft trug auch im derzeit schwierigen Zinsumfeld entscheidend zur Gewinnsteigerung bei. Die genossenschaftliche FinanzGruppe hielt im abgelaufenen Geschäftsjahr 2017 ihren Zinsüberschuss mit 18,6 Milliarden Euro nahezu auf dem Vorjahresniveau von 18,8 Milliarden Euro. Der Provisionsüberschuss stieg kräftig um 8,9 Prozent auf knapp 6,5 Milliarden Euro. Die Kunden reagierten hier erkennbar auf die niedrigen Zinsen und entschieden sich bei ihren Vermögensanlagen vermehrt für Wertpapiere und Fonds.

Nach Steuern erwirtschaftete die Gruppe einen Konsolidierten Jahresüberschuss von 6,1 Milliarden Euro und damit 3,0 Prozent mehr als im Vorjahr. Die konsolidierte Bilanzsumme der genossenschaftlichen FinanzGruppe wuchs leicht um 27,5 Milliarden Euro auf 1,24 Billionen Euro.

Erstmals überschritt das bilanzielle Eigenkapital der genossenschaftlichen FinanzGruppe die Marke von 100 Milliarden Euro: Der Bestand erhöhte sich 2017 um 6,0 Prozent auf 104,4 Milliarden Euro. Rund 87 Prozent davon halten die Primärinstitute. Der Anstieg resultiert wie in den Vorjahren im Wesentlichen aus einbehaltenen Gewinnen, die in einem anspruchsvollen Marktumfeld erwirtschaftet wurden. Flankierend haben die Banken neue Genossenschaftsanteile in Höhe von knapp einer halben Milliarde Euro (0,46 Milliarden Euro) an Genossenschaftsmitglieder ausgegeben – dies ist eine erneute Steigerung um 4,0 Prozent.

7

Lagebericht 2017

Grundlagen der Genossenschaftlichen FinanzGruppe Volksbanken Raiffeisenbanken

8

Struktur und Geschäftsmodell sowie Besonderheiten als IPS*

Mit dem vorliegenden Lagebericht wird der Konsolidierte Jahresabschluss der Genossenschaftlichen FinanzGruppe Volksbanken Raiffeisenbanken ergänzt.

Die Genossenschaftliche FinanzGruppe Volksbanken Raiffeisenbanken umfasst als konsolidierte Einheiten neben 915 Primärbanken (Vorjahr: 972) den DZ BANK Konzern, die Münchener Hypothekenbank eG (MHB) sowie die Sicherungseinrichtung des BVR und die BVR Institutssicherung GmbH. Zu den einbezogenen Primärbanken zählen auch die Deutsche Apotheker- und Ärztebank eG, die Sparda-Banken, die PSD Banken und Sonderinstitute wie die BAG Bankaktiengesellschaft.

Die Primärbanken sowie die MHB stellen die rechtlich selbstständigen, gleichgeordneten Mutterunternehmen der genossenschaftlichen FinanzGruppe dar, während die übrigen Unternehmen und der DZ BANK Konzern als Tochterunternehmen einbezogen sind.

Das in der Genossenschaftlichen FinanzGruppe Volksbanken Raiffeisenbanken eingerichtete institutsbezogene Sicherungssystem als duales genossenschaftliches Sicherungssystem besteht neben der Sicherungseinrichtung des BVR aus dem BVR-ISG-Sicherungssystem. Beide institutsbezogenen Sicherungssysteme ergänzen sich.

Die weitergehenden Grundsätze und Methoden des institutsbezogenen Sicherungssystems werden im Abschnitt „Zusammengefasster Chancen- und Risikobericht“ dargestellt.

Abgrenzung der wesentlichen Segmente

Definition der im Geschäftsverlauf dargestellten Segmente Bank, Retail, Immobilien und Versicherung siehe im Abschnitt „Angaben zum Konsolidierten Jahresabschluss“ ab Seite 67.

*Institutional Protection Scheme.

9

Lagebericht 2017

Geschäftsverlauf

10

Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Im Geschäftsjahr schritt der bereits seit 2013 andauernde Konjunkturaufschwung in Deutschland weiter voran und führte erneut zu einem überdurchschnittlichen Wirtschaftswachstum. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt legte nach aktuellen amtlichen Angaben gegenüber dem Vorjahr um +2,2 Prozent zu und expandierte damit noch etwas stärker als im Vorjahr (+1,9 Prozent).

Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung erfuhr im bisherigen Verlauf des Aufschwungs und auch im Geschäftsjahr von Quartal zu Quartal nur relativ geringe Schwankungen. Globale Unsicherheiten, beispielsweise der angekündigte harte Austritt Großbritanniens aus der EU, beeinträchtigten das Wirtschaftswachstum Deutschlands offenbar nur wenig. Grund hierfür dürfte nicht zuletzt sein, dass das Wachstum weniger durch außenwirtschaftliche, sondern vielmehr durch binnenwirtschaftliche Faktoren getrieben wurde.

Haupttreiber des Wirtschaftswachstums waren im Geschäftsjahr abermals die staatlichen und privaten Konsumausgaben. Angesichts der unvermindert günstigen Arbeitsmarkt- und Lohnentwicklung sowie der nach wie vor moderaten Teuerung der Verbraucherpreise erhöhten die privaten Haushalte ihre Ausgaben ähnlich deutlich wie im Vorjahr.

Die Investitionen und der Außenhandel trugen ebenfalls zum Anstieg des Bruttoinlandsprodukts bei. Die Exporte legten stärker zu als im Vorjahr. Da jedoch auch die Importe deutlich zunahmen, gingen vom Außenhandel per Saldo rechnerisch kaum Impulse für das gesamtwirtschaftliche Wachstum aus. Die Investitionstätigkeit gewann etwas an Schwung. Vor dem Hintergrund der zunehmenden Kapazitätsauslastung in der Industrie expandierten die Ausrüstungsinvestitionen stärker als zuvor. Bei den Bauinvestitionen blieb das Wachstumstempo unverändert hoch.

Der Anstieg der Verbraucherpreise hat sich 2017 beschleunigt. Die Inflationsrate ist von 0,5 Prozent im Vorjahr auf 1,8 Prozent gestiegen. Maßgeblich hierfür waren die Energiepreise, die sich spürbar verteuerten, nachdem sie in den Vorjahren stets gesunken waren. Auch für Nahrungsmittel mussten die Verbraucher deutlich mehr aufwenden als zuvor.

Am Arbeitsmarkt setzten sich die günstigen Trends fort. Die Zahl der Erwerbstätigen mit inländischem Arbeitsort stieg im Vorjahresvergleich um 633.000 auf rund 44,3 Millionen. Die Arbeitslosenzahl sank von knapp 2,7 Millionen Menschen im Jahr 2016 auf etwa 2,5 Millionen. Die Arbeitslosenquote nahm gegenüber dem Vorjahr um 0,4 Prozentpunkte auf 5,7 Prozent ab.

11

Genossenschaftliche FinanzGruppe Volksbanken Raiffeisenbanken

Geschäftsentwicklung

In einem vor allem von dem ausgeprägten Niedrigzinsniveau, einem hohen Wettbewerb sowie von einer anspruchsvollen Regulatorik beeinflussten schwierigen Marktumfeld konnte sich die Genossenschaftliche FinanzGruppe Volksbanken Raiffeisenbanken auch im Geschäftsjahr erfolgreich behaupten. Mit einem Ergebnis vor Steuern in Höhe von 8.916 Millionen Euro konnte der Vorjahreswert von 8.308 Millionen Euro um 608 Millionen Euro übertroffen werden. Damit hat sich das regional verankerte sowie wert- und kundenorientierte Geschäftsmodell der genossenschaftlichen FinanzGruppe in einem anspruchsvollen wirtschaftlichen Umfeld erneut als robust und zuverlässig erwiesen.

Im Kreditgeschäft mit Privat- und Firmenkunden konnten die Genossenschaftsbanken im Geschäftsjahr ein kräftiges und stabiles Wachstum erzielen. Insgesamt legte das Kreditgeschäft mit Privat- und Firmenkunden um +5,6 Prozent zu und lag damit um 1,1 Prozentpunkte über der Zuwachsrate des vergangenen Geschäftsjahres in Höhe von +4,5 Prozent. Hauptwachstumstreiber bei diesem anhaltend positiven Trend im Kreditgeschäft war abermals die rege Nachfrage der Kunden nach privaten Wohnungsbaukrediten. Der Marktanteil im Geschäft mit Privatkunden konnte im Vergleich zum Vorjahr erneut leicht gesteigert werden. Auch im Geschäft mit Firmenkunden nahm der Marktanteil etwas zu. Insbesondere die rege Kreditvergabe an das Dienstleistungs- und Baugewerbe war hierfür ursächlich. Im Bereich der Land- und Forstwirtschaft sind die Genossenschaftsbanken Marktführer. Ebenso verzeichnete die Einlagenseite der genossenschaftlichen FinanzGruppe ein stabiles Wachstum, sodass die deutliche Kreditausweitung vollständig durch die Zunahme der Kundeneinlagen refinanziert werden konnte.

Das Eigenkapital erhöhte sich um 6,0 Prozent auf einen Wert von 104,4 Milliarden Euro (Vorjahr: 98,6 Milliarden Euro) und überschreitet damit im Geschäftsjahr erstmals die 100-Milliarden-Euro-Marke. Der gegenüber dem Vorjahr bei anhaltend schwierigen Rahmenbedingungen zu verzeichnende merkliche Eigenkapitalzuwachs unterstreicht erneut die Nachhaltigkeit des erfolgreichen Wirtschaftens und

stärkt die Zukunftsfähigkeit der genossenschaftlichen FinanzGruppe. Die solide bilanzielle Kapitalausstattung verschafft der genossenschaftlichen FinanzGruppe ausreichende Risikopuffer sowie zugleich Wachstumsspielräume im Kreditgeschäft mit Privat- und Firmenkunden.

Die Vitalität und finanzielle Stabilität des Geschäftsmodells der genossenschaftlichen FinanzGruppe mit ihrer starken Marktposition im Privat- und Firmenkundengeschäft wird durch ein im Branchenvergleich erfreuliches Kapitalmarkt-rating von „AA-“ durch die beiden Ratingagenturen Standard & Poor's und Fitch Ratings gewürdigt.

Auch im Geschäftsjahr zeigt sich die hohe Marktakzeptanz der genossenschaftlichen FinanzGruppe in einem anhaltenden Mitgliederzuwachs. Seit 2007 wuchs die Zahl der Mitglieder der Volksbanken und Raiffeisenbanken um mehr als 2,4 Millionen. Im Geschäftsjahr zählten die Genossenschaftsbanken damit zum Jahresende insgesamt 18,5 Millionen Mitglieder. Die durchschnittliche Zahl der Mitglieder je Kreditgenossenschaft stieg auf knapp 20.000.

Ertragslage

Der **Zinsüberschuss** lag im Geschäftsjahr mit einem Wert in Höhe von 18.638 Millionen Euro erneut leicht unter dem Niveau des Vorjahres (Vorjahr: 18.826 Millionen Euro). Er ist im Wesentlichen geprägt von der Niedrigzinspolitik der EZB mit daraus resultierenden Margenverschlechterungen. Der Zinsüberschuss der Kreditgenossenschaften, der die größte Ertragsquelle der genossenschaftlichen FinanzGruppe darstellt, verringerte sich im Geschäftsjahr gegenüber dem Vorjahr auf 15.917 Millionen Euro (Vorjahr: 16.052 Millionen Euro).

Die **Risikovorsorge im Kreditgeschäft** erhöhte sich leicht von –522 Millionen Euro im Vorjahr auf –576 Millionen Euro im Geschäftsjahr.

Der **Provisionsüberschuss** konnte im Geschäftsjahr deutlich um +8,9 Prozent von 5.963 Millionen Euro auf 6.491 Millionen Euro gesteigert werden. Der Ergebniszuwachs resultiert im Wesentlichen aus den marktbedingt gestiegenen Vermittlungserträgen im Wertpapier- und Fondsgeschäft.

12

Das **Handelsergebnis** der genossenschaftlichen FinanzGruppe reduzierte sich um 390 Millionen Euro auf 709 Millionen Euro gegenüber einem hohen Vergleichswert des Vorjahres in Höhe von 1.099 Millionen Euro. Das Handelsergebnis wird im Wesentlichen vom DZ BANK Konzern beeinflusst.

Das **Ergebnis aus Finanzanlagen** reduzierte sich im Vergleich zu dem entsprechenden Vorjahreswert auf –144 Millionen Euro (Vorjahr: 33 Millionen Euro). Der Vorjahreswert war vor allem durch den positiven Einmaleffekt aus dem Verkauf von Anteilen an Visa Europe beeinflusst.

Das **Sonstige Bewertungsergebnis aus Finanzinstrumenten** verbesserte sich von –190 Millionen Euro im Vorjahr auf 289 Millionen Euro im Geschäftsjahr. Der Anstieg resultiert maßgeblich aus der Einengung der Credit Spreads bei Anleihen aus den Peripheriestaaten des Euroraums. Demgegenüber waren im Vorjahr Ausweitungen dieser Credit Spreads zu verzeichnen.

Das **Ergebnis aus dem Versicherungsgeschäft** erhöhte sich im Geschäftsjahr um +14,7 Prozent auf 1.283 Millionen Euro (Vorjahr: 1.119 Millionen Euro). Diese Ergebnisveränderung resultiert aus einem Anstieg der Beitragseinnahmen sowie einem leichten Rückgang der Versicherungsleistungen, die eine Verminderung des Ergebnisses aus Kapitalanlagen und sonstigen Ergebnisses der Versicherungsunternehmen sowie eine Zunahme der Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb überkompensiert haben.

Die **Verwaltungsaufwendungen** konnten insbesondere aufgrund des aktiven Kostenmanagements der Genossenschaftsbanken im Geschäftsjahr 2017 leicht um –0,3 Prozent oder um 60 Millionen Euro von –17.944 Millionen Euro auf –17.884 Millionen Euro reduziert werden. Der Großteil der Verwaltungsaufwendungen entfällt mit einem Betrag von –10.138 Millionen Euro (Vorjahr: –10.318 Millionen Euro) auf Personalaufwendungen.

Die **Ertragsteuern** des Geschäftsjahres in Höhe von –2.843 Millionen Euro (Vorjahr: –2.410 Millionen Euro) entfallen mit –2.649 Millionen Euro im Wesentlichen auf tatsächliche Ertragsteuern. Dies unter-

streicht einmal mehr den besonderen Stellenwert der genossenschaftlichen FinanzGruppe für die Regionen mit ihrer Rolle als einem der größten kommunalen Steuerzahler.

Der **Konsolidierte Jahresüberschuss** nach Berücksichtigung von Ertragsteuern erhöhte sich im Geschäftsjahr 2017 um +3,0 Prozent auf 6.073 Millionen Euro nach 5.898 Millionen Euro im Vorjahreszeitraum.

Die **Aufwand-Ertrags-Relation** der genossenschaftlichen FinanzGruppe beträgt im Geschäftsjahr 65,3 Prozent (Vorjahr: 67,0 Prozent).

Vermögens- und Finanzlage

Die konsolidierte **Bilanzsumme** der Genossenschaftlichen FinanzGruppe Volksbanken Raiffeisenbanken erhöhte sich im Geschäftsjahr um +27,5 Milliarden Euro auf 1.243,3 Milliarden Euro (Vorjahr: 1.215,8 Milliarden Euro). Das **Geschäftsvolumen** erhöhte sich von 1.599,4 Milliarden Euro im Vorjahr auf 1.662,8 Milliarden Euro im Jahr 2017.

Die Bilanzsumme vor Konsolidierung entfiel in Höhe von 61,7 Prozent (Vorjahr: 60,6 Prozent) auf die Primärbanken sowie in Höhe von 35,3 Prozent (Vorjahr: 36,4 Prozent) auf den DZ BANK Konzern. Die restlichen 3,0 Prozent verteilen sich auf die Münchener Hypothekenbank, die BVR-Sicherungseinrichtung sowie auf die Institutssicherung GmbH des BVR.

Auf der **Aktivseite** stiegen die Forderungen an Kunden um +3,9 Prozent auf 761,9 Milliarden Euro (Vorjahr: 733,2 Milliarden Euro). Diese Steigerung resultierte auch im Geschäftsjahr vorwiegend aus den Primärbanken, die mit einem Zuwachs ihrer Kundenforderungen von +5,6 Prozent über der entsprechenden Wachstumsrate von +4,5 Prozent aus dem Vorjahr lagen. Wachstumstreiber im Privatkundenbereich waren erwartungsgemäß im Wesentlichen die privaten Wohnungsbaukredite. Im Kreditgeschäft mit Firmenkunden (Kredite an nichtfinanzielle Unternehmen und Selbstständige) legten die Volksbanken und Raiffeisenbanken im Wesentlichen bei den Krediten an das Dienstleistungs- und Baugewerbe zu.

13

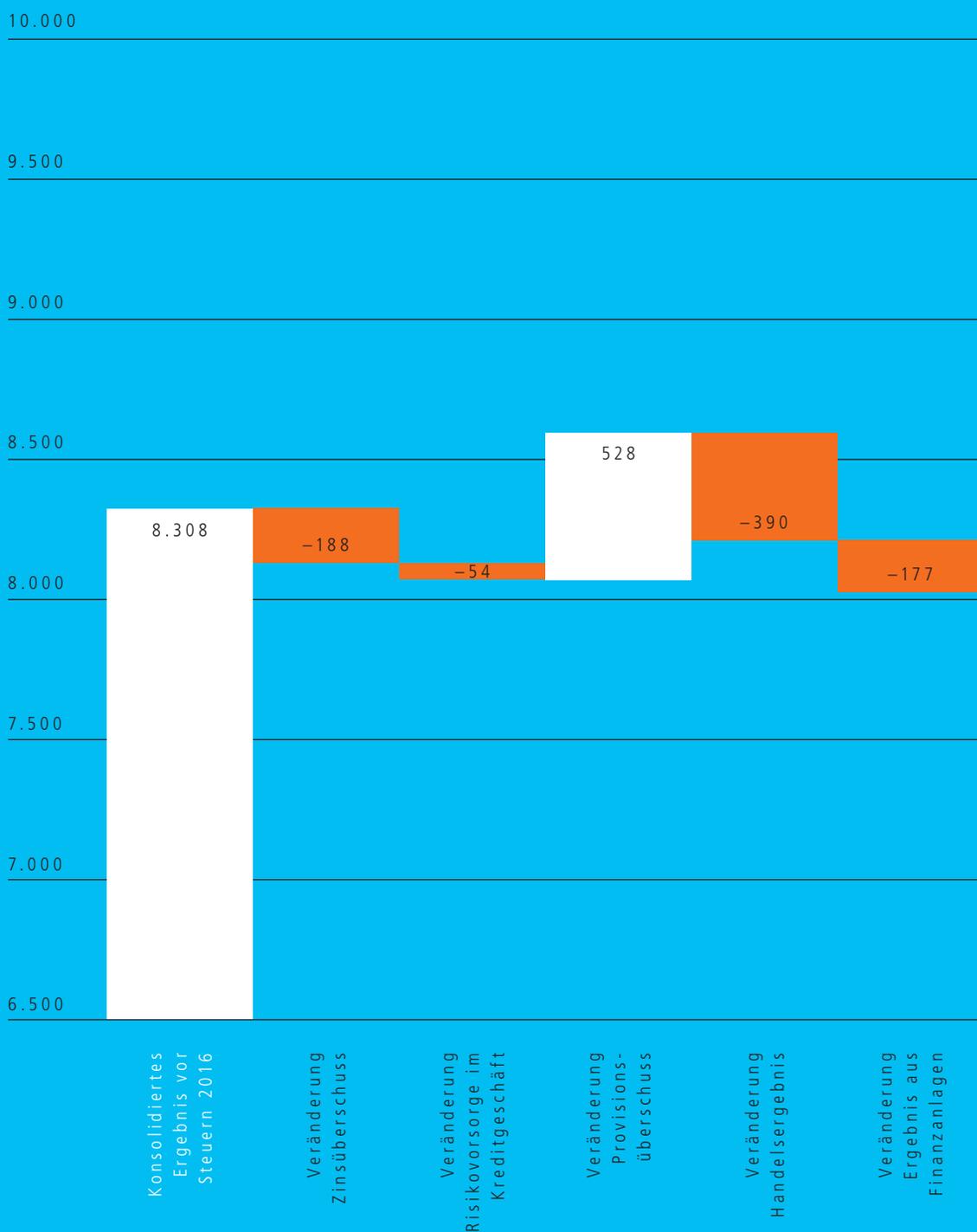
Ertragslage

	2017 in Mio. Euro	2016 in Mio. Euro	Veränderung in Prozent
Zinsüberschuss	18.638	18.826	-1,0
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	-576	-522	10,3
Provisionsüberschuss	6.491	5.963	8,9
Handelsergebnis	709	1.099	-35,5
Ergebnis aus Finanzanlagen	-144	33	>100,0
Sonstiges Bewertungsergebnis aus Finanzinstrumenten	289	-190	>100,0
Ergebnis aus dem Versicherungsgeschäft	1.283	1.119	14,7
Verwaltungsaufwendungen	-17.884	-17.944	-0,3
Sonstiges betriebliches Ergebnis	110	-76	>100,0
Konsolidiertes Ergebnis vor Steuern	8.916	8.308	7,3
Ertragsteuern	-2.843	-2.410	18,0
Konsolidierter Jahresüberschuss	6.073	5.898	3,0

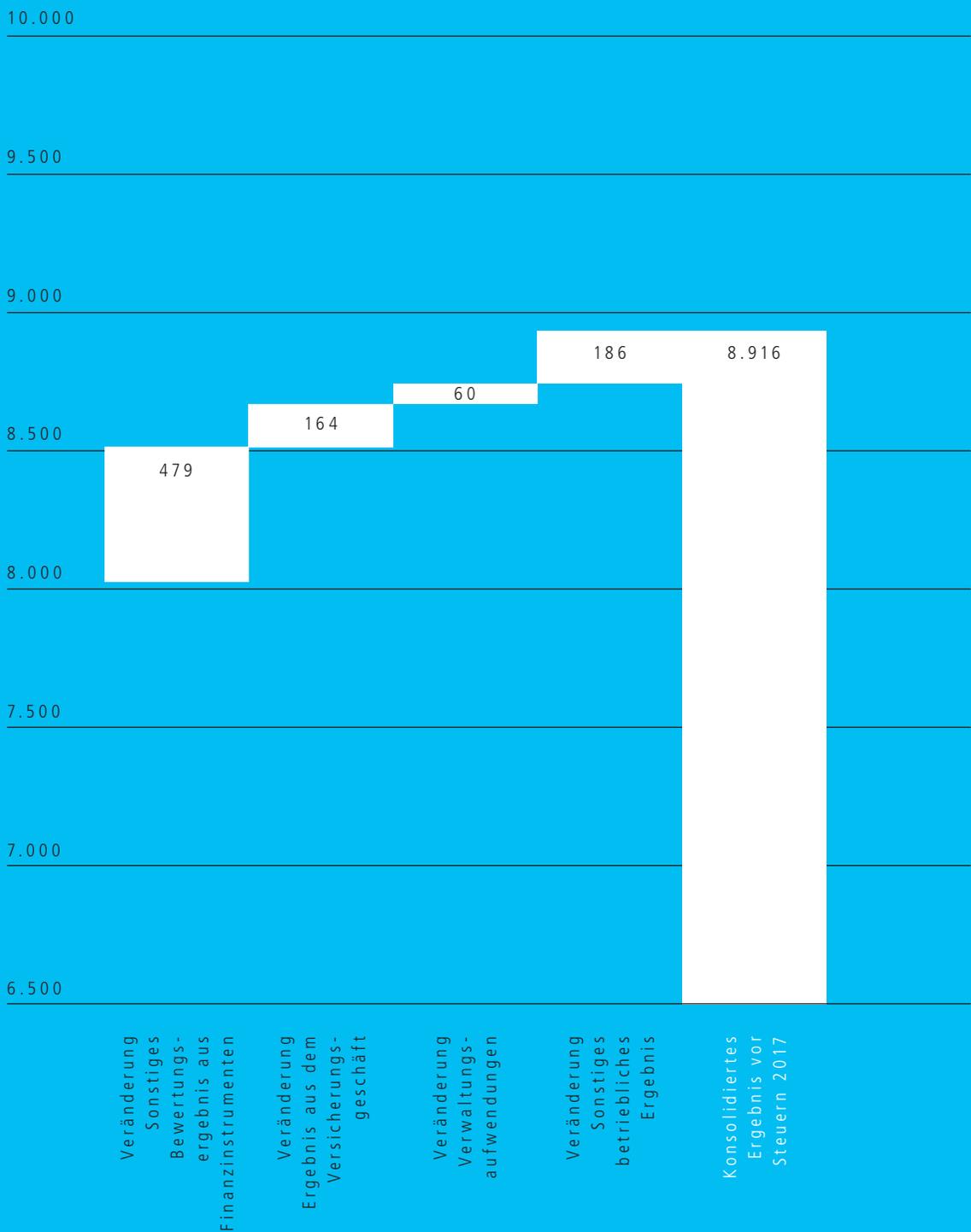
14

Entwicklung des Konsolidierten Ergebnisses vor Steuern nach Posten der Gewinn- und Verlustrechnung

in Mio. Euro



15



Die Handelsaktiva reduzierten sich im Geschäftsjahr um –10,2 Milliarden Euro beziehungsweise um –21,1 Prozent auf 38,1 Milliarden Euro (Vorjahr: 48,3 Milliarden Euro). Die Verringerung der Handelsaktiva resultierte im Wesentlichen aus einem Rückgang der positiven Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten um –27,5 Prozent auf 17,1 Milliarden Euro sowie der Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapiere um –3,3 Prozent oder um –0,3 Milliarden Euro auf 9,0 Milliarden Euro.

Auf der **Passivseite** wuchsen auch die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden nochmals von 774,3 Milliarden Euro im Vorjahr auf 801,0 Milliarden Euro im Geschäftsjahr 2017 an. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten erhöhten sich ebenfalls deutlich um +9,5 Prozent auf 113,1 Milliarden Euro (Vorjahr: 103,3 Milliarden Euro).

Die Handelspassiva zeigten korrespondierend zu der Entwicklung der Handelsaktiva eine Reduzierung in Höhe von –7,4 Milliarden Euro oder –16,7 Prozent auf 36,8 Milliarden Euro (Vorjahr: 44,1 Milliarden Euro). Dieser Rückgang resultiert im Wesentlichen aus der Verringerung der negativen Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten um –8,3 Milliarden Euro auf 16,8 Milliarden Euro. Demgegenüber erhöhten sich in den Handelspassiva die begebenen Schuldverschreibungen und andere verbrieftete Verbindlichkeiten um +1,0 Prozent auf 13,0 Milliarden Euro (Vorjahr: 12,9 Milliarden Euro).

Auch im Geschäftsjahr hat sich das Eigenkapital der genossenschaftlichen FinanzGruppe robust entwickelt. Es erhöhte sich um +6,0 Prozent auf 104,4 Milliarden Euro (Vorjahr: 98,6 Milliarden Euro), im Wesentlichen aufgrund der Stärkung der Rücklagen aus dem im Geschäftsjahr erzielten Ergebnis.

Kapitalausstattung und aufsichtsrechtliche Kennzahlen

Die Angaben zu den Eigenmitteln beziehungsweise Eigenmittelanforderungen beruhen auf den Ergebnissen der Erweiterten Zusammenfassungsverrechnung (EZR) nach Artikel 49 Absatz 3 CRR (Capital Requirements Regulation) in Verbindung mit Artikel 113 Absatz 7 CRR.

Die im Rahmen der EZR durchgeführte Kapitalkonsolidierung zeigt, dass die konsolidierten Eigenmittel weit überwiegend aus Eigenmitteln der Primärinstitute bestehen. Eigenmittelzuwächse ergeben sich vor allem durch die von Primärinstituten und Verbundinstituten erzielten Gewinne. Kapitalmaßnahmen der Verbundinstitute werden weitestgehend verbundintern gezeichnet und innerhalb der genossenschaftlichen FinanzGruppe konsolidiert.

Aufgrund der Nullanrechnung verbundinterner Forderungen gemäß Artikel 113 Absatz 7 CRR erfolgen grundsätzlich keine Konsolidierungsmaßnahmen bei den risikogewichteten Positionsbeträgen. Die Konsolidierungsmaßnahmen umfassen im Wesentlichen direkt und indirekt gehaltene Eigenmittelinstrumente innerhalb des institutsbezogenen Sicherungssystems und betreffen demzufolge insbesondere die Beteiligungen und die nachrangigen Forderungen der Primärinstitute an Verbundinstituten, insbesondere an der DZ BANK AG. Die Konsolidierungen erfolgen bei den entsprechenden Kapitalkategorien (Corresponding Approach).

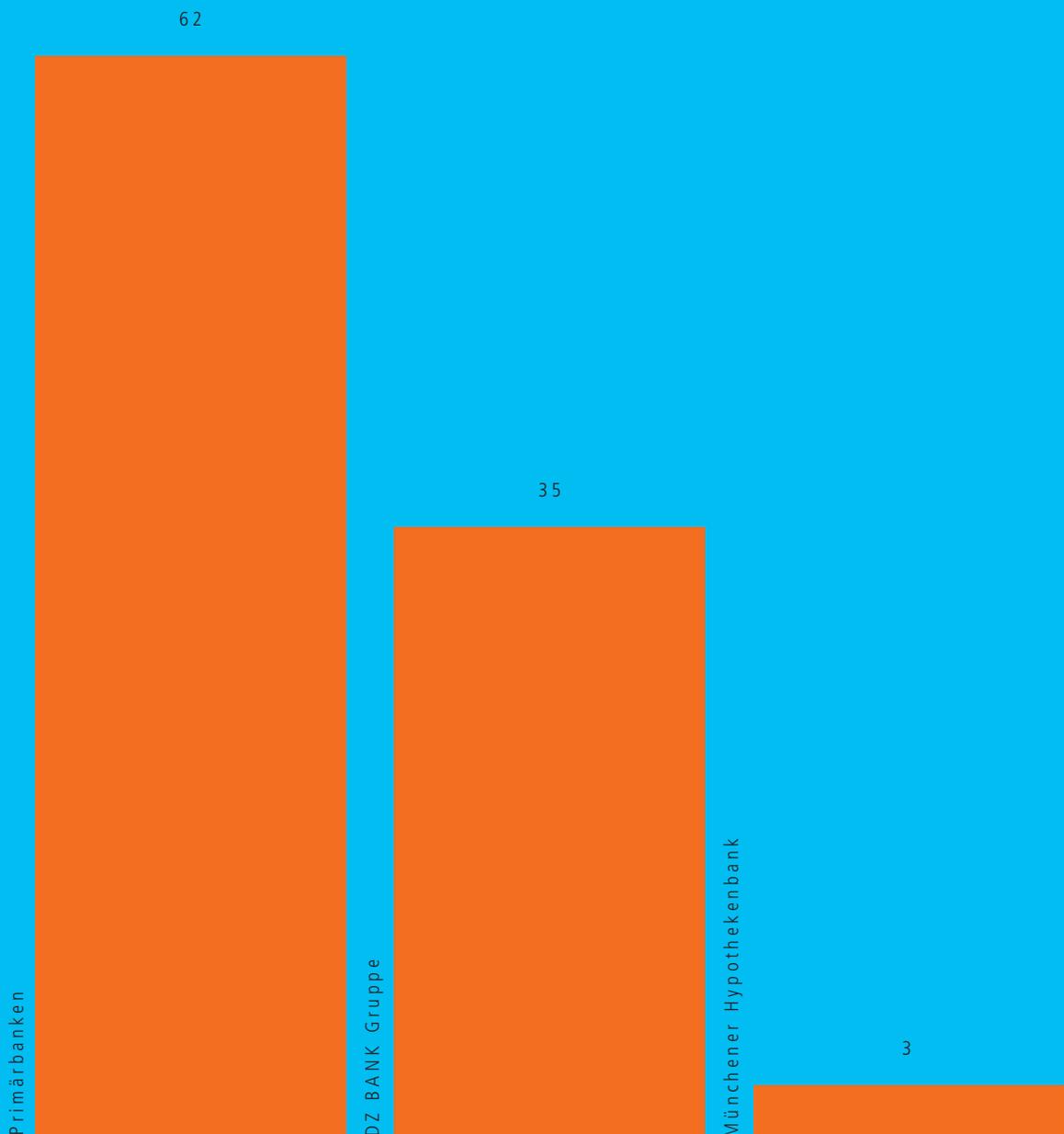
Die Auswirkung der Konsolidierungsmaßnahmen auf die Höhe der risikogewichteten Positionsbeträge ist demzufolge von untergeordneter Bedeutung, währenddessen sich im Gegenzug die Eigenmittel reduzieren. Aufgrund der Systematik der durchgeführten Konsolidierungsmaßnahmen ist die Gesamtkapitalquote für das institutsbezogene Sicherungssystem kleiner als die entsprechende Quote für die Gesamtheit der Primärinstitute.

Die Eigenmittel der genossenschaftlichen FinanzGruppe betragen zum 31. Dezember 2017 demnach 97,7 Milliarden Euro (per 31. Dezember 2016: 92,1 Milliarden Euro). Die Kernkapitalquote inklusive

17

Zusammensetzung der Bilanzsumme der Genossenschaftlichen FinanzGruppe Volksbanken Raiffeisenbanken zum 31. Dezember 2017

in Prozent



18

§-340f-HGB-Reserven beträgt 15,6 Prozent (per 31. Dezember 2016: 15,4 Prozent). Aufgrund der hohen Qualität des Kapitals liegt die nach vollständiger Einführung der neuen Bestimmungen der CRR berechnete CET1-Quote mit 15,5 Prozent (Vorjahr: 15,2 Prozent) nur leicht darunter. Von den unterlegungspflichtigen Risikobeträgen (siehe Tabelle auf Seite 19) in Höhe von insgesamt 611,5 Milliarden Euro (Vorjahr: 572,5 Milliarden Euro) entfällt der Großteil wie im Vorjahr mit 89,5 Prozent auf Adressenausfallrisiken.

Zum 31. Dezember 2017 erfolgt für die genossenschaftliche FinanzGruppe der nachrichtliche Ausweis der Leverage Ratio in analoger Anwendung der Anforderungen des Artikels 429 CRR. Hierfür wird das Kernkapital gemäß EZR nach Artikel 49 Absatz 3 CRR zugrunde gelegt, das um sämtliche haftungsverbundinternen Kernkapitalpositionen innerhalb der genossenschaftlichen FinanzGruppe bereinigt wurde. Die Risikopositionswerte wurden durch Aggregation der Einzelmeldungen zur Leverage Ratio sämtlicher Mitgliedsinstitute ermittelt und um wesentliche haftungsverbundinterne Positionen bereinigt.

Die Leverage Ratio beträgt unter Verwendung der Kapitalbasis „Kernkapital inkl. §-340f-HGB-Reserven nach vollständiger Einführung der neuen Bestimmungen der CRR“ 7,7 Prozent (Vorjahr: 7,3 Prozent). Diese Quote unterstreicht die gute Kapitalisierung der genossenschaftlichen FinanzGruppe.

19

Aufteilung des Gesamtrisikobetrags

in Mio. Euro

	2017	2016
Risikogewichtete Forderungsbeträge für das Kredit-, das Gegenparteiausfall- und das Verwässerungsrisiko sowie Vorleistungen	547.241	510.093
Risikopositionsbetrag für Abwicklungs- und Lieferrisiken	0	3 ¹
Gesamtforderungsbetrag für Positions-, Fremdwährungs- und Warenpositionsrisiken	11.184	10.193
Gesamtbetrag der Risikopositionen für Operationelle Risiken (OpR)	49.853	49.707
Zusätzlicher Risikopositionsbetrag aufgrund fixer Gemeinkosten	0	0
Gesamtbetrag der Risikopositionen für Anpassung der Kreditbewertung (CVA)	2.175	2.463
Gesamtbetrag der Risikopositionen in Bezug auf Großkredite im Handelsbuch	0	0
Sonstige Forderungsbeträge	1.037	0
Summe Gesamtrisikobetrag nach Anpassung	611.490	572.458

¹ Vorjahreswert angepasst

Geschäftssegmente der Genossenschaftlichen FinanzGruppe Volksbanken Raiffeisenbanken

Geschäftssegment Bank

Der **Zinsüberschuss** im Geschäftssegment Bank reduzierte sich im Geschäftsjahr um –98 Millionen Euro auf 1.525 Millionen Euro (Vorjahr: 1.623 Millionen Euro).

Im Firmenkundengeschäft konnte der Konditionsbeitrag im Geschäftsjahr nochmals gesteigert werden. Die Investitionsbereitschaft des deutschen Mittelstands behauptete im Geschäftsjahr ein hohes Niveau. Bankkredite bleiben nach wie vor das bei Weitem bevorzugte Mittel der mittelständischen Unternehmen zur Deckung ihres Finanzierungsbedarfs, der insbesondere aus Erweiterungsinvestitionen und einem steigenden Geschäftsvolumen resultierte. Allerdings finanziert die überwiegende Mehrheit der Mittelstandsunternehmen aufgrund ihrer soliden Kapital- und Liquiditätssituation ihre Investitionen aus dem Cashflow oder aus den eigenen Rücklagen heraus.

Im Bereich Investitionsförderung legte der Konditionsbeitrag im Förderkreditgeschäft bei weiter hohem Margendruck gegenüber dem Vorjahr zu. Zu den Förderschwerpunkten der klassischen Investitionsfinanzierung zählen vor allem gewerbliche Existenzgründungen sowie die Realisierung von Energieeffizienzmaßnahmen im privaten Wohnungsbau und in der Agrarwirtschaft. In diesem intensiven Wettbewerbsumfeld konnten die vorgenannten Förderkreditportfolios ausgeweitet werden.

In den Produktfeldern des Bereichs Strukturierte Finanzierung ergaben sich die folgenden wesentlichen Veränderungen für die jeweiligen Konditionsbeiträge: Der Konditionsbeitrag im Produktfeld Konsortialgeschäft/Erneuerbare Energien konnte im Geschäftsjahr insbesondere durch die Finanzierung von Windenergieanlagen trotz des zunehmenden Wettbewerbs erneut verbessert werden. Das Produktfeld wurde außerdem durch Vorzieheffekte aufgrund der erwarteten Konsequenzen aus der Änderung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG 2017) positiv beeinflusst. In der Akquisitionsfinanzierung nutzten erneut viele Kunden die hohe Liqui-

dität in den Anleihemärkten zur Rückführung ihrer Kredite. Durch die selektive Ausreichung von Neukrediten konnte jedoch ein gegenüber dem Vorjahr erhöhter Konditionsbeitrag erwirtschaftet werden. Das Produktfeld Projektfinanzierung verzeichnete im Geschäftsjahr einen leicht rückläufigen Konditionsbeitrag. In der internationalen Handels- und Exportfinanzierung nahm der entsprechende Konditionsbeitrag im Vergleich zum Vorjahreszeitraum zu.

In der Transportfinanzierung hat sich der Zinsüberschuss maßgeblich aufgrund höherer Sonderabschreibungen auf Leasinggegenstände sowie durch empfindliche Margeneinengungen infolge eines weltweit starken Finanzierungs Wettbewerbs insbesondere an den Luftverkehrs- und den Landtransportwegen im Geschäftsjahr verringert. Ferner haben den Zinsüberschuss ein vermindertes Neugeschäftsvolumen sowie ein reduzierter Portfoliobestand infolge weiterer vorzeitiger Kreditrückzahlungen belastet.

Die internationale Verkehrswirtschaft war in Teilmärkten der internationalen Seeschifffahrt von einem Überangebot an Transportkapazitäten mit der Folge merklich rückläufiger Frachtraten und eines erheblichen Drucks auf die Schiffspreise geprägt. Die krisenhafte Entwicklung betraf ebenso den Offshore-Bereich, der unter der Unsicherheit im Hinblick auf die weitere Entwicklung des Brent-Rohölpreises litt. Letzterer wies im Geschäftsjahr zwar ein im Vorjahresvergleich deutlich stabilisiertes Preisniveau (Durchschnitt 2017: 55 US-Dollar, Durchschnitt 2016: 45 US-Dollar) auf. Allerdings liegt diese Notierung immer noch spürbar unter den Niveaus der „Hochpreisjahre“ 2011 bis 2014 (Durchschnitt 2011–2014: 108 US-Dollar).

Das Leasinggeschäft verzeichnete im Geschäftsjahr einen leichten Rückgang beim Zinsüberschuss. Diese Veränderung gegenüber dem Vorjahr beruht neben einer Ermäßigung im Beteiligungsergebnis im Wesentlichen auf einer Verminderung des Zinsüberschusses in den Bereichen Immobilienleasing sowie Autohändler- und Autoflottengeschäft, die ebenso wie das Auslandsgeschäft zum definier-

21

ten Nicht-Kerngeschäft zählen und zurückgeführt werden. Die Zunahme des Zinsüberschusses im Kerngeschäft konnte allerdings den Rückgang im Nicht-Kerngeschäft weitgehend kompensieren.

Die **Risikovorsorge im Kreditgeschäft** erhöhte sich im Segment Bank von –523 Millionen Euro im Vorjahr auf –693 Millionen Euro im Geschäftsjahr, im Wesentlichen bedingt durch die krisenhafte Entwicklung in Teilbereichen der Schifffahrt mit einhergehenden Überkapazitäten und die angespannte Situation im Bereich Offshore Finance infolge der Unsicherheit betreffend die weitere Entwicklung des Brent-Rohölpreises.

Der **Provisionsüberschuss** konnte mit einem Wert von 519 Millionen Euro nicht an das Niveau des Vorjahres anknüpfen (Vorjahr: 603 Millionen Euro). Der Dienstleistungsbeitrag hat im Firmenkundengeschäft aufgrund geringerer Neugeschäftsabschlüsse abgenommen. Im Bereich der Investitionsförderung konnte nicht an den Vorjahreswert angeknüpft werden. Wesentlichen Einfluss auf die Reduzierung des Provisionsüberschusses in den Produktfeldern Akquisitionsförderung, Projektfinanzierung sowie im Bereich der internationalen Handels- und Exportfinanzierung hatte die deutliche Verstärkung des Wettbewerbs. Das dokumentäre Auslandsgeschäft verbesserte sich hingegen im Geschäftsjahr merklich. Im Produktfeld Asset Securitization hat sich der Dienstleistungsbeitrag demgegenüber spürbar reduziert. Des Weiteren lag der im Geschäftsfeld Operations Services erzielte Dienstleistungsbeitrag aufgrund der gestiegenen Erträge aus dem Wertpapierverwahrgeschäft über dem im Vorjahr ausgewiesenen Wert. Das Provisionsergebnis im Kreditgeschäft des Transport Finance blieb im Geschäftsjahr 2017 hinter dem Ausweis für das Vorjahr zurück.

Das **Handelsergebnis** im Geschäftssegment Bank erreichte einen Wert in Höhe von 485 Millionen Euro und lag damit um –366 Millionen Euro unter dem Vergleichswert des Vorjahres in Höhe von 851 Millionen Euro. Hierbei war der merklich höhere Wert des Vorjahres im Wesentlichen durch einen positiven Ergebniseffekt für die zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten Verbindlichkeiten geprägt. Ferner wiesen die zinsinduzierten Marktwertänderungen der Cross-Currency-Basiswaps zur Absicherung von sonstigen Geschäften im Geschäftsjahr einen merklich negativen, im Vorjahr jedoch noch einen leicht positiven Wert auf. Darüber hinaus konnte im Vorjahr ein Ertrag aus der Auflösung von Rückstellungen für Prozess- und Anwaltskosten erzielt werden.

Einen maßgeblichen Einfluss auf die Entwicklung der Kapitalmärkte im Geschäftsjahr hatten die Fortführung der geldpolitischen Maßnahmen der EZB (Quantitative Easing) sowie die bereits erwähnten drei Leitzinserhöhungen durch die US Notenbank Fed.

Das **Ergebnis aus Finanzanlagen** verringerte sich erneut von 77 Millionen Euro im Vorjahr auf –17 Millionen Euro im Geschäftsjahr. Im Ergebnis aus Finanzanlagen des Geschäftsjahres sind im Wesentlichen Erträge aus der Veräußerung von Wertpapieren des Liquiditätspools enthalten. Der Rückgang im Finanzanlageergebnis ist unter anderem auf im Geschäftsjahr vorgenommene Abschreibungen auf die Buchwerte von nach der At-Equity-Methode bewerteten Unternehmen zurückzuführen.

Der positive Ergebnisbeitrag im vergleichbaren Vorjahreszeitraum beinhaltete Erträge aus der Veräußerung der Beteiligung an der Visa Europe Ltd., London. Auch im Bereich der Asset-Backed Securities (ABS) ergab sich im Vorjahr ein positiver Ergebnisbeitrag, im Wesentlichen aus dem Verkauf von in früheren Perioden wertberichtigten ABS-Positionen.

Das **Sonstige Bewertungsergebnis aus Finanzinstrumenten** verbesserte sich marktbedingt auf –10 Millionen Euro (Vorjahr: –106 Millionen Euro).

Die **Verwaltungsaufwendungen** konnten im Berichtszeitraum um –90 Millionen Euro auf –1.969 Millionen Euro (Vorjahr: –2.059 Millionen Euro) reduziert werden. Gestiegene Beratungs- und IT-Aufwendungen im Projektumfeld führten zu einem Kostenanstieg. Dem standen jedoch reduzierte Kosten durch vorgenommene Einsparmaßnahmen gegenüber.

Das **Konsolidierte Ergebnis vor Steuern** des Geschäftssegments Bank reduzierte sich aufgrund der oben dargestellten Einflussfaktoren im Vergleich zum Vorjahr um –517 Millionen Euro auf –93 Millionen Euro (Vorjahr: 424 Millionen Euro). Die Aufwand-Ertrags-Relation erhöhte sich von 68,5 Prozent im Vorjahr auf 76,6 Prozent im Berichtszeitraum.

22

Geschäftssegment Retail

Der **Zinsüberschuss** des Geschäftssegments Retail hat sich im Geschäftsjahr mit einem Wert von 16.489 Millionen Euro gegenüber dem Vorjahr mit einem Betrag von 16.618 Millionen Euro erneut leicht vermindert. Die anhaltenden negativen Effekte der Niedrigzinspolitik der EZB konnten im Geschäftssegment Retail nur teilweise durch Volumenausweitungen kompensiert werden. Ferner haben ermäßigte Ergebnisbeiträge aus dem Währungskreditgeschäft „LuxCredit“ den Zinsüberschuss des Geschäftsjahres verringert. Der Zinsüberschuss im Ratenkreditgeschäft hat sich aufgrund der ganzjährig regen privaten Konsumnachfrage trotz des unverändert starken Wettbewerbs und des herausfordernden Niedrigzinsumfelds positiv entwickelt.

Die **Risikovorsorge im Kreditgeschäft** verbesserte sich von –51 Millionen Euro im Vorjahr auf 95 Millionen Euro im Geschäftsjahr. Die Risikoentwicklung erwies sich im Geschäftssegment Retail mit Blick auf das positive gesamtwirtschaftliche Umfeld weiterhin als stabil.

Der **Provisionsüberschuss** des Geschäftssegments Retail erhöhte sich spürbar von 6.034 Millionen Euro im Vorjahr auf 6.646 Millionen Euro im Geschäftsjahr. Der Provisionsüberschuss des Segments Retail ist auch im Geschäftsjahr wesentlich von den erzielten Erträgen aus dem Zahlungsverkehr sowie der hohen Kundennachfrage im Wertpapier- und Fondsgeschäft beeinflusst. Aufgrund der anhaltenden Niedrigzinsphase zieht es private Anleger in Anlageprodukte mit höherer Renditeerwartung. Ein wesentlicher Treiber des Provisionsüberschusses im Geschäftssegment Retail war der mit den durchschnittlichen Assets under Management erzielte volumenabhängige Ergebnisbeitrag, der im Geschäftsjahr erneut über dem Niveau des Vorjahres lag. Auch die Erträge aus erfolgsabhängigen Verwaltungsvergütungen konnten im Berichtszeitraum gesteigert werden. Der Ergebnisbeitrag aus dem Fondsdienstleistungsgeschäft hat sich gegenüber dem Vorjahr ebenfalls leicht erhöht.

Das **Handelsergebnis** im Geschäftssegment Retail blieb mit einem Wert von 213 Millionen Euro gegenüber dem Wert des Vorjahres in Höhe von 211 Millionen Euro nahezu unverändert. Das Handelsergebnis setzt sich zusammen aus dem Handel mit Finanzinstrumenten, dem Ergebnis aus dem Devisen-, Sorten-

und Edelmetallgeschäft sowie aus dem Ergebnis aus dem Warenhandel.

Das **Ergebnis aus Finanzanlagen** reduzierte sich im Geschäftsjahr aufgrund geringerer Zuschreibungen und Kursgewinne im Wertpapierbereich deutlich um –80 Millionen Euro auf –174 Millionen Euro (Vorjahr: –94 Millionen Euro).

Auf der Kostenseite haben die Genossenschaftsbanken weitere Anstrengungen unternommen, um sich noch effizienter aufzustellen. Insgesamt konnten die **Verwaltungsaufwendungen** im Geschäftssegment Retail im Geschäftsjahr leicht um –0,2 Prozent auf –15.245 Millionen Euro (Vorjahr: –15.276 Millionen Euro) reduziert werden. Die wesentlichen Einflussfaktoren beim Verwaltungsaufwand im Segment Retail sind vor allem die Besetzung neuer und offener Stellen sowie durchschnittliche Gehaltsanpassungen. Des Weiteren sorgten neben einer Zunahme der regulatorisch bedingten Anforderungen und Abgaben insbesondere erhöhte Kosten für Öffentlichkeitsarbeit/Marketing, IT und Beratung für eine Belastung der Verwaltungsaufwendungen im Geschäftssegment Retail.

Das **Konsolidierte Ergebnis vor Steuern** des Geschäftssegments Retail verbesserte sich aufgrund der zuvor dargestellten Einflussfaktoren von 7.197 Millionen Euro im Vorjahr auf 8.088 Millionen Euro im Geschäftsjahr. So konnte auch die Aufwand-Ertrags-Relation um –2,2 Prozent auf 65,6 Prozent (Vorjahr: 67,8 Prozent) reduziert werden.

Geschäftssegment Immobilien

Der **Zinsüberschuss** im Geschäftssegment Immobilien belief sich auf einen Betrag in Höhe von 1.492 Millionen Euro (Vorjahr: 1.322 Millionen Euro). Er war auch im Geschäftsjahr erneut durch das anhaltend niedrige Zinsniveau an den Kapitalmärkten belastet. Bei den Krediten der Vor- und Zwischenfinanzierung konnte die genossenschaftliche FinanzGruppe im Geschäftssegment Immobilien im Zuge einer spürbaren Geschäftsausweitung in den vergangenen Jahren ihre Ertragsbasis im außerkollektiven Geschäft trotz einer reduzierten Durchschnittsverzinsung volumenbedingt stärken. Der Rückgang der Erträge aus Bauspardarlehen und sonstigen Baudarlehen wurde damit weitgehend kompensiert. Die erhöhte Kundennachfrage im Bausparen spiegelt die hohe Wertschätzung der selbst genutzten Immobilie als sichere Geldanlage wider.

23

Zudem garantiert der Abschluss eines Bausparvertrages die heutigen Niedrigzinsen auch für die künftige Darlehensfinanzierung. Auch der deutsche Investmentmarkt für gewerblich genutzte Immobilien konnte im Geschäftsjahr eine positive Ergebnisentwicklung verzeichnen. Der erhöhte Anlagedruck der Investoren führte im Geschäftsjahr bei einem in den vergangenen Jahren gestiegenen Wettbewerb zu einem weiteren Preisanstieg für gewerbliche Immobilien. Zu Letzterem trug neben ausgeweiteten Marktaktivitäten insbesondere von Versicherern und Pensionsfonds eine weitere Verknappung des Angebots gewerblicher Immobilien bei. Daher war im Geschäftsjahr eine spürbare Margenkompression für gewerbliche Immobilien insbesondere an den Top-Standorten festzustellen.

Die **Risikoversorge im Kreditgeschäft** des Geschäftssegments Immobilien reduzierte sich mit einem jeweils positiven Saldo von 45 Millionen Euro im Vorjahr auf 12 Millionen Euro im Geschäftsjahr.

Das im Geschäftssegment Immobilien traditionell negative **Provisionsergebnis** verbesserte sich im Geschäftsjahr aufgrund reduzierter Provisionsaufwendungen um +30 Millionen Euro auf –122 Millionen Euro (Vorjahr: –152 Millionen Euro).

Das **Ergebnis aus Finanzanlagen** reduzierte sich im Geschäftssegment Immobilien leicht um –11 Millionen Euro auf 25 Millionen Euro (Vorjahr: 36 Millionen Euro). Das positive Ergebnis des Vorjahres war hier im Wesentlichen durch die Wertaufholung eines Bonds der HETA ASSET RESOLUTION AG, Klagenfurt, geprägt.

Das **Sonstige Bewertungsergebnis aus Finanzinstrumenten** im Segment Immobilien lag im Geschäftsjahr mit einem Saldo von 292 Millionen Euro deutlich über dem Vergleichswert des Vorjahres (Vorjahr: –46 Millionen Euro). Der Anstieg resultiert im Wesentlichen aus einer Einengung der Credit Spreads für Anleihen aus den Peripheriestaaten des Euro-raums, denen im Vorjahr eine Ausweitung der Credit Spreads gegenüberstand.

Die **Verwaltungsaufwendungen** erhöhten sich im Geschäftsjahr auf –804 Millionen Euro (Vorjahr: –754 Millionen Euro). Ursächlich für den Anstieg der Verwaltungsaufwendungen waren im Wesentlichen Mehraufwendungen für regulatorische Anforderungen und strategische Projekte. Die Personalaufwendungen konnten leicht reduziert werden.

Das **Konsolidierte Ergebnis vor Steuern** im Geschäftssegment Immobilien verbesserte sich im Geschäftsjahr deutlich um 436 Millionen Euro auf 928 Millionen Euro (Vorjahr: 492 Millionen Euro). Die Aufwand-Ertrags-Relation reduzierte sich aufgrund der zuvor dargestellten Entwicklung des Geschäftssegments Immobilien auf 46,7 Prozent (Vorjahr: 62,8 Prozent).

G e s c h ä f t s s e g m e n t V e r s i c h e r u n g

Die **Verdienten Beiträge aus dem Versicherungsgeschäft (netto)** erhöhten sich auf der Grundlage der festen Verankerung der R+V in der genossenschaftlichen FinanzGruppe um 523 Millionen Euro auf 15.181 Millionen Euro (Vorjahr: 14.658 Millionen Euro). Damit wurde das Beitragsniveau des Vorjahres um +3,6 Prozent überschritten. Auch die gebuchten Bruttobeiträge des Geschäftsjahres übertrafen mit einem Anstieg um +3,9 Prozent auf 15.338 Millionen Euro (Vorjahr: 14.767 Millionen Euro) nochmals das bereits hohe Vorjahresniveau.

Im Lebens- und Krankenversicherungsgeschäft stiegen die Beitragseinnahmen insgesamt um +0,6 Prozent auf 7.626 Millionen Euro an.

Im Lebensversicherungsgeschäft blieben die Beitragseinnahmen mit einer Veränderung in Höhe von –1 Million Euro auf 7.066 Millionen Euro nahezu unverändert mit einem Beitragsanstieg im Ausland und einem Beitragsrückgang im Inland. In den Geschäftsfeldern „bAV“ und „pV Fonds“ wurde jeweils ein Anstieg der Beiträge erzielt, dem eine rückläufige Beitragsentwicklung im Geschäftsfeld „pV Klassisch“ gegenüberstand. Die Beitragseinnahmen in der Krankenversicherung konnten um +8,9 Prozent auf 560 Millionen Euro gesteigert werden, resultierend aus der erfreulichen Entwicklung vor allem bei den laufenden Beiträgen.

Im Schaden- und Unfallversicherungsgeschäft stiegen die Beitragseinnahmen um +4,2 Prozent auf 5.521 Millionen Euro an, wobei dieser Zuwachs insbesondere in den Bereichen der Kraftfahrtversicherung und der Firmenkunden erzielt wurde.

Die Übernommene Rückversicherung verzeichnete einen Anstieg der Beitragseinnahmen um +14,3 Prozent auf 2.034 Millionen Euro. Ursächlich für diese Veränderung waren vor allem die positiven Entwicklungen in den Geschäftssparten betreffend die Kfz-Versicherung, insbesondere in Großbritannien

24

und Israel, sowie betreffend die Feuer- und Sachversicherungen, vor allem in Südafrika und den Vereinigten Staaten.

Das **Ergebnis aus Kapitalanlagen und sonstige Ergebnis der Versicherungsunternehmen** reduzierte sich um –9,1 Prozent auf 3.531 Millionen Euro (Vorjahr: 3.885 Millionen Euro). Das langfristige Zinsniveau ist im Geschäftsjahr seit Jahresbeginn gestiegen, während es im Vorjahr noch deutlich zurückgegangen war. Die für die R+V relevanten Aktienmärkte haben sich im Verlauf des Geschäftsjahres besser entwickelt als im Vorjahr. Die Entwicklung des Euro gegenüber verschiedenen Währungen verlief im Geschäftsjahr insgesamt ungünstiger als im Vorjahr. Ferner ergaben sich positive Ergebniseffekte im Segment Leben/Kranken im Zusammenhang mit der Reform des Investmentsteuergesetzes.

Insgesamt resultierten aus diesen Entwicklungen insbesondere ein niedrigeres Währungsergebnis sowie ein vermindertes nicht realisiertes Ergebnis. Dem standen vor allem ein höheres realisiertes Ergebnis sowie ein Rückgang der Abschreibungen gegenüber.

Die Veränderung des Kapitalanlageergebnisses hatte mit Blick auf die Berücksichtigung von Rückstellungen für Beitragsrückerstattungen insbesondere im Geschäftsbereich Leben/Kranken sowie der Ansprüche der Versicherungsnehmer im fondsgebundenen Lebensversicherungsgeschäft auch Einfluss auf den nachfolgend dargestellten Posten „Versicherungsleistungen“.

Die **Versicherungsleistungen (netto)** in Höhe von –15.312 Millionen Euro veränderten sich um –0,6 Prozent gegenüber dem Vorjahreswert in Höhe von –15.400 Millionen Euro.

Bei den Personenversicherungsunternehmen waren insbesondere korrespondierend zu der Entwicklung der Beitragseinnahmen sowie des Ergebnisses aus Kapitalanlagen und sonstigen Ergebnisses der Versicherungsunternehmen versicherungstechnische Rückstellungen zu bilden. Des Weiteren wurde der Zinszusatzrückstellung ein Betrag in Höhe von 827 Millionen Euro (Vorjahr: 626 Millionen Euro) zugeführt.

In der Übernommenen Rückversicherung wurde der Diskontierungszins, der in Großbritannien für die gerichtliche Festsetzung von Einmalzahlungen für versicherte Personenschäden anzuwenden ist, im Geschäftsjahr deutlich abgesenkt. Damit war ein belastender Effekt in Höhe von –111 Millionen

Euro verbunden. Zusätzlich ergab sich für diesen Geschäftsbereich eine Ergebnisbelastung in Höhe von insgesamt –205 Millionen Euro durch Naturkatastrophen wie Hurricanes Harvey, Irma und Maria sowie durch das Erdbeben in Mexiko.

Dem stand im Geschäftsjahr eine moderate Schadenentwicklung im Geschäftsbereich Schaden- und Unfallversicherungsgeschäft gegenüber.

Die **Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb** haben um insgesamt +5,7 Prozent auf –2.595 Millionen Euro (Vorjahr: –2.454 Millionen Euro) in allen drei Geschäftsbereichen im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit zugenommen.

Das **Ergebnis vor Steuern** hat sich im Geschäftsjahr vor dem Hintergrund der oben genannten Einflussfaktoren um +114 Millionen Euro auf 795 Millionen Euro (Vorjahr: 681 Millionen Euro) erhöht.

25

Lagebericht 2017

Personalbericht und Nachhaltigkeit

26

Personalbericht

Die immer rascher fortschreitende Digitalisierung, die nahezu alle Lebensbereiche betrifft, erfordert auch eine kontinuierliche Weiterentwicklung des erfolgreichen Geschäftsmodells der genossenschaftlichen FinanzGruppe. Der professionelle Umgang mit neuen Medien und IT-Tools wird in den nächsten Jahren fest zum Anforderungsprofil eines jeden Bankmitarbeiters gehören, sodass sich Führungskräfte und Mitarbeiter auf die neuen Kompetenzanforderungen in einer Omnikanal-Bank vorbereiten müssen. Neue Tätigkeiten in der Bank werden an Bedeutung zunehmen, andere dagegen in den Hintergrund treten oder sogar ganz verschwinden. Für die Banken gilt es, entsprechend diesen veränderten Anforderungen ihren quantitativen und qualitativen Bedarf an Mitarbeitern zu planen. Mit Blick auf die sich verändernden Tätigkeiten, aber auch angesichts der notwendigen Optimierung des Filialnetzes kommt der Aufgabe eines systematischen Personalmanagements in der einzelnen Genossenschaftsbank eine zentrale Rolle innerhalb der Personalarbeit zu. Dabei kommt das Selbstverständnis eines regionalen Arbeitgebers ebenso zum Tragen wie die notwendige Zukunftsausrichtung der Bank.

Bereits im Jahr 2016 ist der notwendige Einstieg in eine vorausschauende Personalplanung erfolgt. Dieser Trend setzte sich im Geschäftsjahr fort: Die Mitarbeiterzahl sank bei konsequenter Nutzung der Altersfluktuation etwa um 2,5 Prozent, insgesamt betrug die Summe der bankwirtschaftlich Beschäftigten in den Unternehmen der genossenschaftlichen FinanzGruppe (DZ BANK: ohne Nachwuchskräfte) zum 31. Dezember 2017 177.248 Mitarbeiter (siehe Abbildung auf Seite 28).

Für den digitalen Wandel in der genossenschaftlichen FinanzGruppe sind eine fundierte Ausbildung und eine kontinuierliche Weiterbildung von Nachwuchskräften im eigenen Haus wichtige Faktoren für die Zukunftsfähigkeit. So spielt auch die Gewinnung der digitalaffinen Schulabgänger für die Ausbildung eine zentrale Rolle. Mit 6,7 Prozent liegt die Ausbildungsquote der Genossenschaftsbanken im Geschäftsjahr (siehe Abbildung auf Seite 30) weiterhin auf einem guten Niveau. Bereits im Jahr 2016 wurde next – das Azubi-Netzwerk ins Leben gerufen und im Geschäftsjahr erfolgreich etabliert. Mit next wurde nicht nur ein Netzwerk geschaffen, in dem

sich die Auszubildenden untereinander austauschen können. Es dient gleichzeitig der Rekrutierung neuer Auszubildender.

Mit 6,3 Prozent liegt die Nachwuchskräftequote der genossenschaftlichen FinanzGruppe im Geschäftsjahr auf einem hohen Niveau. Die genossenschaftliche FinanzGruppe kann sich nach wie vor mit ihrem Ausbildungs- und Traineeangebot auf einem – aus Arbeitgebersicht zunehmend enger werdenden Ausbildungsmarkt – gut gegenüber anderen Unternehmen behaupten. Sie zählt bei den Schülern seit Jahren durchgängig zu den gefragtesten Arbeitgebern in Deutschland und zu den Trägern des Qualitätssiegels „Deutschlands 100 Top-Arbeitgeber“. Das bestätigt die deutschlandweite und repräsentative Umfrage des Berliner Trendence Instituts „Schülerbarometer 2017/18“. Für viele junge Menschen ist die Option, nach beziehungsweise parallel zur Ausbildung einen akademischen Abschluss erwerben zu können, ein wichtiges Kriterium bei der Entscheidung für einen Arbeitgeber. So sind insbesondere die Studienangebote für Bachelor-Abschlüsse, die über die Bildungsanbieter der genossenschaftlichen FinanzGruppe bereitgestellt werden, für interessierte junge Mitarbeiter eine attraktive Möglichkeit, sich weiterzuqualifizieren.

Auch Hochschulabsolventen bieten Volksbanken, Raiffeisenbanken oder die genossenschaftliche Zentralbank vielfältige und attraktive Aufgaben und Karrieremöglichkeiten. Dass die Volksbanken und Raiffeisenbanken auch bei zukünftigen Hochschulabsolventen gut ankommen, bestätigen die Ergebnisse des „trendence Graduate Barometer – Deutschlands 100 Top-Arbeitgeber“. Bei dieser Umfrage konnte für 2018 erneut eine Platzierung unter den 100 Top-Arbeitgebern erreicht werden. Dies belegt auch die stabile Akademikerquote, die im Jahr 2017 bei 8,0 Prozent liegt (siehe Abbildung auf Seite 31).

Die genossenschaftliche FinanzGruppe ist sich bewusst, wie wichtig die zielgerichtete Qualifizierung der Mitarbeiter für den zukünftigen unternehmerischen Erfolg ist. Dies schafft die Voraussetzung, um die sich aus dem Wandel ergebenden Chancen zu nutzen. Vor diesem Hintergrund wurden entsprechende Weiterbildungsangebote, die sich an

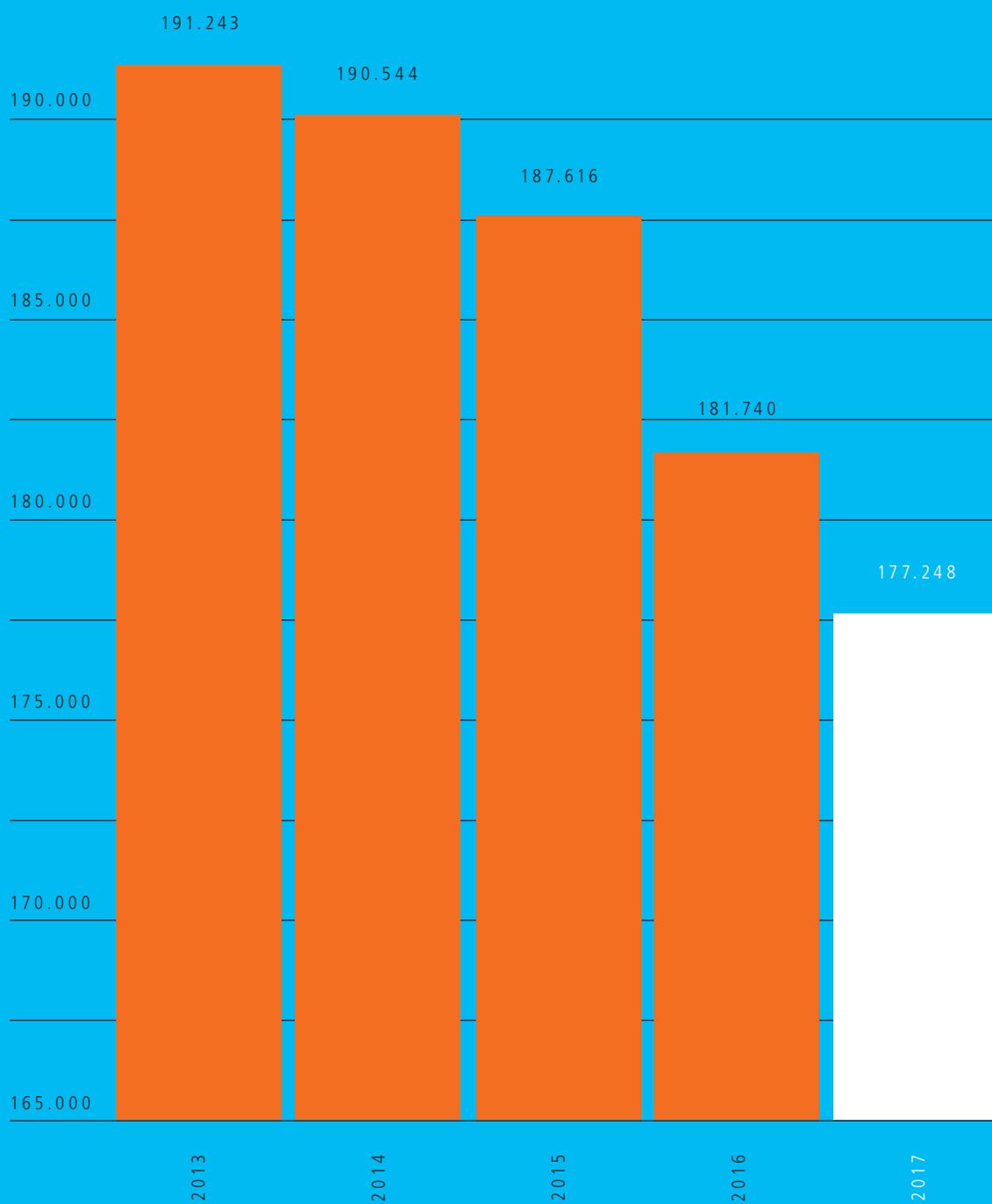
27

den Veränderungen im Aufgaben- und Tätigkeitsfeld der Mitarbeiter orientieren, entwickelt. Neue Prozesse und Technologien erfordern noch stärker als bisher ein Konzept des „lebenslangen, selbstverantwortlichen Lernens“. Unterstützung erfahren die Mitarbeiter durch die vielfältigen Angebote der regionalen Verbände und genossenschaftlichen Akademien zur Aus- und Weiterbildung. Dass diese Zusammenarbeit Früchte trägt, zeigt sich nicht zuletzt in den langen Betriebszugehörigkeiten. Nahezu jeder dritte Mitarbeiter hält „seiner Bank“ seit mehr als 25 Jahren die Treue (siehe Schaubild „Dauer der Betriebszugehörigkeit“ auf Seite 29). Auch in Zukunft wird es das Ziel sein, die Attraktivität als moderner, zukunftsorientierter Arbeitgeber zu stärken, um die für den digitalen Wandel erforderlichen engagierten und leistungsbereiten Mitarbeiter für die Arbeit auf allen Ebenen der genossenschaftlichen FinanzGruppe begeistern zu können.



28

Zahl der Mitarbeiter*

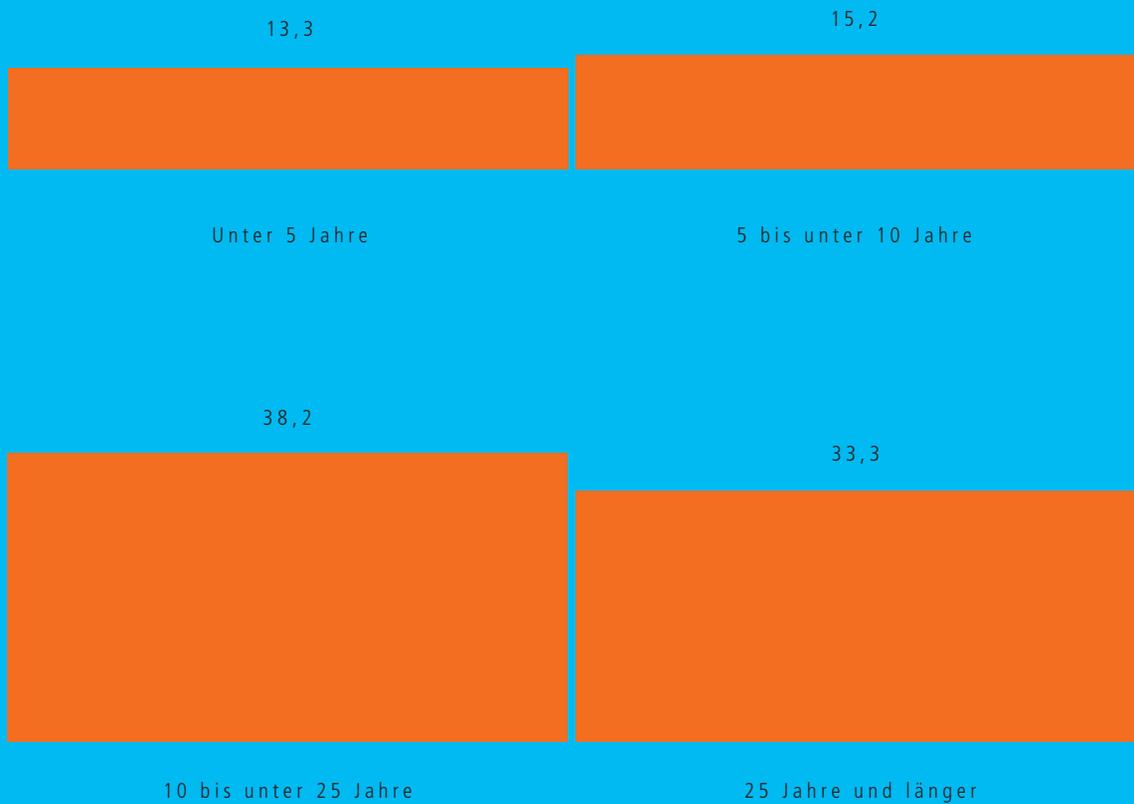


*Genossenschaftliche FinanzGruppe Volksbanken Raiffeisenbanken.

29

Dauer der Betriebszugehörigkeit der Mitarbeiter

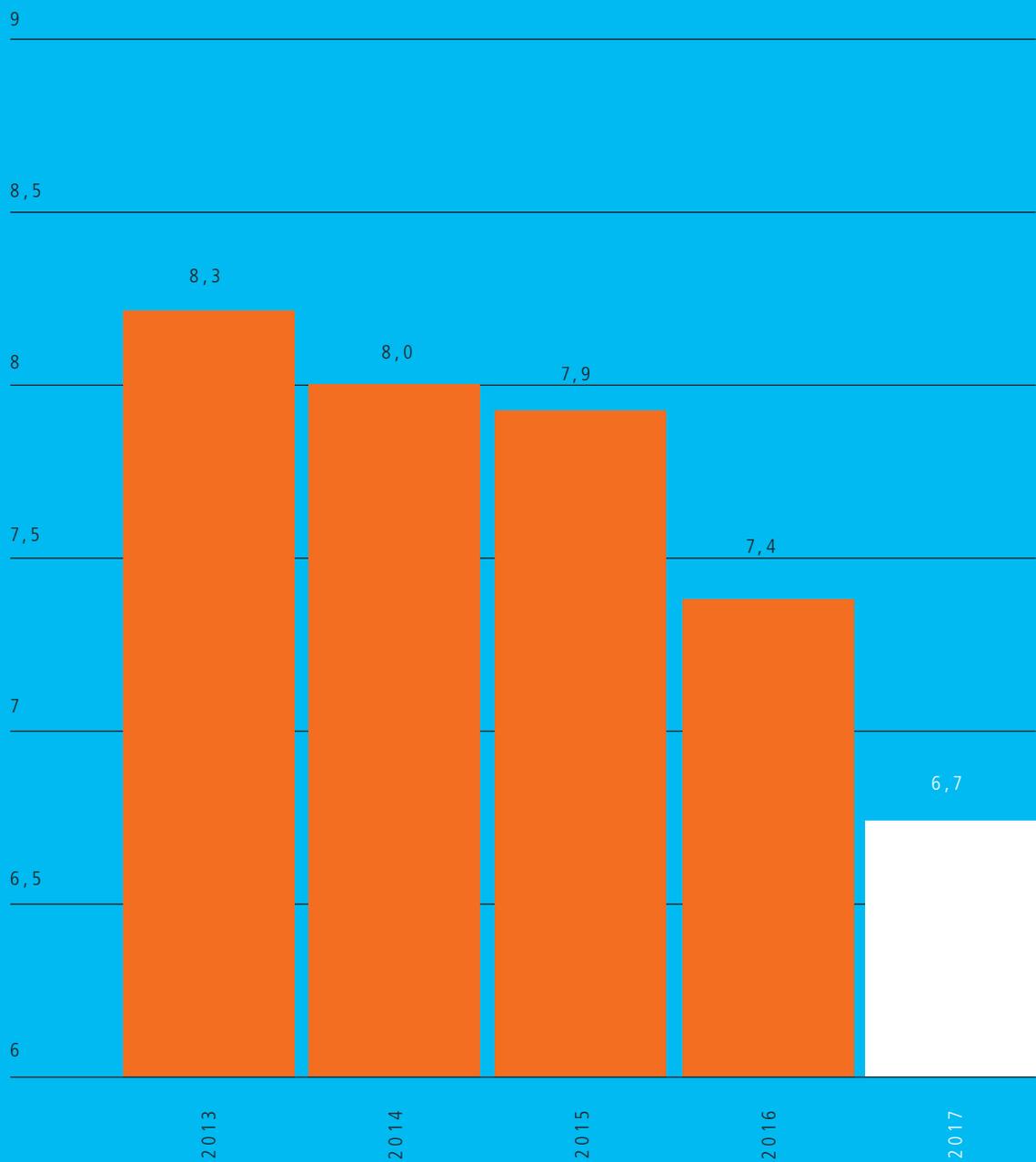
in Prozent



30

Ausbildungsquote *

in Prozent

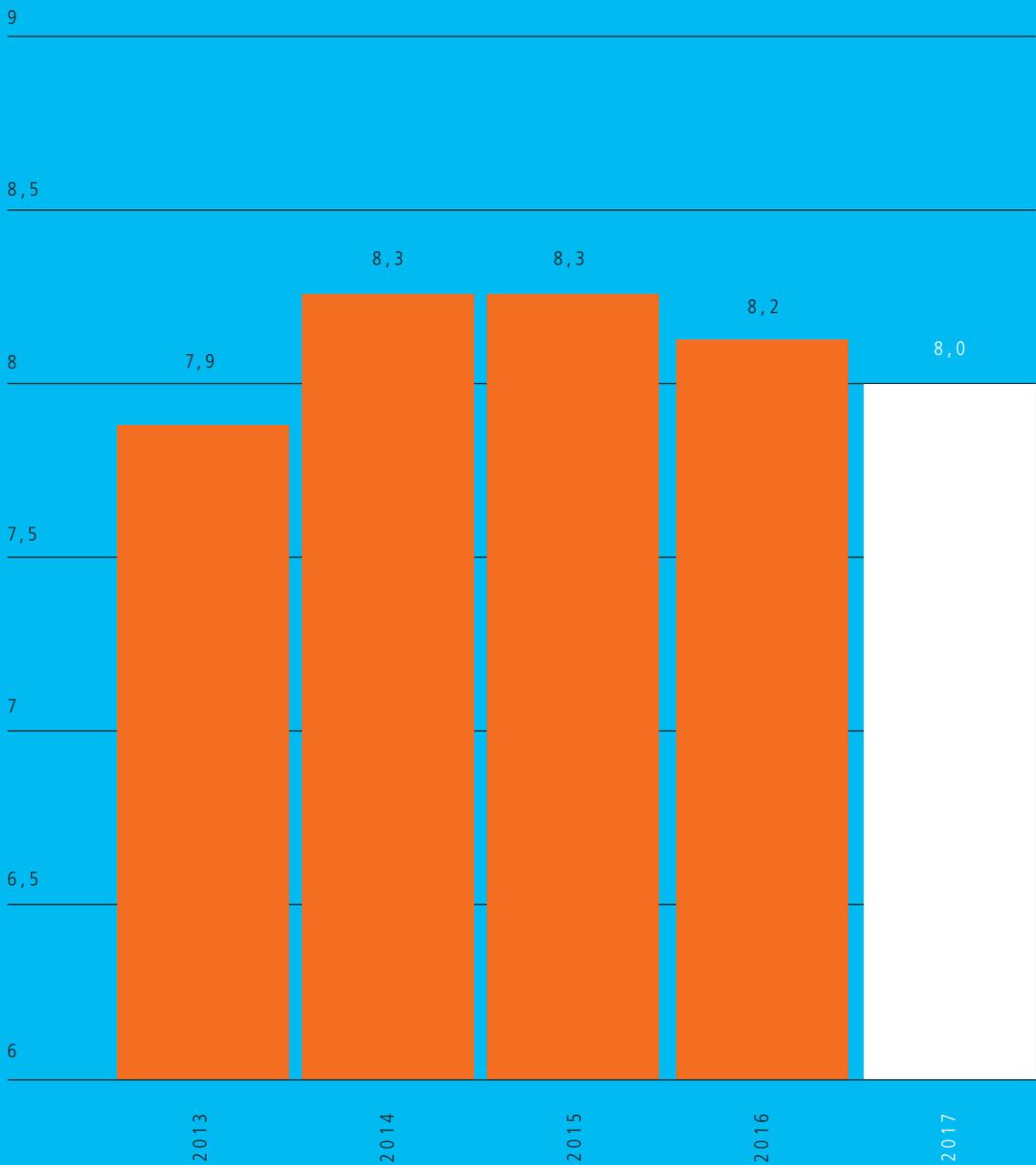


* Volksbanken, Raiffeisenbanken, Zentralbank, Sparda, PSD.

31

Akademikerquote*

in Prozent



* Volksbanken, Raiffeisenbanken, Zentralbank, Sparda, PSD.

32

Nachhaltigkeitsbericht

Nachhaltigkeit – was heißt das?

Die Weltkommission für Umwelt und Entwicklung formulierte schon 1987: Nachhaltig ist eine Entwicklung, „die den Bedürfnissen der heutigen Generation entspricht, ohne die Möglichkeiten künftiger Generationen zu gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen und ihren Lebensstil zu wählen“. Nachhaltigkeit ist aber nicht nur eindimensional in die Zukunft gerichtet, sondern umfasst mehrere Dimensionen: „Nachhaltig wirtschaften heißt in die Zukunft blicken und dabei soziale, ökologische und ökonomische Ziele ausartieren“, erläutert der Leitfaden zum Deutschen Nachhaltigkeitskodex.

Genossenschaftsidee und Selbstverständnis

Vor rund 170 Jahren gingen aus den von Hermann Schulze-Delitzsch und Friedrich Wilhelm Raiffeisen entwickelten genossenschaftlichen Prinzipien der Selbsthilfe, Selbstverantwortung und Selbstverwaltung die Genossenschaftsbanken hervor. Als vielseitige Förderer ihrer jeweiligen Region führen die Genossenschaftsbanken die Ideen ihrer Gründerväter auch heute noch mit großer Überzeugung und in enger Verbindung zu den Menschen in der Region fort. In Erinnerung an ihren sehr prominenten Gründervater Friedrich Wilhelm Raiffeisen und um die von ihm so geprägten Wertvorstellungen zu würdigen, feiern alle Genossenschaftsbanken 2018 mit dem Raiffeisen-Jahr den 200. Geburtstag ihres Gründervaters. Schließlich sind die Ideen Raiffeisens heute lebendiger und aktueller denn je.

Nachhaltiges Handeln ist eine wesentliche Eigenschaft der Genossenschaftskultur. Dazu gehört, neben ökonomischen Sichtweisen auch ökologische, soziale und gesellschaftsrelevante Faktoren zu berücksichtigen. Als bewährte Partner beim langfristigen Aufbau eines stabilen wirtschaftlichen Erfolgs sind Genossenschaftsbanken tief in der Gesellschaft und in der Region vor Ort verankert. Genossenschaftsbanken haben sich zum Ziel gesetzt, wirtschaftlichen Erfolg mit verantwortungsbewusstem Handeln zu verbinden. Das bedeutet, Verantwortung für die positive Gestaltung gesell-

schaftlicher Verhältnisse zu übernehmen. Prinzipien wie Respekt, Solidarität, Partnerschaftlichkeit, Demokratie, Subsidiarität, Regionalität, Selbstverantwortung sowie Hilfe zur Selbsthilfe spielen hierbei eine besondere Rolle. Nicht zuletzt die Hilfe zur Selbsthilfe war von Beginn der Genossenschaftsbewegung an darauf ausgelegt, die ökonomischen und damit auch gesellschaftlichen Umstände ihrer Mitglieder zu verbessern.

Die Übernahme ökologischer, ökonomischer und sozialer Verantwortung ist für viele Kunden mittlerweile ein wichtiges Entscheidungsmerkmal bei der Auswahl von Dienstleistern geworden. Verantwortungsvolles Handeln, die Integration von Nachhaltigkeitskriterien in transparente, effiziente Geschäftsprozesse und IT-Systeme sowie die optimale Verwendung begrenzt vorhandener Ressourcen sind Schlüsselfaktoren für den Erfolg der Genossenschaftsbanken.

Ökonomische Betrachtung

Bei der regelmäßigen Überprüfung der Nachhaltigkeitskriterien werden die Anforderungen an die Produkte kontrolliert und ergänzt. Effiziente Geschäftsprozesse werden durch die Umsetzung von Potenzialen aus der Digitalisierung, die das Verhalten der Mitglieder bestimmt, gefördert. Die im Zusammenhang mit der Digitalisierung bevorstehenden und zum Teil bereits eingetroffenen Veränderungsprozesse in den Banken erfordern eine Vorbereitung und Einbindung der Mitarbeiter. Zugleich gilt es, ihnen die erforderlichen neuen Kompetenzen zu vermitteln. Angemessene Fort- und Weiterbildungsprogramme flankieren dabei die Einführung neuer hochwertiger, nachhaltiger Produkte und Dienstleistungen.

Soziale Integration

Seit Jahren erleben Genossenschaftsbanken ein stetiges Mitgliederwachstum. Sie verzeichneten Ende 2017 etwa 18,5 Millionen Mitglieder. Über zwei Millionen neue Mitglieder kamen in den vergangenen zehn Jahren hinzu. Immer mehr Menschen und Unternehmen wollen nicht nur Kunde,

33

sondern auch Teilhaber ihrer Bank sein. So betreiben die Genossenschaftsbanken in Deutschland ihr Geschäft von einer sehr breiten Mitgliederbasis aus. Dabei wirken sie gut vernetzt tief in ihre Regionen hinein. Nach wie vor basiert das genossenschaftliche Geschäftsmodell dabei maßgeblich auf der Präsenz vor Ort und der Nähe zu den Kunden und Mitgliedern – natürlich in Verbindung mit einem leistungsfähigen vollumfänglichen Online-Angebot. Für diese Verfügbarkeit steht auch das flächendeckende Filialnetz. 11.108 Bankstellen werden bundesweit von den 915 Primärbanken betrieben. Die Primärbanken sind vor Ort erreichbar, wenn der Kunde sie braucht. Sie stehen ihm direkt und persönlich zur Seite. Das gilt längst nicht nur in wirtschaftlicher Hinsicht.

Die hohe Zahl von Genossenschaftsmitgliedern in Deutschland verdeutlicht: Das Modell der kooperativen Selbsthilfe und Selbstverantwortung vereint die Menschen, fördert individuelles Engagement und ermöglicht soziale, kulturelle und ökonomische Partizipation und Mitgestaltung. Der genossenschaftliche Grundgedanke ist es, Werte für Mitglieder zu schaffen, Vereine und Stiftungen umfassend zu unterstützen sowie regionale mittelständische Unternehmen zu finanzieren. Über die Förderung der Mitglieder und der regionalen Wirtschaft hinaus setzen sich die Volksbanken und Raiffeisenbanken in Deutschland in besonderem Maße für die Anliegen ihrer jeweiligen Region ein. Über 140 Millionen Euro lassen die Genossenschaftsbanken Jahr für Jahr an freiwilligen finanziellen Zuwendungen – zum Beispiel durch Spenden oder Sponsoring – den Menschen vor Ort zukommen. Der Großteil davon kommt Kindern und Jugendlichen sowie den Vereinen aus der Region zugute.

Das vielseitige Vereinsleben mit seiner breiten Mitgliederbasis passt zur regionalen Ausrichtung der Volksbanken und Raiffeisenbanken. Vereine sind in vielen Regionen Motoren des sozialen Miteinanders. Hier findet das Leben vor Ort statt. Aber auch öffentliche Einrichtungen wie Schulen oder Kindergärten sowie Kirchengemeinden oder andere religiöse Gemeinschaften werden von nahezu allen Kreditgenossenschaften regelmäßig und umfangreich unterstützt.

Das gesamte Stiftungsengagement der genossenschaftlichen Kreditinstitute beläuft sich auf über 300 Millionen Euro. Rund 30 Millionen Euro davon bringen sie für Gemeinschafts- und Bürgerstiftungen auf. Mit der Gründung und Unterstützung von Stiftungen schaffen die Kreditgenossenschaften verlässliche und nachhaltige Förderstrukturen. Zugleich setzen sie auf eine besonders dauerhafte Form der Förderung von regionalen Anliegen. Dieses Engagement passt zweifellos zu ihrem Selbstverständnis. Seit dem Jahr 2005 bis heute verdreifachten die Kreditgenossenschaften ihr Engagement in diesem Bereich. Überdies fördert knapp die Hälfte aller Volksbanken und Raiffeisenbanken Engagementprojekte ihrer Mitarbeiter während der Arbeitszeit. Weit über ein Drittel der Mitarbeiter der Genossenschaftlichen FinanzGruppe Volksbanken Raiffeisenbanken sind in ihrer Freizeit ehrenamtlich aktiv. Die Identifikation mit der Region reicht bei ihnen also oft über die Tätigkeit in den regionalen Finanzinstituten hinaus.

Ö k o l o g i s c h e V e r a n t w o r t u n g

Bei Krediten an die Land- und Forstwirtschaft ist die genossenschaftliche FinanzGruppe mit großem Abstand Marktführer. Ein wesentlicher Treiber der Kreditnachfrage waren die Erneuerbaren Energien. Hier engagieren sich Genossenschaftsbanken stark bei Energiegenossenschaften oder unterstützen sie in der Startphase. Etliche Genossenschaftsbanken haben eigene Crowdfunding-Plattformen ins Leben gerufen, um regionale, gesellschaftlich relevante Projekte zu finanzieren.

Genossenschaftsbanken leisten so einen Beitrag zur lokalen Beschäftigung und sozialen Integration und setzen sich für die besonderen Anliegen ihrer jeweiligen Region ein. Sie sind Arbeitgeber in der Region für die Region und bieten somit auch in ländlichen Gebieten vielen Menschen eine berufliche Perspektive.

35

Lagebericht 2017

Zusammengefasster Chancen- und Risikobericht

Die Genossenschaftliche FinanzGruppe Volksbanken Raiffeisenbanken war auch im Jahr 2017 wirtschaftlich erfolgreich und ist damit unverändert ein wesentlicher und stabiler Sektor in der deutschen Finanzwirtschaft. Der positive Geschäftsverlauf basiert insbesondere auf ihrem nachhaltig auf Kunden ausgerichteten Geschäftsmodell. Die Stabilität der gesamten genossenschaftlichen FinanzGruppe und das Vertrauen in die Bonität all ihrer Mitglieder werden durch die Sicherungseinrichtung des BVR (BVR-SE) und die BVR Institutssicherung GmbH (BVR-ISG) garantiert. Beide gemeinsam, jede in ihrem Funktions- und Aufgabenbereich, gewährleisten den Institutsschutz und bilden das Rückgrat des Risikomanagements der genossenschaftlichen FinanzGruppe.

36

Grundlagen

Die folgende Beschreibung zum Risikomanagement orientiert sich an der Struktur und Funktionsweise des institutsbezogenen Sicherungssystems der genossenschaftlichen FinanzGruppe als primärer Ebene und bezieht als sekundäres Element das Risikomanagement der einzelnen Institute mit ein. Das Risikomanagement auf Ebene des Sicherungssystems fokussiert sich dabei im Wesentlichen auf die Prävention von Schief lagen einzelner Institute.

Die Risikoberichterstattung umfasst grundsätzlich alle Gesellschaften des handelsrechtlichen Konsolidierungskreises. Der Konsolidierungskreis des Konsolidierten Jahresabschlusses ist somit umfassender im Vergleich zum aufsichtsrechtlichen Konsolidierungskreis und ist nicht auf die rechtlichen Mitglieder des Sicherungssystems begrenzt.

37

Risikomanagement in einer dezentralen Organisation

Institutsbezogenes Sicherungssystem der genossenschaftlichen FinanzGruppe

Die Sicherungseinrichtung des BVR

Die Sicherungseinrichtung des BVR ist das älteste und vollständig ohne staatliche Unterstützung finanzierte Banken-Sicherungssystem in Deutschland. Dieses System hat seit den 1930er Jahren als Folge der damaligen Weltwirtschafts- und Bankenkrise stets sichergestellt, dass alle einbezogenen Banken ihren finanziellen Verpflichtungen – insbesondere gegenüber Privatkunden mit ihren Einlagen – nachkommen konnten. Damit ist die Sicherungseinrichtung der genossenschaftlichen FinanzGruppe das weltweit älteste ausschließlich privat finanzierte und betriebene Sicherungssystem für Banken. Sie unterliegt der Aufsicht und Überwachung durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin).

Nach dem Inkrafttreten des Einlagensicherungsgesetzes (EinSiG) am 3. Juli 2015 und der dadurch erforderlich gewordenen Etablierung eines gesetzlich anerkannten Einlagensicherungssystems wird die Sicherungseinrichtung als zusätzliches freiwilliges institutsbezogenes Sicherungssystem gemäß §§ 2 Absatz 2, 61 EinSiG fortgeführt.

Zentrale und unveränderte Aufgabe der Sicherungseinrichtung ist die Sicherstellung der Stabilität der Mitgliedsinstitute durch die Abwendung drohender oder die Behebung bestehender wirtschaftlicher Schwierigkeiten bei den angeschlossenen Instituten sowie die Verhütung von Beeinträchtigungen des Vertrauens in die genossenschaftlichen Institute. Zur Bewältigung von in diesem Zusammenhang notwendigen Stützungsmaßnahmen stehen der Garantiefonds und der Garantieverbund zur Verfügung.

Die Sicherungseinrichtung hat 2017 ihre satzungsgemäßen Aufgaben als institutssichernde Einrichtung uneingeschränkt erfüllt. Am 31. Dezember 2017 gehörten der Sicherungseinrichtung des BVR insgesamt 926 (Vorjahr: 983) Institute der genossenschaftlichen FinanzGruppe an. Der Rückgang ist ausschließlich auf Verschmelzungen innerhalb der genossenschaftlichen FinanzGruppe zurückzuführen.

Die BVR Institutssicherung GmbH

Die BVR Institutssicherung GmbH (BVR-ISG) betreibt seit dem 1. Juli 2015 ein aufsichtsrechtlich anerkanntes institutsbezogenes Sicherungssystem im Sinne von Artikel 113 Absatz 7 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 für CRR-Kreditinstitute. Durch den Betrieb des institutsbezogenen Sicherungssystems erfüllt die BVR-ISG die ihr satzungsgemäß obliegende Aufgabe, drohende oder bestehende wirtschaftliche Schwierigkeiten bei den dem institutsbezogenen Sicherungssystem angehörigen Kreditinstituten im Sinne des Artikels 4 Absatz 1 Nummer 1 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 abzuwenden oder zu beheben (Institutsschutz). Zu diesem Zweck ergreift die BVR-ISG gegebenenfalls Präventiv- und Sanierungsmaßnahmen. Sofern die BaFin gemäß § 10 EinSiG den Schadensfall eines dem BVR-ISG-Sicherungssystem angehörigen CRR-Kreditinstituts feststellt, entschädigt die BVR-ISG dessen Kunden nach Maßgabe der §§ 5 bis 16 EinSiG. Insofern erfüllt die BVR-ISG den gesetzlichen Einlagenschutz für die Kunden.

Zusammen mit der Sicherungseinrichtung des BVR bildet die BVR-ISG das duale Sicherungssystem der genossenschaftlichen FinanzGruppe. Dem BVR-ISG-Sicherungssystem gehören diejenigen CRR-Kreditinstitute an, die auch dem BVR angehören, der Sicherungseinrichtung angeschlossen und dem System durch eine Beitritts- und Verpflichtungserklärung beigetreten sind. Zum 31. Dezember 2017 waren dies 924 (Vorjahr: 981) CRR-Kreditinstitute und damit alle in Deutschland von der BaFin zugelassenen Genossenschaftsbanken.

Die BVR-ISG unterliegt gemäß § 50 Absatz 1 EinSiG der Aufsicht der BaFin sowie der Überwachung durch den Bundesrechnungshof hinsichtlich der Aufgaben bei der Einlegerentschädigung nach den §§ 5 bis 16 EinSiG und hinsichtlich der Finanzierung und Zielausstattung nach den §§ 17 bis 19 EinSiG.

Die Organisation und die Entscheidungsstrukturen der BVR-ISG entsprechen, soweit im Rahmen des EinSiG möglich, der bewährten Organisation und den Entscheidungsstrukturen der Sicherungseinrichtung. Zur Abwicklung des laufenden Geschäftsbetriebs greift die BVR-ISG auf Grundlage von Doppelarbeitsverhältnissen sowie eines Dienstleistungsvertrags auf das Personal des BVR zurück,

das die entsprechenden Tätigkeiten auch für die Sicherungseinrichtung wahrnimmt. Angesichts des langjährig erfolgreichen Betriebs der Sicherungseinrichtung gewährleistet dies, dass die BVR-ISG ihre Aufgaben als institutsbezogenes Sicherungssystem (einschließlich Klassifizierung, Beitragserhebung etc.) ordnungsgemäß erfüllen kann. Zur Abwicklung von potenziellen, noch nie eingetretenen und auch derzeit nicht erkennbaren Entschädigungsverfahren hat die BVR-ISG zudem einen externen Dienstleister beauftragt.

Schwerpunkt der Aktivitäten der BVR-ISG war 2017 die Erfüllung der satzungsgemäßen, gesetzlichen und regulatorischen Aufgaben. Die risikoorientierte Beitragserhebung, die den Leitlinien der Europäischen Bankenaufsicht (EBA) entspricht, und die Mittelverwaltung standen dabei ebenso im Mittelpunkt wie umfangreiche erste operative Stress-tests sowie Vorbereitungen auf den sogenannten IPS-Sanierungsplan gemäß Mindestanforderungen an die Ausgestaltung von Sanierungsplänen (Ma-San). Im Verlaufe des gesamten Geschäftsjahres hat die BVR-ISG keine Maßnahmen für Einleger oder Banken ergreifen sowie auch keine Ausgleichszahlungen gemäß § 145 des Sanierungs- und Abwicklungsgesetzes (SAG) leisten müssen und blickt insofern auf ein sehr erfolgreiches Jahr 2017 zurück.

R i s i k o i d e n t i f i k a t i o n u n d - a n a l y s e

Grundstrukturen

Die genossenschaftliche FinanzGruppe ist eine dezentrale Organisation von rechtlich selbstständigen Instituten, die über die Sicherungseinrichtung haftungsmäßig miteinander verbunden sind. Dieses dezentrale Element ist auch ein wesentlicher Unterschied zu Bankengruppen mit einer hierarchisch an der Spitze stehenden Obergesellschaft. Somit liegen die unternehmerischen Entscheidungskompetenzen auch in der Verantwortung jedes einzelnen Instituts und seiner unabhängigen Geschäftsleitungs- und Aufsichtsgremien. Aus dieser dezentralen Struktur leitet sich auch der Schwerpunkt des Risikomanagements der Sicherungseinrichtung des BVR ab. Der Schwerpunkt liegt insofern primär nicht auf der isolierten Analyse von einzelnen Risikoarten und ihrem Umfang, sondern sehr wesentlich auf der gesamt-

haften Analyse der wirtschaftlichen Risikoträger, also der einzelnen Institute. Dieses methodische Grundverständnis stellt sicher, dass bei Feststellung einer geordneten Vermögens- und Risikolage und angemessener Ertragsverhältnisse eines jeden einzelnen Instituts somit auch das Gesamtsystem – also die gesamte genossenschaftliche FinanzGruppe – als Einheit wirtschaftlich geordnet ist.

Die Sicherungseinrichtung des BVR verfügt über verlässliche Systeme zur Risikoidentifikation und -einstufung sowie zur Risikoüberwachung all ihrer Mitglieder und des institutsbezogenen Sicherungssystems insgesamt. Basis der Risikoeinstufung bildet das seit 2003 praktizierte Klassifizierungssystem der Sicherungseinrichtung des BVR. Es handelt sich dabei um ein jahresabschlussbasiertes Ratingverfahren mit dem Ziel, einen vollständigen und transparenten Überblick über die Vermögens-, Ertrags- und Risikolage aller Mitglieder zu erlangen. Die Einstufung der Bank nach dem Klassifizierungsverfahren bildet zum einen die Grundlage für die Erhebung risikoadjustierter Garantiefondsbeiträge der Sicherungseinrichtung und ist zum anderen Ausgangspunkt für das Präventionsmanagement.

Die aus der Klassifizierung gewonnenen Erkenntnisse werden durch weitere Analysen und Daten ergänzt, insbesondere aus der Auswertung der Daten des sogenannten jährlichen Betriebsvergleichs. Dabei handelt es sich um einen Datenpool, den der BVR selbst bei seinen Mitgliedsinstituten erhebt und der im Wesentlichen auf Informationen des Rechnungs- und Meldewesens der Institute basiert. Die Daten des jährlichen Betriebsvergleichs bilden die Grundlage für Analysen zur Feststellung und Untersuchung besonderer Auffälligkeiten anhand von Risikokennzahlen. Darüber hinaus entwickelt der BVR themen- und risikobezogene Sonderanalysen (zum Beispiel Untersuchungen über die Auswirkungen der Niedrigzinsphase).

Nach Maßgabe ihrer risikoorientierten Vorgehensweise führt die Sicherungseinrichtung Einzelbankanalysen durch, die sich auf Institute erstrecken, die für das Sicherungssystem insgesamt von wirtschaftlich wesentlicher Bedeutung sind. Hierin werden auch die nicht klassifizierten Mitgliedsbanken einbezogen. Die Sicherungseinrichtung setzt dabei das

39

Konzept der Analyse großer Banken um. Damit trägt sie den Risiken aus der Größenklassenstruktur der angeschlossenen Institute Rechnung.

Für die Risikotragfähigkeit der Sicherungseinrichtung werden auf Basis verschiedener Stressszenarien mögliche Ausfallwahrscheinlichkeiten ermittelt und durch Monte-Carlo-Simulationen das mögliche Sanierungsvolumen berechnet. Hierfür werden szenariobezogene Klassifizierungen unter verschiedenen Annahmen (zum Beispiel Zinsentwicklungen, Verschlechterung der Bonitäten im Kundenkreditgeschäft) vorgenommen.

Klassifizierungsverfahren und Beiträge zur Sicherungseinrichtung

Mit dem Klassifizierungssystem werden die Banken anhand von acht Kennzahlen zur Vermögens-, Ertrags- und Risikolage einer der neun Bonitätsklassen A++ bis D zugeordnet. Dabei stützt sich das Klassifizierungssystem auf quantitative Kennzahlen, für die im Wesentlichen geprüfte Jahresabschlussdaten der Banken und Daten aus ihren Prüfungsberichten herangezogen werden. Mit diesen Daten wird die Sicherungseinrichtung durch die – für die jeweiligen Banken zuständigen – regionalen Prüfungsverbände IT-technisch versorgt.

In das Klassifizierungsverfahren werden grundsätzlich alle der Sicherungseinrichtung angeschlossenen Institute einbezogen. Hiervon ausgenommen sind nur wenige Institute, insbesondere die, die von einer externen Ratinggesellschaft eigenständig geratet werden, wie die Zentralbank mit ihren Tochterinstituten und die Münchener Hypothekenbank.

Grundlage des Klassifizierungsverfahrens 2017 war die Analyse der Jahresabschlussdaten 2016. Die leichte Verbesserung der Klassenverteilung auf Basis der Jahresabschlüsse 2016 gegenüber dem Vorjahr resultierte überwiegend aus einer leichten Stärkung der Vermögenslage bei nahezu konstanter Ertragslage. Während das Zinsergebnis einen leichten Rückgang verzeichnete, konnte das Provisionsergebnis konstant gehalten werden. Das Bewertungsergebnis im Kreditgeschäft verharrte weiterhin auf außergewöhnlich niedrigem Niveau. Außerordentlich wirkten im Geschäftsjahr 2016 eine erhöhte Zuschreibung zu den Beteiligungsbuchwerten nach Zentralbankfusion

sowie ein geringerer Aufwand für die Aufzinsung von Altersvorsorgeverpflichtungen. Die erwirtschafteten Jahresergebnisse wurden zur Stärkung der Vermögenslage, vorrangig des Kernkapitals, genutzt.

Für das Jahr 2017 leisteten die Institute, die gleichzeitig Mitglied der BVR-ISG sind, einen Beitrag zum Garantiefonds der Sicherungseinrichtung mit einem Satz von 0,36 Promille der Bemessungsgrundlage (Vorjahr: 0,4 Promille) unter Berücksichtigung der individuellen Abschläge beziehungsweise Zuschläge aus der Klassifizierung. Für die übrigen Mitgliedsinstitute lag der Beitragssatz bei 0,828 Promille der Bemessungsgrundlage.

Risikosteuerung und -überwachung

Präventionsmanagement

Ziel des Präventionsmanagements ist es, wirtschaftliche Fehlentwicklungen frühzeitig zu identifizieren und ihnen entgegenzuwirken, um somit zur präventiven Abwendung von Stützungsmaßnahmen beizutragen. Dafür werden mit allen infrage kommenden Banken die vorhandenen Daten und weitere Informationen analysiert und auf der Basis ergänzender Gespräche mit dem Management der Banken adäquate Maßnahmen vereinbart, die zu einer Stabilisierung und Verbesserung der geschäftlichen Entwicklung dieser Banken führen sollen.

Die Ergebnisse aus dem Klassifizierungsverfahren bilden die Basis für das systematische Präventionsmanagement der Sicherungseinrichtung. In das Präventionsmanagement werden alle Banken aufgenommen, bei denen auf der Basis ihres Jahresabschlusses ein Klassifizierungsergebnis von B– oder schlechter ausgewiesen wird. Jedoch sind in den vergangenen Jahren immer stärker andere Kennzahlen und Daten hinzugezogen worden, um bei den Instituten Auffälligkeiten in der Früherkennung zu identifizieren; hierzu zählen im Berichtsjahr 2017 insbesondere die auch der Sicherungseinrichtung in vollem Umfang vorliegenden Informationen aus der zweiten Niedrigzinsumfrage der Deutschen Bundesbank sowie aus dem Meldewesen der Banken.

Die der Prävention vorgeschaltete Phase des Monitorings von auffälligen Instituten leistet einen

40

kontinuierlich wichtiger werdenden Beitrag zur frühzeitigen Analyse von Instituten. Hierbei wurden im Berichtsjahr 2017 erneut auch solche Institute überwacht, bei denen keine Indizien für Risiken vorlagen, die aber aufgrund der schieren Bilanzsumme ein potenziell größeres Risiko darstellen können. Somit verstärkt sich die nachhaltige Tendenz zur Verschiebung der Arbeitsschwerpunkte der Sicherungseinrichtung weg von der Sanierung hin zum – um das Monitoring erweiterten – systematisch ganzheitlichen Präventionsmanagement.

Sanierungsmanagement

Die Tätigkeit der Sicherungseinrichtung bei Sanierungen von Mitgliedsinstituten hat zunächst unverändert die Aufstellung eines testierfähigen Jahresabschlusses durch Gewährung von Sanierungsmaßnahmen zum Ziel. Im Anschluss wird über die vertragliche Vereinbarung adäquater Maßnahmen die Wiedererlangung der Zukunftsfähigkeit der einzelnen Bank – unter Wahrung der Interessen aller Mitglieder der Solidargemeinschaft – sichergestellt.

Grundlage für die Gewährung und Durchführung von Sanierungsmaßnahmen ist das „Handbuch für zukunftsfähiges Bankmanagement – Leitlinien für die Neuausrichtung und Restrukturierung von Genossenschaftsbanken“. Die in diesem Handbuch dokumentierten Grundsätze bilden für die betroffenen Banken eine Leitlinie für die Wiedererlangung wettbewerbsfähiger Strukturen unter anderem bei der Sanierung und zeigen auf, wie die Wiederherstellung ihrer Grundrentabilität konzeptionell erreicht werden kann. Ziel ist es, diese Sanierungsphase spätestens nach fünf Jahren zu beenden. Daneben wendet sich das Handbuch der Sicherungseinrichtung explizit auch an Präventionsbanken sowie grundsätzlich ebenfalls an alle Institute mit selbst identifiziertem Neuausrichtungsbedarf. Die BVR-SE hat die Überarbeitung dieses Handbuches per Jahresmitte 2017 zum Abschluss gebracht; alle Institute haben das neue Handbuch erhalten.

Die positive Entwicklung der Sicherungseinrichtung im Sanierungsbereich hat sich auch im Berichtsjahr weiter fortgesetzt. Im Geschäftsjahr 2017 sind erneut keine erstmaligen Stützungsmaßnahmen erforderlich gewesen. Die Belastungen entfielen ausschließlich auf Altfälle, bei denen bereits abge-

schirmte Risiken akut geworden sind oder insoweit Risikovorsorge im Jahresabschluss der Sicherungseinrichtung gebildet wurde. Da die BVR-SE 2017 auch bei der Abarbeitung und Finalisierung von Altfällen erfolgreich einen Schwerpunkt gesetzt hat, war die Sanierungstätigkeit im Berichtsjahr materiell kaum noch nennenswert. Die abzuschirmenden Sanierungsvolumina lagen in Summe nicht nur signifikant unter der erwarteten Höhe, sondern netto erneut deutlich unterhalb der Rückführungen aus Besserungsschein- und sonstigen Freistellungsverpflichtungen. Dies führte insgesamt wiederholt dazu, dass die Substanz des dualen genossenschaftlichen Institutssicherungssystems mit der Sicherungseinrichtung und der BVR-ISG im Jahr 2017 weiter gestärkt und der Bestand an gesetzlichen Garantiefondsmitteln weiter ausgebaut werden konnte.

Ausblick für die Sicherungseinrichtung des BVR und die BVR Institutssicherung GmbH

Wirtschaftlich erwartet die Sicherungseinrichtung für das Jahr 2018 eine weiterhin positive Entwicklung. Materiell bedrohliche, aus dem statutarisch definierten Auftrag resultierende Szenarien für die Stabilität der Sicherungseinrichtung sind derzeit nicht erkennbar. Für 2018 ist – auch vor dem Hintergrund einer weiterhin robusten Lage der Binnenwirtschaft – kein Anstieg der Stützungsleistungen zu erwarten. Auch daher plant die Sicherungseinrichtung für das Jahr 2018 keine wesentlichen Veränderungen des Garantiefondskapitals bei der Sicherungseinrichtung des BVR, zumal der Mittelaufbau im dualen genossenschaftlichen Sicherungssystem bis auf Weiteres primär im BVR-ISG-Sicherungssystem zur Erreichung der erforderlichen Zielausstattung gemäß § 17 Absatz 2 EinSiG erfolgen soll.

Bereits in der Sitzung am 21. November 2017 hat der Verbandsrat des BVR für 2018 für die Institute, die gleichzeitig dem BVR-ISG-Sicherungssystem angehören, einen Beitrag zum Garantiefonds der Sicherungseinrichtung in Höhe von 0,36 Promille der Bemessungsgrundlage beschlossen. Für die übrigen Mitgliedsinstitute wurde der Beitrag auf 0,828 Promille der Bemessungsgrundlage beziehungsweise

41

das 2,07-Fache des Grundbeitragssatzes (0,4 Promille) festgesetzt. Damit bleiben die Beitragssätze konstant.

Für die BVR-ISG steht auch im Jahr 2018 weiterhin die Umsetzung von neuen aufsichtsrechtlichen Anforderungen wie der Erstellung von Sanierungsplänen im Sinne der §§ 12 bis 20 des Sanierungs- und Abwicklungsgesetzes (SAG) an; wir erwarten für 2018 das Inkrafttreten der damit korrespondierenden MaSan-Verordnung. Darüber hinaus sind im Rahmen der indirekten und sektoralen Aufsicht der Europäischen Zentralbank (EZB) neue Meldepflichten, insbesondere erweiterte und verstärkte Anforderungen auf Ebene der genossenschaftlichen FinanzGruppe, umzusetzen. Hier erwartet die Sicherungseinrichtung noch weitere Themenfelder im Zusammenspiel mit nationalen und internationalen Institutionen wie der Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung (FMSA), der Europäischen Abwicklungsbehörde (SRB), der EBA oder EU-Kommission, die sowohl die Sicherungseinrichtung als auch die BVR-ISG betreffen können.

42

Kapitalmanagement

Aufsichtsrechtliches Kapitalmanagement

Der Konsolidierte Jahresabschluss der genossenschaftlichen FinanzGruppe gibt einen umfassenden Überblick über die wesentlichen Eigenkapitalkennziffern, insbesondere die konsolidierten aufsichtsrechtlichen Kapitalquoten. Diese Kapitalquoten werden nach den Vorgaben der CRR im Rahmen der Erweiterten Zusammenfassungsverrechnung (EZR) gemäß Artikel 49 Absatz 3 in Verbindung mit Artikel 113 Absatz 7 CRR ermittelt. Die Angaben zu den aufsichtsrechtlichen Kapitalquoten beziehen sich auf den Meldestichtag 31. Dezember 2017 und beinhalten nicht die Gewinnthesaurierung aus dem Jahresabschluss 2017. Die Thesaurierung erfolgt nach der institutsindividuellen Gremienzustimmung und wird zu einer weiteren wesentlichen Stärkung der Kapitalbasis der Gruppe führen.

Die aufsichtsrechtliche Gesamtkapitalquote der genossenschaftlichen FinanzGruppe beträgt per 31. Dezember 2017 16,0 Prozent (per 31. Dezember 2016: 16,1 Prozent). Insgesamt haben sich die regulatorischen Eigenmittel um 5,5 Milliarden Euro auf 97,7 Milliarden Euro erhöht. Die Erhöhung der Eigenmittel resultiert im Wesentlichen aus der Gewinnthesaurierung durch die Primärbanken.

Die Kernkapitalquote zeigt sich mit 13,4 Prozent (per 31. Dezember 2016: 13,1 Prozent) verbessert. Unter Berücksichtigung der gebildeten §-340f-HGB-Reserven als Kernkapital beträgt die Kernkapitalquote 15,6 Prozent (per 31. Dezember 2016: 15,4 Prozent). Das Kapital der genossenschaftlichen FinanzGruppe wird im Wesentlichen durch die Primärinstitute gehalten.

Der Gesamtrisikobetrag per 31. Dezember 2017 beträgt 611,5 Milliarden Euro (per 31. Dezember 2016: 572,5 Milliarden Euro). Der Anstieg um 6,8 Prozent ist durch das Wachstum des Kundenkreditgeschäfts, sowohl im Privat- als auch im Firmenkundensegment, geprägt.

Auf Einzelinstitutsebene analysiert die Sicherungseinrichtung fortlaufend die aufsichtsrechtlichen Eigenmittelquoten der Mitgliedsbanken. Für die jederzeitige Erfüllung der bankaufsichtsrechtlichen Anforderungen, inklusive bankindividueller

Zuschläge (zum Beispiel Zinsänderungsrisiko, sonstige wesentliche Risiken bzw. Stresstestergebnisse), sind die Institute selbst verantwortlich. Die Kapitalausstattung der einzelnen Institute in der genossenschaftlichen FinanzGruppe zum Meldestichtag 31. Dezember 2017 zeigt sich im Vergleich zum 31. Dezember 2016 weiterhin solide, wie die Grafik auf Seite 44 verdeutlicht.

Mit einem bilanziellen Eigenkapital in Höhe von 104,4 Milliarden Euro (per 31. Dezember 2016: 98,6 Milliarden Euro) verfügt die genossenschaftliche FinanzGruppe über eine solide Kapitalausstattung. In den letzten Jahren konnte die Kapitalausstattung kontinuierlich aus eigener Kraft durch Gewinnthesaurierung weiter ausgebaut werden. Diese Entwicklung belegt das tragfähige Geschäftsmodell der genossenschaftlichen FinanzGruppe mit breiter Risiko- und Ertragsdiversifizierung.

Auch die auf Ebene des institutsbezogenen Sicherungssystems per 31. Dezember 2017 ermittelte risikounabhängige Verschuldungsquote (Leverage Ratio) dokumentiert mit einem Wert von 6,8 Prozent (per 31. Dezember 2016: 6,3 Prozent) die überdurchschnittliche Kapitalausstattung der genossenschaftlichen FinanzGruppe. Unter Berücksichtigung der §-340f-HGB-Reserven als Kernkapital und vollständiger Einführung der einschlägigen CRR-Bestimmungen beträgt die Leverage Ratio 7,7 Prozent (per 31. Dezember 2016: 7,3 Prozent). Die Gesamtrisikoposition für die Verschuldungsquote erhöhte sich im Vorjahresvergleich um 2,0 Prozent auf 1.218,5 Milliarden Euro.

Ökonomisches Kapitalmanagement

Das Risikokapitalmanagement ist eine zentrale Aufgabenstellung der einzelnen Institute vor Ort. Seine Ausgestaltung hat sich – gemäß den Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) – an der Komplexität, dem Umfang der Geschäftsaktivitäten und der Bankgröße zu orientieren. Zur prozessualen Unterstützung erhalten die Banken über die VR Control Konzepte und die VR Control Software entsprechende Unterstützungsleistungen.

Das Risikokapitalmanagement ist dabei einerseits von den betriebswirtschaftlichen Anforderungen

43

an eine optimale Allokation des Risikokapitals auf verschiedene Risikoklassen unter Rendite-/Risikogesichtspunkten geprägt und andererseits von den neuen Anforderungen des Internal Capital Adequacy Assessment Process (ICAAP) gekennzeichnet. Eine entsprechende ganzheitliche Konzeption ist vom BVR im Projekt VR Control Update geschaffen worden und wird 2019 den Banken bereitgestellt.

Auf der betriebswirtschaftliche Ebene gehen dabei die regelmäßig wesentlichen Risikoklassen der Volksbanken und Raiffeisenbanken Zins und Kreditrisiko in das Optimierungskalkül ein. Entsprechend dem Grundkonzept der Kapitalmarkttheorie können bei gegebenen Rendite-/Risikozahlen der jeweiligen Klasse und der Korrelationen Kombinationen gefunden werden, die im Gesamtportfolio eine optimale Relation auf Gesamtbankebene sicherstellen.

Neben diesen betriebswirtschaftlichen Überlegungen hat die Bankenaufsicht in einem eigenen Verfahren (Supervisory Review and Evaluation Process – SREP) die Risikomessung der ersten Säule ergänzt und ein System bankindividueller Zuschläge für das Zinsänderungsrisiko und für die sogenannten sonstigen wesentlichen Risiken sowie einen Zuschlag für den Stressfall berechnet. Auch im Geschäftsjahr bewegten sich die Zuschläge in einer für die Banken darstellbaren Größenordnung, wobei die Zuschläge für die sonstigen wesentlichen Risiken gegenüber dem Vorjahr deutlich abgenommen haben.

Die Berechnung der Risikotragfähigkeit, die bislang in der zweiten Säule stark auf dem sogenannten Fortführungsansatz beruhte, erfährt eine deutliche Veränderung. Künftig wird die Risikotragfähigkeit aus zwei Säulen bestehen. In der normativen Perspektive soll die Bank alle vorgegebenen gesetzlichen Bestimmungen zur Risikotragfähigkeit bestimmen und eine mehrjährige Kapitalplanung mit einem adversen Szenario erstellen. In der zweiten Säule wird aus einer rein ökonomischen Sicht das Kapital der Bank bewertet und ihm das entsprechende Risikoprofil gegenübergestellt. Beide Säulen sollen miteinander kommunizieren. Zielsetzung ist es, den Fortbestand der Bank sicherzustellen.

Mit dem neuen Leitfaden der nationalen Bankenaufsicht, der sich an der Vorgehensweise der EZB für den Single Supervisory Mechanism (SSM) orientiert, werden sich die Banksteuerung und das Risikomanagement in den Instituten verändern. Die Institute werden nicht nur zusätzliche Berechnungen durchführen, sondern auch eine neue verzahn-

te Sichtweise auf ihre jeweiligen Risiken durch den Abgleich der beiden Säulen entwickeln müssen. Die ökonomische, wertorientierte Sichtweise wurde bislang nur von einem geringen Teil der Institute angewendet. Die Verbände, die Rechenzentrale und die DZ BANK werden den Migrationsprozess in den Banken unterstützen.

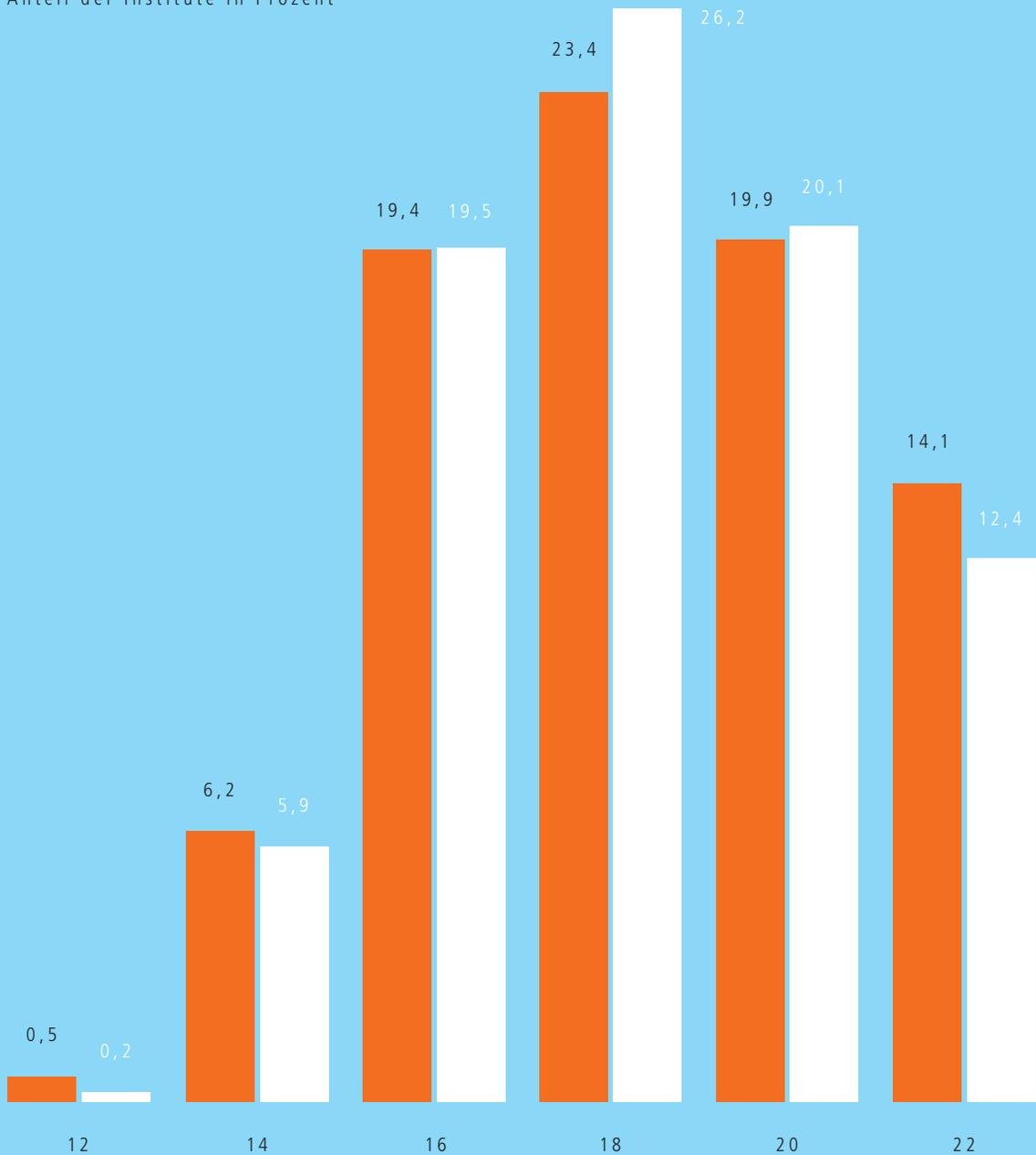
R a t i n g s d e r g e n o s s e n s c h a f t l i c h e n F i n a n z G r u p p e

Die Ratings der genossenschaftlichen FinanzGruppe waren 2017 auf hohem Niveau unverändert stabil. Die Agenturen Standard & Poor's und Fitch Ratings beurteilen die genossenschaftliche FinanzGruppe jeweils mit AA-. Die Solidität dieser Ratingeinschätzungen basiert allein auf der wirtschaftlichen Stärke der genossenschaftlichen FinanzGruppe ohne eine externe Unterstützungsannahme. Die Ratingagenturen begründen ihre positive Einschätzung mit dem nachhaltig erfolgreichen, auf das Privat- und Firmenkundengeschäft ausgerichteten Geschäftsmodell. Die Refinanzierung des Geschäftsmodells basiert auf Kundeneinlagen und ist somit strukturell nachhaltig gesichert. Die jederzeitige Liquidität ist durch einen umfangreichen und diversifizierten Bestand an marktgängigen Wertpapieren in Verbindung mit dem Liquiditätsausgleich innerhalb der genossenschaftlichen FinanzGruppe gewährleistet. Die Kapitalausstattung wird als überdurchschnittlich stark bewertet. Die Agenturen heben die Fähigkeit und Neigung der genossenschaftlichen FinanzGruppe hervor, Kapital aus eigener Kraft durch Gewinnthesaurierung zu bilden. Die granulare Kreditstruktur und der Anteil an Hypothekarkrediten aus dem Retailgeschäft prägen die insgesamt hohe Qualität des Kundenkreditgeschäfts. Die Sicherungseinrichtung des BVR wird von den Agenturen als Bindeglied und wesentlicher Teil des Risikomanagements innerhalb der genossenschaftlichen FinanzGruppe betrachtet.

44

Verteilung der Gesamtkapitalquote in der genossenschaftlichen FinanzGruppe *

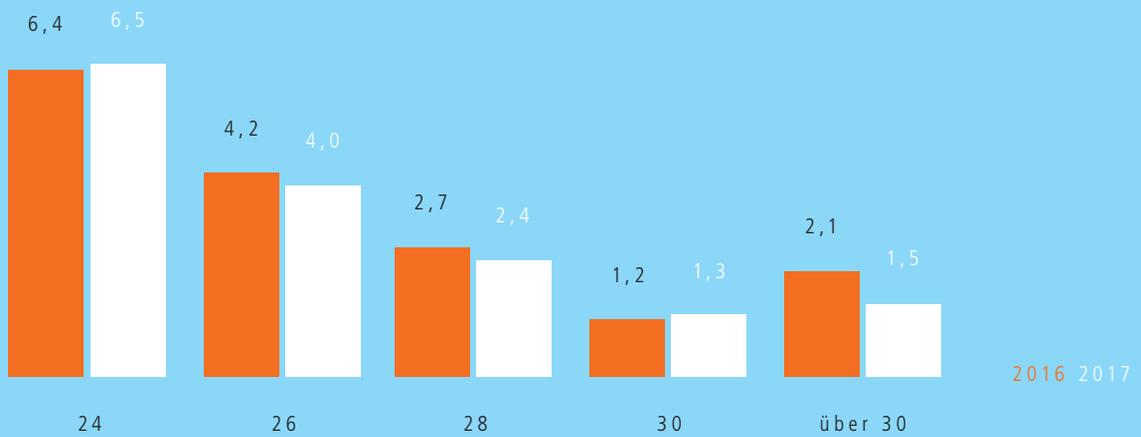
Anteil der Institute in Prozent



Gesamtkapitalquote bis ... Prozent

* Stand 31.12.2017.

45



Kredit-, Marktpreis- und Liquiditätsrisiken sowie operationelle Risiken

Kreditrisiko

Aufgrund des hohen Kreditvolumens im Kundengeschäft ist das Kreditrisiko die wichtigste Risikokategorie der Genossenschaftsbanken. Mittels umfangreicher, hochwertiger Verfahren zur Risikomessung steuern die Genossenschaftsbanken ihre Kreditrisiken effizient und nachhaltig. Zur Einschätzung der Bonität einzelner Kreditnehmer nutzen die Genossenschaftsbanken die entsprechenden segmentspezifischen VR Ratingverfahren, die einer laufenden zentralen Validierung nach hochwertigen Marktstandards unterzogen werden. Zur Messung der Risiken auf Portfolioebene kommen Portfolio-Modelle, die ebenfalls einer permanenten Überprüfung sowohl auf Gesamtmodellebene als auch auf Parameterebene unterzogen werden, bei dem überwiegenden Teil der Banken insbesondere bei der Risikotragfähigkeitsbetrachtung zum Einsatz.

Im Mittelpunkt der strategischen Ausrichtung der genossenschaftlichen FinanzGruppe stehen das ertragsorientierte Eingehen von Risiken unter Berücksichtigung des Eigenkapitals sowie eine vorsichtige Kreditpolitik. Die Kreditvergabe der Genossenschaftsbanken bewegt sich in konservativem Rahmen. Dabei spielen die Kundenkenntnis und die kundenseitige Tragbarkeit der Verpflichtungen eine zentrale Rolle. Das Kundenkreditgeschäft der genossenschaftlichen FinanzGruppe ist insgesamt durch eine granulare Kreditstruktur und einen hohen Anteil an Hypothekenkrediten gekennzeichnet. Die Granularität und die weitgehende regionale Diversifizierung der Geschäftstätigkeit der genossenschaftlichen FinanzGruppe begrenzen Risikokonzentrationen.

Im Geschäftsjahr 2017 konnte die genossenschaftliche FinanzGruppe einen deutlichen Zuwachs im Kreditgeschäft verzeichnen. Die Forderungen an Kunden erhöhten sich gegenüber 2016 um 3,9 Prozent. Ein wesentlicher Wachstumstreiber waren erneut die langfristigen Baufinanzierungen. Die Kreditvergabe der Genossenschaftsbanken in der Wohnungsbaufinanzierung profitierte von dem günstigen gesamtwirtschaftlichen Umfeld. Das Niedrigzinsniveau, die gute Beschäftigungssituation

und steigende Einkommen der privaten Haushalte führten insgesamt zu einer hohen Nachfrage nach Immobilienkrediten. Allerdings setzte sich 2017 der Anstieg der Wohnimmobilienpreise in Deutschland fort. Im Durchschnitt über alle 402 Stadt- und Landkreise verzeichneten die Preise für Wohnimmobilien einen Anstieg von 5,4 Prozent (Vorjahr: 4,8 Prozent). Besonders hoch waren die Zuwächse in den Ballungszentren, die Preisentwicklungen in den ländlichen Gebieten fielen jedoch moderat aus, sodass insgesamt von einem in der Breite stabilen Immobilienmarkt gesprochen werden kann.

Um die Mitgliedsinstitute in der Überwachung der regionalen Märkte zu unterstützen, hat der BVR gemeinsam mit der vdpResearch GmbH ein Marktschwankungskonzept auf Postleitzahlenebene entwickelt: das BVR-Immobilienmarkt-Monitoring. Die Messungen von Marktschwankungen anhand des BVR-Immobilienmarkt-Monitorings ergänzen das Marktschwankungskonzept der Deutschen Kreditwirtschaft auf regionaler Ebene. Somit können die Genossenschaftsbanken ihre relevanten Märkte räumlich zutreffend bestimmen und die aufsichtsrechtlichen Anforderungen besser erfüllen.

Das Wachstum im Firmenkundengeschäft wurde überwiegend durch die Kreditvergabe an das Dienstleistungsgewerbe, das Baugewerbe sowie Unternehmen aus dem Bereich Energie und Bergbau getragen. Aufgrund ihrer regionalen Verankerung nehmen die Kreditgenossenschaften eine starke Marktposition im Wirtschaftsbereich Erneuerbare Energien ein und begleiten finanziell Unternehmensvorhaben sowohl zur Erhöhung der Energieeffizienz als auch zur Erzeugung von regenerativen Energien.

Der Risikovorsorgeaufwand im Kreditgeschäft stieg im Geschäftsjahr auf –576 Millionen Euro (Vorjahr: –522 Millionen Euro) leicht an. Ursächlich hierfür war im Wesentlichen eine höhere Risikovorsorgebildung für Engagements im Altbestand der Schiffs- und Offshore-Finanzierung vor dem Hintergrund des in vielen Segmenten der Schifffahrt anhaltenden Abschwungs und der ölpreisbedingt schwierigen Rahmenbedingungen an den Offshore-Märkten.

47

Trotz der belastenden Effekte blieb der Risikovor-sorgeaufwand mit einer Quote von 0,07 Prozent des Volumens an Kunden- und Bankenforderungen (von insgesamt 812.922 Millionen Euro) weiterhin auf niedrigem Niveau. In der Zusammenfassung betreiben die Genossenschaftsbanken ihr Kreditgeschäft in geordneten Verhältnissen.

Marktpreisrisiko

Zinsänderungsrisiken haben einen wesentlichen Einfluss auf die Ertragslage der Banken. Aufgrund des anhaltend niedrigen Zinsniveaus fiel das positive Zinsergebnis der genossenschaftlichen FinanzGruppe im Jahr 2017 um 1,0 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Gemäß Analyse wird wie in den Vorjahren der größte Teil des Zinsergebnisses durch Konditionsbeiträge im Kundengeschäft erzielt. Aufgrund anhaltender Niedrigzinsen und steigenden Wettbewerbs um Einlagen rechnen die Kreditinstitute künftig mit niedrigeren Zinsmargen. Zudem besteht weiterhin das Risiko, dass sich bei einer Zinswende auf den Finanzmärkten die Refinanzierungskosten erhöhen werden.

Das Zinsänderungsrisiko spielt neben den Kreditrisiken eine wichtige Rolle in den meisten Genossenschaftsbanken. Sowohl eine weiter anhaltende Niedrigzinsphase als auch ein rascher und deutlicher Zinsanstieg könnte die Banken vor große Herausforderungen stellen. Diesem Sachverhalt trägt die Aufsicht durch entsprechende Regulierungsaktivitäten Rechnung. So hat der Basler Ausschuss für Bankenaufsicht 2016 die neuen Standards „Interest rate risk in the banking book“ veröffentlicht, die 2018 in Kraft treten. Die EBA-Leitlinien zur „Steuerung des Zinsänderungsrisikos im Anlagebuch“ gelten seit Anfang 2016. Beiden Papieren ist gemein, dass sie die Abbildung der Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch zwar weiterhin in Säule 2 sehen, jedoch ein verstärktes Augenmerk auf die Qualität und Konsistenz der Zinsänderungsrisikosteuerung in den Instituten legen. Für den Fall, dass die interne Steuerung den Anforderungen der Aufsicht nicht genügt, beschreiben die neuen Basler Standards ein Standardmodell, dessen Anwendung der Aufseher fordern kann.

Die Sicherungseinrichtung überwacht die Angemessenheit der Zinsänderungsrisiken der Mitgliedsinstitute, unter anderem durch Simulationsrechnungen des Zinsergebnisses. Aus diesen Simulationen kann geschlossen werden, dass die Kreditgenossenschaften auch zukünftig ein nachhaltig angemessenes Ergebnis erzielen. Hierzu tragen insbesondere auch die entsprechenden Steuerungsmaßnahmen der Institute bei.

Mit der Umsetzung der neuen Basler Standards „Interest rate risk in the banking book“ wird auch das aufsichtsrechtliche „Prüfkriterium“ auf Basis von sechs statt bisher zwei Zinsszenarien ermittelt. Es wird eine zentrale Rolle bei der Ermittlung des SREP-Zuschlags für Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch spielen.

Liquiditätsrisiko

Die genossenschaftliche FinanzGruppe zeichnet sich seit Jahren durch eine als verlässlich und krisenresistent anzusehende Liquiditätsstruktur aus. Die Loan to Deposit Ratio der genossenschaftlichen FinanzGruppe liegt bei 95 Prozent. Grundlage hierfür ist die stabile und eher kleinteilige Geschäftsstruktur der Banken, die sich diversifizierend und im Ergebnis risikomindernd auswirkt, sowie vor allem die traditionell ausgeprägte Finanzierung der Institute über Kundeneinlagen. Die Kundschaft honoriert damit die Wirksamkeit der Institutssicherung, die die Sicherungseinrichtung des BVR und die BVR Institutssicherung GmbH insbesondere zum Zweck des Einlagenschutzes betreiben.

Die Primärinstitute geben einen Teil ihrer Kundeneinlagen als Überschussliquidität an die DZ BANK AG als ihr Zentralinstitut weiter. Die DZ BANK erhält darüber einerseits einen indirekten Zugang zu stabilen Refinanzierungsmitteln aus Retail-Einlagen, und andererseits decken Primärinstitute mit Liquiditätsbedarf ihn bei ihrem Zentralinstitut. Die DZ BANK bündelt somit Liquiditätsüberschüsse der Einzelinstitute und gleicht strukturelle Unterschiede in der Liquiditätsausstattung einzelner Primärinstitute aus. Innerhalb des Netzwerks der Primärbanken

48

und Verbundunternehmen stellt die DZ BANK als genossenschaftliche Zentralbank einen Liquiditätsausgleich sicher.

Die Sicherstellung der kurzfristigen Zahlungsfähigkeit einer Bank wird mit der Liquidity Coverage Ratio (LCR) gemessen. Die Banken sind gehalten, eine ausreichend hohe Liquiditätsvorsorge vorzuhalten. Zum Stichtag 31. Dezember 2017 liegt der Wert für die LCR im Median aller genossenschaftlichen Institute bei 161 Prozent (per 31. Dezember 2016: 156 Prozent).

O p e r a t i o n e l l e s R i s i k o

Die eingerichteten Systeme und internen Verfahren der Genossenschaftsbanken dienen der Reduktion von operationellen Risiken, die zu Verlusten infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren und Systemen, Menschen oder infolge externer Ereignisse führen können.

Den operativen Risiken wird mit unterschiedlichen Maßnahmen begegnet. Dazu zählen Arbeitsanweisungen, Funktionstrennungen, die Verwendung von einheitlichen und rechtlich geprüften Vertrags-

vordrucken sowie der Einsatz von Sicherheits-, Compliance-, Datenschutz- und Geldwäschebeauftragten. Für den Ausfall technischer Einrichtungen und unvorhergesehene Personalausfälle besteht eine Notfallplanung.

Interne Kontrollverfahren gewährleisten, dass wesentliche operationelle Risiken regelmäßig identifiziert, analysiert und beurteilt werden. Anhand von Leitfäden können die Institute ein systematisches Risk Assessment nach Marktstandards durchführen. Schadenfälle werden in einer Datenbank erfasst. Auf Basis der Ergebnisse der Schadensfallanalysen werden gegebenenfalls interne Abläufe angepasst beziehungsweise präventive Schutzmaßnahmen implementiert.

Die Messung operationeller Risiken erfolgt vor dem Hintergrund des jeweiligen Geschäftsmodells des Instituts. Dominierend ist die Quantifizierung in Form eines plausiblen Pauschalbetrags oder auf Basis historischer Schadensdaten teilweise erweitert durch VaR-Ansätze. Laut Analyse werden die im Rahmen ihrer individuellen Risikosteuerung von den Instituten vergebenen Limits regelmäßig eingehalten.

49

Chancen und Chancenmanagement

Die Mitgliedschaft der Kunden ist ein typisches Merkmal des Geschäftsmodells der Genossenschaftsbanken, das sich gut für die Vermittlung genossenschaftlicher Werte eignet. Sie bietet den Genossenschaftsbanken die Chance, sich von den Wettbewerbern anderer Bankengruppen abzugrenzen. Die Differenzierung von den Wettbewerbern drückt sich in einer unverändert hohen Kundenreichweite aus. Eine intensive Kundenbindung führt zu betriebswirtschaftlich messbaren Vorteilen wie Ertragssteigerungen der Genossenschaftsbanken und Sicherung der Marktanteile.

Das Geschäftsmodell der Genossenschaftsbanken stellt, auch in der digitalen Welt, den Menschen mit seinen Zielen und Wünschen in den Mittelpunkt. Die sich verändernden Wettbewerbsbedingungen durch die Digitalisierung wird die genossenschaftliche FinanzGruppe mittels der „Digitalisierungsoffensive“ für das Privat- und Firmenkundengeschäft in den nächsten Jahren aktiv angehen.

Mit der Umsetzung der Initiativen aus dem Projekt „KundenFokus 2020“ wird dem veränderten Kundenverhalten Rechnung getragen und das Geschäftsmodell in diesem Sinne angepasst und gestärkt. Der persönliche Kontakt bleibt dabei nach wie vor zentraler Bestandteil der Kundenbeziehung. Hinzu kommen Aspekte wie eine hochwertige Beratung und die Entscheidungsmöglichkeit für Kunden, wie sie mit ihrer Bank kommunizieren möchten. Die genossenschaftliche FinanzGruppe schafft hierfür effiziente Zugangswege und ermöglicht es ihren Mitgliedern, alle Informationen und Services auf allen relevanten Kanälen integriert zu nutzen – seien sie nun stationär oder digital.

Mithilfe der Digitalisierung, die zunehmend das Verhalten der Mitglieder bestimmt, kann auch die Kostensituation der Banken verbessert werden. Durch die Vermarktung neuer digitaler Zahlungsverkehrsangebote wie kontaktloses Bezahlen, paydirekt oder Kwitt und die Implementierung eines Online-Anfrageprozesses für Finanzierungs-, Leasing- und Geldanlagevorhaben werden Kundenbedürfnisse berücksichtigt und Neukunden gewonnen. Hierzu werden technikaffine, junge Kunden und Mitglieder aktiv auf die digitalen Angebote angesprochen.

Für die Konsumausgaben wird weiterhin eine starke Unterstützung durch die positive Entwicklung der Beschäftigung und der verfügbaren Einkommen erwartet. Dies wird sich stabilisierend auf die Nachfrage nach Bankprodukten und -dienstleistungen auswirken. Vor dem Hintergrund des derzeitigen Niedrigzinsniveaus werden die Genossenschaftsbanken weiterhin Potenziale im Bereich des Immobiliengeschäfts ausschöpfen. Im Falle eines nachhaltigen Anstiegs der Zinsen ergeben sich Chancen aus dem Absatz zinstragender Finanzprodukte.

EDITORIAL	
LAGEBERICHT 2017	
KONSOLIDIERTER JAHRESABSCHLUSS 2017	
ANLAGE	

5	GRUNDLAGEN	7
7	GESCHÄFTSVERLAUF	9
57	PERSONALBERICHT UND NACHHALTIGKEIT	25
111	ZUSAMMENGEFASSTER CHANCEN- UND RISIKOBERICHT	35
	PROGNOSEBERICHT	51

51

Lagebericht 2017

Prognosebericht

52

Gesamt- und Kreditwirtschaft

Der Konjunkturaufschwung dürfte sich in Deutschland im Jahr 2018 fortsetzen. Die Fachleute der führenden Wirtschaftsforschungsinstitute gehen in ihrem aktuellen Frühjahrsgutachten davon aus, dass das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt um 2,2 Prozent und damit genauso stark wie im Vorjahr steigen wird.

Die im Frühjahrsgutachten dokumentierte Prognose zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands beruht auf verschiedenen Annahmen. Zum einen wird angenommen, dass der Welthandel in diesem Jahr etwas kräftiger als im Vorjahr expandieren wird. Für den Ölpreis wird ein leichter Anstieg unterstellt. Der Wechselkurs des Euro wird annahmegemäß gegenüber dem US-Dollar unverändert bei rund 1,20 US-Dollar bleiben. Darüber hinaus wird unterstellt, dass von den im Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung vereinbarten Maßnahmen expansive Impulse ausgehen werden, unter anderem durch die geplante Senkung des Beitragsatzes zur Arbeitslosenversicherung.

Gemäß dem Frühjahrsgutachten wird das globale Konjunkturmilieu das Exportgeschäft der deutschen Wirtschaft weiter anregen. Darüber hinaus dürfte auch die Binnennachfrage schwungvoll bleiben. In Hinblick auf den Arbeitsmarkt rechnen die Wirtschaftsforscher angesichts der immer stärker werdenden Arbeitskräfteknappheit mit einer Abschwächung des Beschäftigungsaufbaus. Demnach ist 2018 mit einer Zunahme der Erwerbstätigenzahl um 585.000 Menschen zu rechnen. Die Arbeitslosenquote wird dem Gutachten zufolge auf 5,2 Prozent zurückgehen. Für die Verbraucherpreise wird ein weiterhin moderater Anstieg prognostiziert, der zu einer Inflationsrate von 1,7 Prozent führen dürfte.

Die Risiken für das skizzierte Konjunkturbild werden von den Wirtschaftsforschern vor allem im internationalen Umfeld gesehen. Besonders deutlich ist die Sorge vor einem wachsenden Protektionismus, der das Wachstum der Weltwirtschaft und damit auch Deutschlands merklich beeinträchtigen könnte. So hat die US-Regierung die zu Jahresbeginn angekündigten Zölle auf Stahl und Aluminium aus den EU-Staaten im Juni 2018 in Kraft gesetzt, was zu einem deutlichen Anstieg der Unsicherheit über die künftige Handelspolitik führte und die wirtschaft-

liche Stimmung belastete. Allerdings ist auch denkbar, dass der Handelskonflikt begrenzt bleibt oder schnell entschärft werden kann. In diesem Fall könnte die Verunsicherung rasch abnehmen und eine höhere weltwirtschaftliche Dynamik erreicht werden.

In Hinblick auf die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank gehen die Fachleute der Wirtschaftsforschungsinstitute von einer allmählichen Zurücknahme des stark expansiven Kurses aus. So avisiert die Notenbank, ihr Anleihekaufprogramm Ende 2018 einzustellen. Zu einer Anhebung des Leitzinses, der seit März 2016 bei 0,0 Prozent liegt, wird es ihrer Einschätzung nach aber erst Ende 2019 kommen. Vor diesem Hintergrund dürfte die Rendite von Bundesanleihen mit langfristigen Restlaufzeiten im historischen Vergleich nach wie vor sehr niedrig bleiben.

Die wesentlichen Rahmenbedingungen für die Kreditwirtschaft sind seit Jahren insbesondere durch das unveränderte Niedrigzinsumfeld und die stark gestiegenen regulatorischen Anforderungen gekennzeichnet. Dementsprechend ist auch die Prognose für das laufende Geschäftsjahr in ihren Kernaussagen vergleichbar mit den Vorjahren. So wird weiterhin kurzfristig keine entscheidende Änderung des Niedrigzinsumfelds in der Eurozone erwartet. In Verbindung mit den positiven Konjunkturprognosen ist dies für die geschäftliche Entwicklung des Finanzsektors zu einem gewissen Teil kompensierbar. Jedoch wird die Ertragsituation im zinsabhängigen Geschäft weiterhin durch die dem wirtschaftlichen Umfeld nicht angemessene Zinslandschaft in der Eurozone geprägt und somit unter starkem Margendruck bleiben. Eine Änderung dieser Niedrigzinslandschaft durch die EZB wird kurzfristig nicht erwartet, insbesondere angesichts der hohen öffentlichen Schuldenlast einiger Staaten des Euroraums.

Dem weiter wachsenden Ertragsdruck und den hohen Regulierungsanforderungen begegnen die Kreditinstitute auch im laufenden Geschäftsjahr mit intensiven Arbeiten zu Kosteneffizienzsteigerungen und zur Überprüfung der Wertschöpfungsketten, die sowohl die Prozess- als auch die Produktoptimierung umfassen. Hiermit werden auch weiterhin Fusionen und eine fortlaufende Überprüfung der Angemessenheit der Filialnetzwerke verbunden

53

sein. Nach aktuellem Stand sinkt auch die Zahl der Beschäftigten im Finanzsektor tendenziell weiter, insbesondere aufgrund des fortschreitenden Einflusses der Digitalisierung und des veränderten Kundenverhaltens. Andererseits werden die Institute unverändert versuchen, durch eine weitere gezielte Ausrichtung auf die Kundenwünsche, beispielsweise durch den Ausbau digitaler Angebote, im Wettbewerb, auch gegenüber sogenannten FinTechs, zu bestehen.

Weiterhin stellt insbesondere ein sehr rascher Zinsanstieg für die Kreditwirtschaft ein ernst zu nehmendes Bedrohungsszenario dar. Das gilt auch trotz der im Allgemeinen verbesserten Eigenkapitalausstattung der Banken. Darüber hinaus können unverändert die europäische Staatsschuldenkrise sowie etwaige außenpolitische und außenwirtschaftliche Unberechenbarkeiten negative Auswirkungen mit sich bringen. Die kurzfristigen Auswirkungen der handelsprotektionistischen Maßnahmen der USA sowie des anstehenden Brexit auf die deutsche Exportwirtschaft und das Firmenkundengeschäft des Finanzsektors bleiben überschaubar. Die längerfristigen Gefahren aus diesen beiden Belastungsproben für den internationalen Handel sind hingegen aus heutiger Sicht nicht zu unterschätzen.

54

Genossenschaftliche FinanzGruppe Volksbanken Raiffeisenbanken

Seit der Finanzmarktkrise steht der Finanzsektor unter erheblichem Anpassungs- und Kostendruck, der einerseits durch die aufsichtsrechtliche Reformagenda mit ihren höheren Eigenkapitalanforderungen und veränderten Regulierungsverfahren und andererseits durch den wettbewerbsinduzierten Strukturwandel bedingt ist.

Nicht nur das veränderte aufsichtsrechtliche Umfeld, sondern auch neue daten- beziehungsweise technologiegetriebene Wettbewerber stellen den Finanzsektor vor die Herausforderung, die bestehenden Geschäftsmodelle zu hinterfragen und bei Bedarf anzupassen sowie die Effizienz durch die Digitalisierung von Geschäfts- und IT-Prozessen deutlich zu steigern. Hieraus resultierende Investitionen dürften zunächst zu nicht unerheblichen Kosten führen, bevor erwartete Profitabilitätssteigerungen realisiert werden können.

Des Weiteren zeigt der Ausblick auf die Geschäftsentwicklung der genossenschaftlichen FinanzGruppe, dass auch das Geschäftsjahr 2018 durch das anhaltende Niedrigzinsniveau geprägt sein wird.

Das voraussichtlich erwartete Wachstum in weiten Teilen der Weltwirtschaft dürfte positive Impulse für die Entwicklung der Ertragslage der genossenschaftlichen FinanzGruppe zur Folge haben. Nicht außer Acht gelassen werden dürfen in diesem Zusammenhang jedoch die Belastungen, die sich neben dem Brexit aus den gegenwärtigen und möglichen zukünftigen Handelsrestriktionen für das weltweite wirtschaftliche Wachstum und damit auch für die stark exportorientierte deutsche Wirtschaft ergeben können, wengleich die Exportausrichtung der mittelständischen Unternehmen nicht in demselben Maße gegeben ist.

Auch diese Einflussfaktoren zählen zu den möglichen Begrenzungen des Ertragswachstums der genossenschaftlichen FinanzGruppe und damit ihres Spielraums zur Eigenkapitalbildung im Geschäftsjahr 2018. Gleichwohl wird erwartet, dass das Ergebnis der genossenschaftlichen FinanzGruppe im Geschäftsjahr 2018 durch die Ausschöpfung der

Marktchancen in den Kerngeschäftsfeldern bei gleichzeitiger Fortsetzung des aktiven Kostenmanagements ein zufriedenstellendes Niveau erreichen wird, das eine weitere Stärkung der Rücklagen ermöglicht.

Zu den wesentlichen Veränderungen im Jahr 2018 zählen die in Kraft tretenden Regelungen zur Anwendung des Rechnungslegungsstandards IFRS 9 zur Bilanzierung von Finanzinstrumenten mit Implikationen für die Umsetzung in der Rechnungslegung und die Ermittlung aufsichtsrechtlicher Kennzahlen sowie die Umsetzung der Richtlinie über Märkte für Finanzinstrumente (MiFID II) einschließlich der begleitenden Verordnung (MiFIR) mit erhöhten Anforderungen an die Erbringung von Wertpapierdienstleistungen bei einer Vielzahl von Finanzinstrumenten sowie umfangreichen Transparenz- und Meldepflichten für Geschäfte in diesen Produkten. Der Zinsüberschuss wird vor allem aufgrund des anhaltend niedrigen Zinsniveaus auch im Geschäftsjahr 2018 unter Druck bleiben.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft wird im Geschäftsjahr 2018 nach belastenden Einmaleffekten im Geschäftsjahr 2017 wieder auf ein Normalniveau zurückfinden und sich im Einklang mit dem Kreditbestand und dem angestrebten Neugeschäftsvolumen entwickeln. Mögliche Implikationen unsicherer politischer und gesamtwirtschaftlicher Entwicklungen für die Kreditmärkte könnten sich belastend auf die Risikovorsorge auswirken.

Für den Provisionsüberschuss erwartet die genossenschaftliche FinanzGruppe für das Jahr 2018 bedingt durch das Wachstum der Assets under Management und der damit verbundenen volumenabhängigen Erträge einen erneuten deutlichen Anstieg. Eine dauerhafte Verunsicherung an den Kapital- und Finanzmärkten könnte das Vertrauen von privaten und institutionellen Anlegern negativ beeinflussen und damit das Provisionsergebnis belasten.

Das Handelsergebnis, das insbesondere auf das entsprechende Ergebnis im Geschäftssegment Bank zurückgeht, wird sich aller Voraussicht nach im Ge-

55

schäftsyear 2018 auf einem ähnlichen Niveau wie im Geschäftsjahr 2017 bewegen. Positive Impulse dürften auch im Geschäftsjahr 2018 vom kundengetriebenen Kapitalmarktgeschäft ausgehen. Als Voraussetzung für ein stetiges Handelsergebnis ist weiterhin vor allem ein stabiles Umfeld an den Kapital- und Finanzmärkten anzusehen.

Durch den Wegfall von Einmaleffekten des Geschäftsjahres 2017 wird das Ergebnis aus Finanzanlagen im Geschäftsjahr 2018 voraussichtlich in einem moderaten Umfang zum Ergebnis vor Steuern beitragen.

Das Sonstige Bewertungsergebnis aus Finanzinstrumenten dürfte sich im Geschäftsjahr 2018 aufgrund vorhandener Wertaufholungspotenziale der Portfolios staatlicher Emittenten im Segment Immobilien positiv entwickeln. Kapitalmarktvolatilitäten sowie Ausweitungen von Credit Spreads bei Wertpapieren staatlicher Emittenten könnten die erwartete positive Ergebnisentwicklung negativ beeinflussen.

Das Ergebnis aus dem Versicherungsgeschäft dürfte sich im Geschäftsjahr 2018 reduzieren. Vor dem Hintergrund erwarteter wachsender Bruttobeiträge in den verschiedenen Geschäftsbereichen wird die Ergebnisreduktion dem voraussichtlich niedrigeren Kapitalanlageergebnis im derzeitigen Niedrigzinsumfeld geschuldet sein. Außerordentliche Ereignisse an den Finanz- und Kapitalmärkten, Änderungen in der Versicherungstechnik sowie mögliche Anpassungen im aufsichtsrechtlichen Umfeld der Versicherer können dazu führen, dass das Ergebnis aus dem Versicherungsgeschäft hinter den Erwartungen zurückbleibt.

Die Verwaltungsaufwendungen werden voraussichtlich im Geschäftsjahr 2018 leicht ansteigen. Ursächlich hierfür ist insbesondere das fondsgebundene Vermögensverwaltungsgeschäft vor allem mit Blick auf die hier bestehenden Investitionserfordernisse.

Bei einem unverändert strikten Kostenmanagement dürfte sich die insbesondere mit Blick auf das oben erwähnte herausfordernde Umfeld zu erwartende

Zunahme der Aufwendungen nicht in vollem Umfang durch die voraussichtlichen Ertragszuwächse kompensieren lassen, sodass von einem Anstieg der Aufwand-Ertrags-Relation im Geschäftsjahr 2018 auszugehen ist.

Die genossenschaftliche FinanzGruppe zeichnet ein überzeugendes Geschäftsmodell und eine intakte Risikotragfähigkeit aus. Ein hoher Mitglieder- und Kundenzuspruch und nicht zuletzt eine starke Eigenkapitalquote ermöglichen es dieser FinanzGruppe, die sich ihr bietenden Wachstumschancen konsequent zu nutzen und damit ihre hervorragende Marktposition in einem anspruchsvollen regulatorischen Umfeld auch weiterhin erfolgreich unter Beweis zu stellen.

57

Konsolidierter Jahresabschluss 2017

der Genossenschaftlichen FinanzGruppe Volksbanken Raiffeisenbanken

58

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2017

	Angabe	2017 in Mio. Euro	2016 in Mio. Euro	Veränderung in Prozent
Zinsüberschuss	2.	18.638	18.826	-1,0
<i>Zinserträge und laufendes Ergebnis</i>		<i>25.227</i>	<i>26.926</i>	<i>-6,3</i>
<i>Zinsaufwendungen</i>		<i>-6.589</i>	<i>-8.100</i>	<i>-18,7</i>
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	3.	-576	-522	10,3
Provisionsüberschuss	4.	6.491	5.963	8,9
<i>Provisionserträge</i>		<i>7.811</i>	<i>7.313</i>	<i>6,8</i>
<i>Provisionsaufwendungen</i>		<i>-1.320</i>	<i>-1.350</i>	<i>-2,2</i>
Handelsergebnis	5.	709	1.099	-35,5
Ergebnis aus Finanzanlagen	6.	-144	33	>100,0
Sonstiges Bewertungsergebnis aus Finanzinstrumenten	7.	289	-190	>100,0
Verdiente Beiträge aus dem Versicherungsgeschäft	8.	15.181	14.658	3,6
Ergebnis aus Kapitalanlagen und sonstiges Ergebnis der Versicherungsunternehmen	9.	3.447	3.783	-8,9
Versicherungsleistungen	10.	-15.312	-15.400	-0,6
Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb	11.	-2.033	-1.922	5,8
Verwaltungsaufwendungen	12.	-17.884	-17.944	-0,3
Sonstiges betriebliches Ergebnis	13.	110	-76	>100,0
Konsolidiertes Ergebnis vor Steuern		8.916	8.308	7,3
Ertragsteuern	14.	-2.843	-2.410	18,0
Konsolidierter Jahresüberschuss		6.073	5.898	3,0
davon entfallen auf:				
Anteilseigner der genossenschaftlichen FinanzGruppe		5.958	5.748	3,7
Nicht beherrschende Anteile		115	150	-23,3

59

Gesamtergebnisrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2017

	2017 in Mio. Euro	2016 in Mio. Euro	Veränderung in Prozent
Konsolidierter Jahresüberschuss	6.073	5.898	3,0
Erfolgsneutrales Ergebnis	-208	296	>100,0
<i>Bestandteile, die in die Gewinn- und Verlustrechnung umgliedert werden können</i>	-53	313	>100,0
Gewinne und Verluste aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	-26	336	>100,0
Gewinne und Verluste aus Absicherungen von Zahlungsströmen	20	-5	>100,0
Umrechnungsdifferenzen aus der Währungsumrechnung ausländischer Geschäftsbetriebe	-43	17	>100,0
Gewinne und Verluste aus Absicherungen von Nettoinvestitionen in ausländische Geschäftsbetriebe	23	-1	>100,0
Anteiliges erfolgsneutrales Ergebnis von nach der Equity-Methode bilanzierten Gemeinschaftsunternehmen und assoziierten Unternehmen	-12	-14	-14,3
Erfolgsneutrale Ertragsteuern	-15	-20	-25,0
<i>Bestandteile, die nicht in die Gewinn- und Verlustrechnung umgliedert werden können</i>	-155	-17	>100,0
Gewinne und Verluste aus Neubewertungen von leistungsorientierten Plänen	-231	-30	>100,0
Erfolgsneutrale Ertragsteuern	76	13	>100,0
Gesamtergebnis	5.865	6.194	-5,3
davon entfallen auf:			
Anteilseigner der genossenschaftlichen FinanzGruppe	5.759	6.027	-4,4
Nicht beherrschende Anteile	106	167	-36,5

60

Bilanz zum 31. Dezember 2017

	Angabe	31.12.2017 in Mio. Euro	31.12.2016 in Mio. Euro	Veränderung in Prozent
Aktiva				
Barreserve	15.	32.594	25.421	28,2
Forderungen an Kreditinstitute	16.	51.042	41.433	23,2
Forderungen an Kunden	16.	761.880	733.155	3,9
Risikovorsorge	17.	-7.363	-7.520	-2,1
Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	18.	1.096	1.549	-29,2
Handelsaktiva	19.	38.107	48.270	-21,1
Finanzanlagen	20.	243.732	251.965	-3,3
Kapitalanlagen der Versicherungsunternehmen	21.	95.431	89.435	6,7
Sachanlagen und Investment Property	22.	11.731	11.385	3,0
Ertragsteueransprüche	23.	2.980	3.480	-14,4
Sonstige Aktiva	24.	12.086	17.207	-29,8
Summe der Aktiva		1.243.316	1.215.780	2,3

61

	Angabe	31.12.2017 in Mio. Euro	31.12.2016 in Mio. Euro	Veränderung in Prozent
Passiva				
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	25.	113.065	103.282	9,5
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	25.	801.031	774.302	3,5
Verbriefte Verbindlichkeiten	26.	64.807	71.122	-8,9
Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	18.	7.086	12.956	-45,3
Handelspassiva	27.	36.760	44.139	-16,7
Rückstellungen	28.	12.562	13.109	-4,2
Versicherungstechnische Rückstellungen	29.	89.324	84.125	6,2
Ertragsteuerverpflichtungen	23.	1.183	1.056	12,0
Sonstige Passiva	30.	8.874	8.140	9,0
Nachrangkapital	31.	4.186	4.980	-15,9
Eigenkapital		104.438	98.569	6,0
Eigenkapital der genossenschaftlichen FinanzGruppe		101.783	95.886	6,2
<i>Gezeichnetes Kapital</i>		11.930	11.443	4,3
<i>Kapitalrücklage</i>		722	696	3,7
<i>Gewinnrücklagen</i>		81.446	76.215	6,9
<i>Neubewertungsrücklage</i>		1.676	1.720	-2,6
<i>Rücklage aus der Absicherung von Zahlungsströmen</i>		5	-10	>100,0
<i>Rücklage aus der Währungsumrechnung</i>		46	74	-37,8
<i>Konsolidierter Gewinn</i>		5.958	5.748	3,7
Nicht beherrschende Anteile		2.655	2.683	-1,0
Summe der Passiva		1.243.316	1.215.780	2,3

62

Veränderungen des Eigenkapitals

in Mio. Euro	Gezeichnetes Kapital	Kapitalrücklage	Erwirtschaftetes Eigenkapital	Neubewertungs-rücklage	Rücklage aus der Absicherung von Zahlungsströmen	Rücklage aus der Währungsumrechnung	Eigenkapital der genossenschaftlichen FinanzGruppe	Nicht beherrschende Anteile	Eigenkapital insgesamt
Eigenkapital zum 01.01.2016	10.922	784	76.883	1.444	-7	62	90.088	2.919	93.007
Konsolidierter Jahresüberschuss	-	-	5.748	-	-	-	5.748	150	5.898
Erfolgsneutrales Ergebnis	-	-	-10	279	-3	13	279	17	296
Gesamtergebnis	-	-	5.738	279	-3	13	6.027	167	6.194
Ausgabe und Rückzahlung von Eigenkapital	521	-88	-	-	-	-	433	226	659
Veränderungen des Konsolidierungskreises	-	-	-2	1	-	-	-1	-2	-3
Erwerb/Veräußerung von nicht beherrschenden Anteilen	-	-	-127	-4	-	-1	-132	-579	-711
Gezahlte Dividenden	-	-	-529	-	-	-	-529	-48	-577
Eigenkapital zum 31.12.2016	11.443	696	81.963	1.720	-10	74	95.886	2.683	98.569
Konsolidierter Jahresüberschuss	-	-	5.958	-	-	-	5.958	115	6.073
Erfolgsneutrales Ergebnis	-	-	-156	-30	15	-28	-199	-9	-208
Gesamtergebnis	-	-	5.802	-30	15	-28	5.759	106	5.865
Ausgabe und Rückzahlung von Eigenkapital	487	26	-	-	-	-	513	-1	512
Veränderungen des Konsolidierungskreises	-	-	14	-14	-	-	-	-	-
Erwerb/Veräußerung von nicht beherrschenden Anteilen	-	-	39	-	-	-	39	-80	-41
Gezahlte Dividenden	-	-	-414	-	-	-	-414	-53	-467
Eigenkapital zum 31.12.2017	11.930	722	87.404	1.676	5	46	101.783	2.655	104.438

63

Das gezeichnete Kapital setzt sich wie folgt zusammen:

	31.12.2017 in Mio. Euro	31.12.2016 in Mio. Euro	Veränderung in Prozent
Geschäftsguthaben	11.672	11.220	4,0
Grundkapital	178	138	29,0
Anteile stiller Gesellschafter	80	85	-5,9
Insgesamt	11.930	11.443	4,3

64

Kapitalflussrechnung

	2017 in Mio. Euro	2016 in Mio. Euro
Konsolidierter Jahresüberschuss	6.073	5.898
Im Konsolidierten Jahresüberschuss enthaltene zahlungsunwirksame Posten und Überleitung auf den Cashflow aus der operativen Geschäftstätigkeit		
Abschreibungen, Wertberichtigungen und Wertaufholungen von Vermögenswerten sowie sonstige zahlungsunwirksame Veränderungen von finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten	-1.390	-1.747
Zahlungsunwirksame Veränderungen der Rückstellungen	-546	546
Veränderungen der versicherungstechnischen Rückstellungen	7.732	8.493
Sonstige zahlungsunwirksame Erträge und Aufwendungen	239	66
Ergebnis aus der Veräußerung von Vermögenswerten und Schulden	124	-78
Saldo sonstige Anpassungen	-16.122	-16.614
Zwischensumme	-3.890	-3.436
Zahlungswirksame Veränderungen der Vermögenswerte und Schulden aus der operativen Geschäftstätigkeit		
Forderungen an Kreditinstitute und Kunden	-38.556	-41.478
Andere Aktiva aus der operativen Geschäftstätigkeit	200	-863
Positive und negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	-617	441
Handelsaktiva und -passiva	3.944	5.159
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden	36.961	39.260
Verbriefte Verbindlichkeiten	-6.111	753
Andere Passiva aus der operativen Geschäftstätigkeit	-1.690	-2.611
Erhaltene Zinsen, Dividenden und Einzahlungen aus Operating-Leasing-Verhältnissen	26.808	27.825
Gezahlte Zinsen	-8.022	-8.500
Ertragsteuerzahlungen	-1.637	-1.642
Cashflow aus der operativen Geschäftstätigkeit	7.390	14.908
Einzahlungen aus Abgängen von Finanzanlagen	20.184	34.670
Einzahlungen aus Abgängen von Kapitalanlagen der Versicherungsunternehmen	20.224	20.330
Auszahlungen für Zugänge von Finanzanlagen	-12.629	-37.296
Auszahlungen für Zugänge von Kapitalanlagen der Versicherungsunternehmen	-25.778	-25.613

65

	2017 in Mio. Euro	2016 in Mio. Euro
Nettoauszahlungen für Zugänge von Sachanlagen und Investment Property (ohne Leasinggegenstände)	-1.525	-1.222
Nettoauszahlungen für Zugänge des immateriellen Anlagevermögens	-40	-73
Veränderungen des Konsolidierungskreises	7	21
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	443	-9.183
Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen von Anteilseignern der genossenschaftlichen FinanzGruppe	513	433
Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen von nicht beherrschenden Anteilen	-	226
Dividendenzahlungen an Anteilseigner der genossenschaftlichen FinanzGruppe	-414	-529
Dividendenzahlungen an nicht beherrschende Anteile	-53	-48
Sonstige Auszahlungen an nicht beherrschende Anteile	-1	-
Saldo Mittelveränderungen aus sonstiger Finanzierungstätigkeit (inklusive Nachrangkapital)	-705	-922
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-660	-840
Zahlungsmittelbestand zum 01.01.	25.421	20.536
Cashflow aus der operativen Geschäftstätigkeit	7.390	14.908
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	443	-9.183
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-660	-840
Zahlungsmittelbestand zum 31.12.	32.594	25.421

Die Kapitalflussrechnung stellt die Veränderungen des Zahlungsmittelbestands während des Geschäftsjahres dar. Der Zahlungsmittelbestand entspricht der Barreserve, die sich aus dem Kassenbestand sowie den Guthaben bei Zentralnotenbanken und anderen staatlichen Institutionen zusammensetzt. Die Barreserve enthält keine Finanzinvestitionen, deren Restlaufzeiten zum Erweiszeitpunkt mehr als drei Monate betragen. Veränderungen des Zahlungsmittelbestands werden der operativen Geschäftstätigkeit, der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit zugeordnet.

Dem Cashflow aus der operativen Geschäftstätigkeit werden Zahlungsströme zugerechnet, die in erster Linie im Zusammenhang mit den erlös wirksamen Tätigkeiten der genossenschaftlichen FinanzGruppe stehen oder aus sonstigen Aktivitäten resultieren, die nicht der Investitions- oder der Finanzierungstätigkeit zugeordnet werden können. Zahlungsströme im Zusammenhang mit Zugängen und Abgängen von langfristigen Vermögenswerten werden der Investitionstätigkeit zugerechnet. Zum Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit zählen Zahlungsströme aus Transaktionen mit Eigenkapitalgebern sowie aus sonstigen Kapitalaufnahmen zur Finanzierung der Geschäftstätigkeit.

67

Angaben zum Konsolidierten Jahresabschluss

A Allgemeine Angaben

Erläuternde Angaben zum Konsolidierten Jahresabschluss

Mit dem Konsolidierten Jahresabschluss der Genossenschaftlichen FinanzGruppe Volksbanken Raiffeisenbanken veröffentlicht der Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e.V. (BVR) einen auf Basis der in der Anlage erläuterten maßgebenden Rechnungslegungsgrundsätze erstellten Abschluss. Die Geschäftsguthaben und das Grundkapital der Kreditgenossenschaften werden von deren Mitgliedern gehalten. Die Kreditgenossenschaften halten die Aktien an der Zentralbank entweder direkt oder über Zwischenholdings. Ein Konzernatbestand besteht für die genossenschaftliche FinanzGruppe weder im Sinne der International Financial Reporting Standards (IFRS), des Handelsgesetzbuchs (HGB) noch des Aktiengesetzes (AktG).

Der Konsolidierte Jahresabschluss dient Informationszwecken und der Darstellung der geschäftlichen Entwicklung der unter Risiko- und Strategiegesichtspunkten als wirtschaftliche Einheit betrachteten genossenschaftlichen FinanzGruppe. Darüber hinaus wurde der Abschluss zur Einhaltung der Vorschriften des Artikels 113 Absatz 7 Buchstabe e) Verordnung (EU) Nr. 575/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 über Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen und zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 (Capital Requirements Regulation – CRR) aufgestellt. Der Konsolidierte Jahresabschluss ersetzt nicht die Analyse der Abschlüsse der einbezogenen Unternehmen.

Die Datengrundlage für den Konsolidierten Jahresabschluss bilden die Jahres- und Konzernabschlüsse der Unternehmen der genossenschaftlichen FinanzGruppe sowie Daten aus Zusatzerhebungen bei den Kreditgenossenschaften. Der in den Konsolidierten Jahresabschluss einbezogene Konzernabschluss der DZ BANK wird auf Grundlage der IFRS aufgestellt, wie sie in der Europäischen Union anzuwenden sind.

Das Geschäftsjahr entspricht dem Kalenderjahr. Die konsolidierten Unternehmen haben ihren Jahresabschluss grundsätzlich auf den Stichtag 31. Dezember 2017 aufgestellt. Die Einbeziehung von einem Tochterunternehmen (Vorjahr: 1) in den Konsolidier-

ten Jahresabschluss erfolgt mit abweichendem Abschlussstichtag. Die Abschlüsse der nach der Equity-Methode bilanzierten Unternehmen werden mit 40 Ausnahmen (Vorjahr: 42) auf den Abschlussstichtag des Konsolidierten Jahresabschlusses aufgestellt.

Aus Gründen der Übersichtlichkeit sind bestimmte Posten in der Gewinn- und Verlustrechnung und der Bilanz zusammengefasst und durch zusätzliche Angaben ergänzt.

Informationen zu den maßgebenden Rechnungslegungsgrundsätzen befinden sich in der Anlage zum Konsolidierten Jahresabschluss.

Konsolidierungskreis

Der Konsolidierte Jahresabschluss umfasst als konsolidierte Einheit neben sämtlichen 915 Primärbanken (Vorjahr: 972) sämtliche in den Konzernabschluss der DZ BANK einbezogene Unternehmen, die Münchener Hypothekenbank eG (MHB) sowie die Sicherungseinrichtung des BVR und die BVR Institutsicherung GmbH. Zu den einbezogenen Primärbanken zählen auch die Deutsche Apotheker- und Ärztebank eG, die Sparda-Banken, die PSD Banken und Sonderinstitute wie die BAG Bankaktiengesellschaft.

Die Primärbanken sowie die MHB stellen die rechtlich selbstständigen, gleichgeordneten Mutterunternehmen der genossenschaftlichen FinanzGruppe dar, während die übrigen Unternehmen und der DZ BANK Konzern als Tochterunternehmen einbezogen sind. Im DZ BANK Konzern sind neben der genossenschaftlichen Zentralbank insgesamt 434 Tochterunternehmen (Vorjahr: 476) konsolidiert. Weitere Informationen über den Anteilsbesitz werden in der Anteilsbesitzliste des Geschäftsberichtes des DZ BANK Konzerns gezeigt.

Im Konsolidierten Jahresabschluss werden 21 unter gemeinschaftlicher Führung eines konsolidierten Unternehmens mit mindestens einem weiteren verbundexternen Unternehmen stehende Gemeinschaftsunternehmen (Vorjahr: 22) und 44 assoziierte Unternehmen (Vorjahr: 37), auf die ein konsolidiertes Unternehmen maßgeblichen Einfluss ausübt, nach der Equity-Methode bilanziert.

**Genossenschaftliche FinanzGruppe
Volksbanken Raiffeisenbanken**

Kreditgenossenschaften
(Mutterunternehmen der genossenschaftlichen FinanzGruppe)

Primärbanken

Volksbanken und Raiffeisenbanken, Sparda- und PSD Banken, Deutsche Apotheker- und Ärztebank eG sowie Sonderinstitute

Münchener Hypothekenbank eG

DZ BANK Konzern

Zentralbank

DZ BANK AG

Verbundunternehmen

Tochterunternehmen der
DZ BANK AG

Sicherungseinrichtung
des BVR und
BVR Instituts-
sicherung GmbH

70

B Ausgewählte Angaben zu Anteilen an anderen Unternehmen

Anteile an Tochterunternehmen

Anteil, den nicht beherrschende Anteile an den Tätigkeiten der genossenschaftlichen Finanz-Gruppe ausmachen

Die DZ BANK AG Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank (DZ BANK) ist mit ihren Tochterunternehmen als Teilkonzern in den Konsolidierten Jahresabschluss einbezogen. Die DZ BANK ist als Zentralbank, Geschäftsbank und Holding mit ihren Kernfunktionen auf ihre Kunden und Eigentümer, die Volksbanken und Raiffeisenbanken, ausgerichtet. Ziel dieser Ausrichtung ist es, die Position der genossenschaftlichen FinanzGruppe als eine der führenden Allfinanzgruppen in Deutschland nachhaltig auszubauen.

Die Anteile an der DZ BANK mit Hauptniederlassung in Frankfurt am Main werden von den Primärbanken und der MHB zu 94,5 Prozent (Vorjahr: 94,6 Prozent) gehalten. Die verbleibenden Anteile in Höhe von 5,5 Prozent (Vorjahr: 5,4 Prozent) entfallen auf nicht der genossenschaftlichen FinanzGruppe zugehörige Anteilseigner. Der anteilige Jahresüberschuss nicht beherrschender Anteile beträgt 115 Millionen Euro (Vorjahr: 150 Millionen Euro). Der Buchwert der nicht beherrschenden Anteile beläuft sich auf 2.655 Millionen Euro (Vorjahr: 2.683 Millionen Euro). Die Dividendenausschüttung an die nicht beherrschenden Anteile beläuft sich im Geschäftsjahr auf 53 Millionen Euro (Vorjahr: 48 Millionen Euro).

Wesensart und Umfang maßgeblicher Beschränkungen

Nationale regulatorische Anforderungen sowie vertragliche und gesellschaftsrechtliche Bestimmungen schränken die Fähigkeit der in den Konsolidierten Jahresabschluss einbezogenen Unternehmen des DZ BANK Konzerns ein, Vermögenswerte innerhalb des DZ BANK Konzerns zu transferieren. Sofern Beschränkungen konkret einzelnen Bilanzposten zuordenbar sind, können die Buchwerte der am Abschlussstichtag Beschränkungen unterliegenden Vermögenswerte und Schulden folgender Tabelle entnommen werden:

	31.12.2017 in Mio. Euro	31.12.2016 in Mio. Euro	Veränderung in Prozent
Vermögenswerte	81.559	78.322	4,1
Forderungen an Kunden	2.812	3.345	-15,9
Finanzanlagen	5	308	-98,4
Kapitalanlagen der Versicherungsunternehmen	78.738	74.665	5,5
Sonstige Aktiva	4	4	-
Schulden	132.474	126.234	4,9
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.776	1.903	-6,7
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	56.642	53.771	5,3
Rückstellungen	983	915	7,4
Versicherungstechnische Rückstellungen	73.073	69.645	4,9

Wesensart der Risiken, die mit Anteilen an konsolidierten strukturierten Unternehmen einhergehen

Risiken aus Anteilen an konsolidierten strukturierten Unternehmen ergeben sich im Wesentlichen aus im DZ BANK Konzern vergebenen Krediten an vollkonsolidierte Fonds, die teilweise in Form von Nachrangdarlehen (Junior Loans) vergeben werden.

Anteile an gemeinsamen Vereinbarungen und assoziierten Unternehmen

Art, Umfang und finanzielle Auswirkungen der Anteile an gemeinsamen Vereinbarungen

Der Buchwert der einzeln nicht wesentlichen Gemeinschaftsunternehmen, die nach der Equity-Methode bilanziert werden, beträgt am Abschlussstichtag 522 Millionen Euro (Vorjahr: 540 Millionen Euro).

Zusammengefasste Finanzinformationen über einzeln nicht wesentliche Gemeinschaftsunternehmen, die nach der Equity-Methode bilanziert werden:

	2017 in Mio. Euro	2016 in Mio. Euro	Veränderung in Prozent
Anteiliges Ergebnis aus fortgeführten Geschäftsbereichen	83	109	-23,9
Anteiliges erfolgsneutrales Ergebnis	-36	-14	>100,0
Anteiliges Gesamtergebnis	47	95	-50,5

Art, Umfang und finanzielle Auswirkungen der Anteile an assoziierten Unternehmen

Der Buchwert der einzeln nicht wesentlichen assoziierten Unternehmen, die nach der Equity-Methode bilanziert werden, beträgt am Abschlussstichtag 315 Millionen Euro (Vorjahr: 349 Millionen Euro).

Zusammengefasste Finanzinformationen über einzeln nicht wesentliche assoziierte Unternehmen, die nach der Equity-Methode bilanziert werden:

	2017 in Mio. Euro	2016 in Mio. Euro	Veränderung in Prozent
Anteiliges Ergebnis aus fortgeführten Geschäftsbereichen	-44	18	>100,0
Anteiliges erfolgsneutrales Ergebnis	6	-	-
Anteiliges Gesamtergebnis	-38	18	>100,0

Anteile an nicht konsolidierten strukturierten Unternehmen

Strukturierte Unternehmen sind Unternehmen, die derart ausgestaltet sind, dass Stimmrechte oder diesen vergleichbare Rechte nicht der dominierende Faktor für die Frage der Beherrschung über das Unternehmen sind. In der genossenschaftlichen FinanzGruppe werden ausgehend von deren Ausgestaltung sowie den damit verbundenen Risiken im Wesentlichen die folgenden Arten von Anteilen an nicht konsolidierten strukturierten Unternehmen unterschieden, die vorwiegend Unternehmen des DZ BANK Konzerns betreffen:

- Anteile an von der genossenschaftlichen FinanzGruppe aufgelegten Investmentvermögen
- Anteile an von der genossenschaftlichen FinanzGruppe nicht aufgelegten Investmentvermögen
- Anteile an Verbriefungsvehikeln
- Anteile an Leasingobjektgesellschaften

72

Anteile an von der genossenschaftlichen Finanz-Gruppe aufgelegten Investmentvermögen

Die Anteile an von der genossenschaftlichen Finanz-Gruppe aufgelegten Investmentvermögen umfassen im Wesentlichen Investmentvermögen, die von Unternehmen der Union Investment Gruppe nach dem Vertragsform-Modell ohne Stimmrechte und in geringerem Umfang in Gesellschaftsstrukturen mit eigener Rechtspersönlichkeit aufgelegt wurden. Überdies stellt der DVB Bank Konzern zur Finanzierung von Transportmitteln vollkonsolidierten Fonds Nachrangdarlehen zur Verfügung, die wiederum Nachrangdarlehen oder direkte Eigenkapitalbeteiligungen an nicht konsolidierte Unternehmen zur Verfügung stellen.

Die Höchstexponierung der von der genossenschaftlichen FinanzGruppe aufgelegten und verwalteten Investmentvermögen ergibt sich als Bruttowert ohne Anrechnung vorhandener Sicherheiten und beträgt zum Stichtag 10.051 Millionen Euro (Vorjahr: 10.628 Millionen Euro). Aus diesen Investmentvermögen sind im Geschäftsjahr Verluste in Höhe von -77 Millionen Euro (Vorjahr: -22 Millionen Euro) sowie Erträge in Höhe von 1.984 Millionen Euro (Vorjahr: 1.670 Millionen Euro) entstanden.

Anteile an von der genossenschaftlichen Finanz-Gruppe nicht aufgelegten Investmentvermögen

Die Anteile an von der genossenschaftlichen Finanz-Gruppe nicht aufgelegten Investmentvermögen umfassen insbesondere von Unternehmen der Union Investment Gruppe im Rahmen eigener Entscheidungskompetenz verwaltete Investmentvermögen und von Unternehmen außerhalb der genossenschaftlichen FinanzGruppe aufgelegte Investmentvermögen beziehungsweise Teile von Investmentvermögen mit einem Volumen von 37.852 Millionen Euro (Vorjahr: 32.059 Millionen Euro). Darüber hinaus werden Darlehen an Investmentvermögen vergeben, um Zinserträge zu generieren. Zusätzlich bestehen Investmentvermögen im Zusammenhang mit fondsgebundenen Lebensversicherungen des R+V Konzerns (R+V) in Höhe von 7.498 Millionen Euro (Vorjahr: 7.031 Millionen Euro), die von Unternehmen außerhalb der genossenschaftlichen FinanzGruppe aufgelegt wurden.

Aus den fondsgebundenen Lebensversicherungen resultiert keine Höchstexponierung.

Die Höchstexponierung der von der genossenschaftlichen FinanzGruppe nicht aufgelegten Investmentvermögen ergibt sich als Bruttowert ohne Anrechnung vorhandener Sicherheiten und beträgt zum Stichtag 4.022 Millionen Euro (Vorjahr: 2.511 Millionen Euro). Aus diesen Investmentvermögen wurden im Geschäftsjahr Erträge in Höhe von 133 Millionen Euro erzielt (Vorjahr: 111 Millionen Euro).

Anteile an Verbriefungsvehikeln

Bei den Anteilen an Verbriefungsvehikeln handelt es sich um Anteile an Vehikeln, an denen die genossenschaftliche FinanzGruppe über die Investorenposition hinausgehend beteiligt ist.

Die wesentlichen Anteile an Verbriefungsvehikeln erstrecken sich auf die beiden Multiseller-Asset-Backed-Commercial-Paper-Programme (ABCP-Programme) CORAL und AUTOBAHN. Die DZ BANK tritt bei beiden Programmen als Sponsor und Programm-Agent auf. Bei AUTOBAHN übt sie zusätzlich auch die Funktion des Programm-Administrators aus.

Die Höchstexponierung der Anteile an Verbriefungsvehikeln in der genossenschaftlichen FinanzGruppe wird als Bruttowert ohne Anrechnung vorhandener Sicherheiten ermittelt und beträgt zum Stichtag 3.983 Millionen Euro (Vorjahr: 4.380 Millionen Euro). Aus diesen Anteilen wurden im Geschäftsjahr Erträge in Höhe von 56 Millionen Euro (Vorjahr: 64 Millionen Euro) erzielt.

Anteile an Leasingobjektgesellschaften

Die Anteile an Leasingobjektgesellschaften umfassen Kommanditanteile sowie von diesen abweichende Stimmanteile an von der VR Leasing Gruppe für Zwecke des Immobilienleasings gegründeten Personengesellschaften (Leasingobjektgesellschaften), in denen das Objekt sowie die vereinzelt vom DZ BANK Konzern gestellte Finanzierung platziert wird.

Die tatsächliche Höchstexponierung der Anteile an Leasingobjektgesellschaften in der genossenschaft-

73

lichen FinanzGruppe wird hierbei als Bruttowert ohne Anrechnung etwaig vorhandener Sicherheiten ermittelt und beträgt zum Stichtag –13 Millionen Euro (Vorjahr: –12 Millionen Euro). Aus diesen Anteilen wurden im Geschäftsjahr Zinserträge und ein laufendes Ergebnis in Höhe von 5 Millionen Euro (Vorjahr: 4 Millionen Euro) erzielt.

74

C Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung

1. Angaben zu Geschäftssegmenten

Geschäftsjahr 2017 in Mio. Euro	Bank	Retail	Immobilien	Versicherung	Sonstige/ Konsolidierung	Insgesamt
Zinsüberschuss	1.525	16.489	1.492	–	–868	18.638
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	–693	95	12	–	10	–576
Provisionsüberschuss	519	6.646	–122	–	–552	6.491
Handelsergebnis	485	213	11	–	–	709
Ergebnis aus Finanzanlagen	–17	–174	25	–	22	–144
Sonstiges Bewertungsergebnis aus Finanzinstrumenten	–10	20	292	–	–13	289
Verdiente Beiträge aus dem Versicherungsgeschäft	–	–	–	15.181	–	15.181
Ergebnis aus Kapitalanlagen und sonstiges Ergebnis der Versicherungsunternehmen	–	–	–	3.531	–84	3.447
Versicherungsleistungen	–	–	–	–15.312	–	–15.312
Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb	–	–	–	–2.595	562	–2.033
Verwaltungsaufwendungen	–1.969	–15.245	–804	–	134	–17.884
Sonstiges betriebliches Ergebnis	67	44	22	–10	–13	110
Konsolidiertes Ergebnis vor Steuern	–93	8.088	928	795	–802	8.916
Aufwand-Ertrags-Relation (in Prozent)	76,6	65,6	46,7	–	–	65,3

75

Geschäftsjahr 2016 in Mio. Euro	Bank	Retail	Immobilien	Versicherung	Sonstige/ Konsolidierung	Insgesamt
Zinsüberschuss	1.623	16.618	1.322	–	–737	18.826
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	–523	–51	45	–	7	–522
Provisionsüberschuss	603	6.034	–152	–	–522	5.963
Handelsergebnis	851	211	–	–	37	1.099
Ergebnis aus Finanzanlagen	77	–94	36	–	14	33
Sonstiges Bewertungsergebnis aus Finanzinstrumenten	–106	–10	–46	–	–28	–190
Verdiente Beiträge aus dem Versicherungsgeschäft	–	–	–	14.658	–	14.658
Ergebnis aus Kapitalanlagen und sonstiges Ergebnis der Versicherungsunternehmen	–	–	–	3.885	–102	3.783
Versicherungsleistungen	–	–	–	–15.400	–	–15.400
Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb	–	–	–	–2.454	532	–1.922
Verwaltungsaufwendungen	–2.059	–15.276	–754	–	145	–17.944
Sonstiges betriebliches Ergebnis	–42	–235	41	–8	168	–76
Konsolidiertes Ergebnis vor Steuern	424	7.197	492	681	–486	8.308
Aufwand-Ertrags-Relation (in Prozent)	68,5	67,8	62,8	–	–	67,0

76

Abgrenzung der Geschäftssegmente

Die Genossenschaftliche FinanzGruppe Volksbanken Raiffeisenbanken basiert auf subsidiären Grundsätzen. Ihre Basis sind die örtlichen Primärbanken, die in ihrer Geschäftstätigkeit einerseits durch die Zentralbank DZ BANK und andererseits durch Verbundunternehmen unterstützt werden. Diese sind in der Zentralbank integriert. Der Nutzen für die Primärbanken aus der Zusammenarbeit mit den Verbundunternehmen und der Zentralbank besteht im Wesentlichen im Angebot aus dem vollständigen Spektrum an Allfinanzprodukten und -dienstleistungen.

Im Geschäftssegment Bank sind die Aktivitäten der genossenschaftlichen FinanzGruppe im Firmenkundengeschäft, im Geschäft mit Institutionen und im Kapitalmarktgeschäft zusammengefasst. Das Geschäftssegment ist grundsätzlich an der Kundengruppe Firmenkunden ausgerichtet. In diesem Geschäftsfeld sind im Wesentlichen neben der DZ BANK die VR Leasing Gruppe und der DVB Bank Konzern enthalten.

Das Geschäftssegment Retail umfasst das Private Banking sowie Aktivitäten mit Schwerpunkt in der Vermögensverwaltung und ist an der Kundengruppe Privatkunden ausgerichtet. Hierzu zählen vor allem die Primärbanken sowie die DZ PRIVATBANK, die TeamBank AG Nürnberg (TeamBank) und die Union Investment Gruppe.

Im Geschäftssegment Immobilien ist das Bauspar-, Hypothekenbank- und Immobiliengeschäft dargestellt. Zu den zugeordneten Unternehmen zählen der Konzern Bausparkasse Schwäbisch Hall AG (BSH), die Deutsche Genossenschafts-Hypothekenbank AG, die WL BANK AG Westfälische Landschaft Bodenkreditbank sowie die MHB.

Das Versicherungsgeschäft wird im Geschäftssegment Versicherung abgebildet. In diesem Geschäftssegment ist ausschließlich die R+V enthalten.

Unter Sonstige/Konsolidierung werden die Sicherungseinrichtung des BVR (BVR-SE) sowie die BVR Institutssicherung GmbH (BVR-ISG) erfasst, deren Auftrag es ist, drohende oder bestehende wirtschaftliche Schwierigkeiten der Mitgliedsbanken

durch Präventions- oder Sanierungsmaßnahmen abzuwenden. Des Weiteren sind die Konsolidierungen zwischen den Geschäftssegmenten enthalten.

Darstellung der Angaben zu Geschäftssegmenten

Die von den Geschäftssegmenten erwirtschafteten Zinserträge und die damit in Zusammenhang stehenden Zinsaufwendungen werden in den Angaben zu Geschäftssegmenten saldiert als Zinsüberschuss ausgewiesen.

Geschäftssegmentübergreifende Konsolidierungen

Die auf den Zinsüberschuss entfallenden Anpassungen resultieren im Wesentlichen aus der Konsolidierung von Dividendenzahlungen innerhalb der genossenschaftlichen FinanzGruppe.

Die Konsolidierungen im Provisionsüberschuss betreffen insbesondere das Provisionsgeschäft zwischen den Primärbanken, der TeamBank, der BSH und der R+V.

Die Konsolidierungen im Verwaltungsaufwand beinhalten die in der genossenschaftlichen FinanzGruppe entrichteten Beiträge an die BVR-SE sowie die BVR-ISG.

Die übrigen Anpassungen sind im Wesentlichen auf die Aufwands- und Ertragskonsolidierung zurückzuführen.

77

2. Zinsüberschuss

	2017 in Mio. Euro	2016 in Mio. Euro	Veränderung in Prozent
Zinserträge und laufendes Ergebnis	25.227	26.926	-6,3
Zinserträge aus	23.929	25.752	-7,1
Kredit- und Geldmarktgeschäften	22.204	23.253	-4,5
davon: Bauspargeschäft	1.032	1.036	-0,4
Finanzierungs-Leasinggeschäft	126	150	-16,0
festverzinslichen Wertpapieren	2.456	3.139	-21,8
Sonstigen Aktiva	-624	-566	10,2
finanziellen Vermögenswerten mit negativer Effektivverzinsung	-107	-74	44,6
Laufende Erträge aus	1.197	1.061	12,8
Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	1.168	947	23,3
Anteilen an Tochterunternehmen und Beteiligungen	92	135	-31,9
Operating-Leasing-Verhältnissen	-63	-21	>100,0
Ergebnis aus der Bilanzierung nach der Equity-Methode von	41	31	32,2
Anteilen an Gemeinschaftsunternehmen	40	17	>100,0
Anteilen an assoziierten Unternehmen	1	14	-92,9
Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- und Teilgewinnabführungsverträgen	60	82	-26,8
Zinsaufwendungen	-6.589	-8.100	-18,7
Zinsaufwendungen für	-6.279	-7.811	-19,6
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden	-5.336	-6.258	-14,7
davon: Bauspargeschäft	-822	-959	-14,3
verbriefte Verbindlichkeiten	-993	-1.384	-28,3
Nachrangkapital	-224	-254	-11,8
Sonstige Passiva	172	12	>100,0
finanzielle Verbindlichkeiten mit positiver Effektivverzinsung	102	73	39,7
Sonstige Zinsaufwendungen	-310	-289	7,3
Insgesamt	18.638	18.826	-1,0

Die Zinserträge aus Sonstigen Aktiva beziehungsweise die Zinsaufwendungen für Sonstige Passiva entstehen durch Ergebnisse aus der Amortisation von Wertbeiträgen aus Portfolioabsicherungen von finanziellen Vermögenswerten und finanziellen Verbindlichkeiten. Aufgrund des derzeit niedrigen Zinsniveaus an den Geld- und Kapitalmärkten kann es zu einer negativen Effektivverzinsung von finanziellen Vermögenswerten und einer positiven Effektivverzinsung von finanziellen Verbindlichkeiten kommen.

78

3. Risikovorsorge im Kreditgeschäft

	2017 in Mio. Euro	2016 in Mio. Euro	Veränderung in Prozent
Zuführungen	-2.636	-2.337	12,8
Auflösungen	1.881	1.747	7,7
Direkte Wertberichtigungen	-155	-148	4,7
Eingänge auf direkt wertberichtigte Forderungen	289	277	4,3
Veränderungen der Rückstellungen im Kreditgeschäft sowie der Verbindlichkeiten aus Finanzgarantien	45	-54	>100,0
Wertberichtigungen von zur Veräußerung verfügbaren Forderungen	-	-7	100,0
Insgesamt	-576	-522	10,3

4. Provisionsüberschuss

	2017 in Mio. Euro	2016 in Mio. Euro	Veränderung in Prozent
Provisionserträge	7.811	7.313	6,8
Wertpapiergeschäft	3.609	3.203	12,7
Vermögensverwaltung	397	332	19,6
Zahlungsverkehr inklusive Kartengeschäft	2.627	2.481	5,9
Kredit- und Treuhandgeschäft	158	246	-35,8
Finanzgarantien und Kreditzusagen	173	182	-4,9
Auslandsgeschäft	129	125	3,2
Bauspargeschäft	25	11	>100,0
Sonstiges	693	733	-5,5
Provisionsaufwendungen	-1.320	-1.350	-2,2
Wertpapiergeschäft	-481	-449	7,1
Vermögensverwaltung	-124	-104	19,2
Zahlungsverkehr inklusive Kartengeschäft	-243	-285	-14,7
Kredit- und Treuhandgeschäft	-97	-80	21,3
Finanzgarantien und Kreditzusagen	-17	-13	30,8
Auslandsgeschäft	-28	-25	12,0
Bauspargeschäft	-60	-81	-25,9
Sonstiges	-270	-313	-13,7
Insgesamt	6.491	5.963	8,9

79

5. Handelsergebnis

	2017 in Mio. Euro	2016 in Mio. Euro	Veränderung in Prozent
Ergebnis aus dem Handel mit Finanzinstrumenten	217	528	-58,9
Ergebnis aus dem Devisen-, Sorten- und Edelmetallgeschäft	311	385	-19,2
Ergebnis aus dem Warenhandel	181	186	-2,7
Insgesamt	709	1.099	-35,5

6. Ergebnis aus Finanzanlagen

	2017 in Mio. Euro	2016 in Mio. Euro	Veränderung in Prozent
Ergebnis aus Wertpapieren	-239	-61	>100,0
Ergebnis aus Anteilen an Tochterunternehmen und Beteiligungen	95	94	1,1
Insgesamt	-144	33	>100,0

7. Sonstiges Bewertungsergebnis aus Finanzinstrumenten

	2017 in Mio. Euro	2016 in Mio. Euro	Veränderung in Prozent
Ergebnis aus der Bilanzierung von Sicherungsgeschäften	-27	-42	-35,7
<i>Absicherungen des beizulegenden Zeitwerts</i>	-27	-42	-35,7
Ergebnis aus Sicherungsinstrumenten	4.999	-2.856	>100,0
Ergebnis aus gesicherten Grundgeschäften	-5.026	2.814	>100,0
Ergebnis aus ohne Handelsabsicht abgeschlossenen derivativen Finanzinstrumenten	-15	18	>100,0
Ergebnis aus zur erfolgswirksamen Bewertung mit dem beizulegenden Zeitwert eingestufteten Finanzinstrumenten	331	-166	>100,0
Insgesamt	289	-190	>100,0

80

8. Verdiente Beiträge aus dem Versicherungsgeschäft

	2017 in Mio. Euro	2016 in Mio. Euro	Veränderung in Prozent
Gebuchte Nettobeiträge	15.235	14.668	3,9
Gebuchte Bruttobeiträge	15.338	14.767	3,9
Abgegebene Rückversicherungsbeiträge	-103	-99	4,0
Veränderung der Beitragsüberträge	-54	-10	>100,0
Bruttobeiträge	-59	-8	>100,0
Anteil der Rückversicherer	5	-2	>100,0
Insgesamt	15.181	14.658	3,6

9. Ergebnis aus Kapitalanlagen und sonstiges Ergebnis der Versicherungsunternehmen

	2017 in Mio. Euro	2016 in Mio. Euro	Veränderung in Prozent
Zinserträge und laufende Erträge	2.521	2.534	-0,5
Aufwendungen für Verwaltung	-131	-132	-0,8
Ergebnis aus der Bewertung und Veräußerung	773	1.244	-37,9
Sonstiges Ergebnis der Versicherungsunternehmen	284	137	>100,0
Insgesamt	3.447	3.783	-8,9

10. Versicherungsleistungen

	2017 in Mio. Euro	2016 in Mio. Euro	Veränderung in Prozent
Aufwendungen für Versicherungsfälle	-10.138	-10.601	-4,4
Aufwendungen für Versicherungsfälle (brutto)	-10.161	-10.670	-4,8
Anteil der Rückversicherer	23	69	-66,7
Veränderungen der Deckungsrückstellung, der Rückstellung für Beitragsrückerstattung und der sonstigen versicherungstechnischen Rückstellungen	-5.174	-4.799	7,8
Veränderungen der Bruttorückstellungen	-5.171	-4.796	7,8
Anteil der Rückversicherer	-3	-3	-
Insgesamt	-15.312	-15.400	-0,6

81

Schadenentwicklung für das selbst abgeschlossene Schaden- / Unfallversicherungsgeschäft inklusive Schadenregulierungskosten

Brutto-Schadenrückstellungen im selbst abgeschlossenen Geschäft zuzüglich der bislang geleisteten Zahlungen auf die ursprünglichen Rückstellungen:

in Mio. Euro	2017	2016	2015	2014	2013	2012	2011	2010	2009	2008	2007
am Ende des Jahres	4.276	4.173	3.856	3.634	3.901	3.345	3.341	3.324	2.953	2.704	2.672
1 Jahr später	-	4.103	3.767	3.523	3.847	3.336	3.359	3.135	2.901	2.623	2.601
2 Jahre später	-	-	3.682	3.457	3.769	3.247	3.279	3.160	2.763	2.527	2.531
3 Jahre später	-	-	-	3.389	3.731	3.220	3.254	3.139	2.756	2.533	2.472
4 Jahre später	-	-	-	-	3.696	3.189	3.241	3.122	2.756	2.505	2.487
5 Jahre später	-	-	-	-	-	3.198	3.250	3.139	2.768	2.513	2.478
6 Jahre später	-	-	-	-	-	-	3.183	3.080	2.710	2.469	2.434
7 Jahre später	-	-	-	-	-	-	-	3.065	2.685	2.466	2.422
8 Jahre später	-	-	-	-	-	-	-	-	2.680	2.449	2.426
9 Jahre später	-	-	-	-	-	-	-	-	-	2.447	2.419
10 Jahre später	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	2.412
Abwicklungsergebnis	-	70	174	245	205	147	158	259	273	257	260

Netto-Schadenrückstellungen im selbst abgeschlossenen Geschäft zuzüglich der bislang geleisteten Zahlungen auf die ursprünglichen Rückstellungen:

in Mio. Euro	2017	2016	2015	2014	2013	2012	2011	2010
am Ende des Jahres	4.255	4.110	3.827	3.574	3.669	3.313	3.298	3.254
1 Jahr später	-	4.050	3.736	3.460	3.613	3.300	3.317	3.056
2 Jahre später	-	-	3.655	3.393	3.533	3.211	3.236	3.077
3 Jahre später	-	-	-	3.331	3.490	3.180	3.208	3.057
4 Jahre später	-	-	-	-	3.465	3.139	3.194	2.939
5 Jahre später	-	-	-	-	-	3.166	3.191	3.049
6 Jahre später	-	-	-	-	-	-	3.144	2.957
	-	-	-	-	-	-	-	2.981
Abwicklungsergebnis	-	60	172	243	204	147	154	273

82

Schadenentwicklung für das übernommene Rückversicherungsgeschäft

Brutto-Schadenrückstellungen im übernommenen Geschäft zuzüglich der bislang geleisteten Zahlungen auf die ursprünglichen Rückstellungen:

in Mio. Euro	2017	2016	2015	2014	2013	2012	2011	2010	2009	2008	2007
Brutto-Schadenrückstellungen für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	3.197	2.718	2.433	1.976	1.710	1.506	1.409	1.190	892	712	596
Kumulierte Zahlungen für das betreffende Jahr und für Vorjahre											
1 Jahr später	-	569	622	464	481	385	463	437	282	232	127
2 Jahre später	-	-	867	783	685	630	640	632	399	347	203
3 Jahre später	-	-	-	919	897	764	345	739	468	410	250
4 Jahre später	-	-	-	-	987	930	891	856	516	447	282
5 Jahre später	-	-	-	-	-	996	1.029	922	588	475	307
6 Jahre später	-	-	-	-	-	-	1.072	1.043	626	528	324
7 Jahre später	-	-	-	-	-	-	-	1.067	652	555	366
8 Jahre später	-	-	-	-	-	-	-	-	658	574	384
9 Jahre später	-	-	-	-	-	-	-	-	-	585	396
10 Jahre später	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	409
Brutto-Schadenrückstellungen für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle zuzüglich der bislang geleisteten Zahlungen auf die ursprüngliche Rückstellung											
am Ende des Jahres	3.197	2.718	2.433	1.976	1.710	1.506	1.409	1.190	892	712	596
1 Jahr später	-	2.654	2.434	2.157	1.840	1.593	1.536	1.401	1.026	779	583
2 Jahre später	-	-	2.271	2.004	1.859	1.569	1.472	1.343	872	765	529
3 Jahre später	-	-	-	1.915	1.779	1.628	1.014	1.338	826	696	518
4 Jahre später	-	-	-	-	1.720	1.580	1.528	1.360	837	680	479
5 Jahre später	-	-	-	-	-	1.550	1.501	1.396	858	691	470
6 Jahre später	-	-	-	-	-	-	1.486	1.379	870	709	480
7 Jahre später	-	-	-	-	-	-	-	1.368	876	719	498
8 Jahre später	-	-	-	-	-	-	-	-	873	725	504
9 Jahre später	-	-	-	-	-	-	-	-	-	725	505
10 Jahre später	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	509
Abwicklungsergebnis	-	64	162	61	-10	-44	-77	-178	19	-13	87

83

Netto-Schadenrückstellungen im übernommenen Geschäft zuzüglich der bislang geleisteten Zahlungen auf die ursprünglichen Rückstellungen:

in Mio. Euro	2017	2016	2015	2014	2013	2012	2011	2010
Netto-Schadenrückstellungen für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	3.193	2.710	2.428	1.970	1.695	1.491	1.389	1.164
Kumulierte Zahlungen für das betreffende Jahr und für Vorjahre								
1 Jahr später	–	567	622	464	473	383	461	432
2 Jahre später	–	–	866	782	677	620	636	625
3 Jahre später	–	–	–	918	888	754	333	729
4 Jahre später	–	–	–	–	978	919	878	839
5 Jahre später	–	–	–	–	–	985	1.016	904
6 Jahre später	–	–	–	–	–	–	1.059	1.025
7 Jahre später	–	–	–	–	–	–	–	1.049
Netto-Schadenrückstellungen für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle zuzüglich der bislang geleisteten Zahlungen auf die ursprüngliche Rückstellung								
am Ende des Jahres	3.193	2.710	2.428	1.970	1.695	1.491	1.389	1.164
1 Jahr später	–	2.648	2.429	2.152	1.827	1.576	1.519	1.377
2 Jahre später	–	–	2.267	1.999	1.845	1.554	1.454	1.321
3 Jahre später	–	–	–	1.911	1.766	1.612	997	1.314
4 Jahre später	–	–	–	–	1.708	1.566	1.510	1.337
5 Jahre später	–	–	–	–	–	1.536	1.484	1.372
6 Jahre später	–	–	–	–	–	–	1.470	1.357
7 Jahre später	–	–	–	–	–	–	–	1.346
Abwicklungsergebnis	–	62	161	59	–13	–45	–81	–182

84

11. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb

	2017 in Mio. Euro	2016 in Mio. Euro	Veränderung in Prozent
Aufwendungen (brutto)	-2.049	-1.944	5,4
Anteil der Rückversicherer	16	22	-27,3
Insgesamt	-2.033	-1.922	5,8

12. Verwaltungsaufwendungen

	2017 in Mio. Euro	2016 in Mio. Euro	Veränderung in Prozent
Personalaufwendungen	-10.137	-10.318	-1,8
Sachaufwendungen	-6.793	-6.679	1,7
Abschreibungen und Wertberichtigungen	-954	-947	0,7
Insgesamt	-17.884	-17.944	-0,3

13. Sonstiges betriebliches Ergebnis

	2017 in Mio. Euro	2016 in Mio. Euro	Veränderung in Prozent
Ergebnis aus zur Veräußerung gehaltenen langfristigen Vermögenswerten und Veräußerungsgruppen	126	83	51,8
Sonstige betriebliche Erträge	979	816	20,0
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-995	-975	2,1
Insgesamt	110	-76	>100,0

85

14. Ertragsteuern

	2017 in Mio. Euro	2016 in Mio. Euro	Veränderung in Prozent
Aufwendungen für tatsächliche Ertragsteuern	-2.649	-2.497	6,1
Erträge aus/Aufwendungen für latente Ertragsteuern	-194	87	>100,0
Insgesamt	-2.843	-2.410	18,0

Ausgehend von einem Körperschaftsteuersatz von 15 Prozent wurde unter Berücksichtigung des Solidaritätszuschlags für die Berechnung der laufenden Ertragsteuern bei inländischen Kapitalgesellschaften, wie im Vorjahr, ein effektiver Körperschaftsteuersatz in Höhe von 15,825 Prozent angewendet. Der effektive Gewerbesteuersatz beträgt 14,35 Prozent (Vorjahr: 14,0 Prozent) bei Zugrundelegung eines durchschnittlichen Gewerbesteuerhebesatzes von 410 Prozent (Vorjahr: 400 Prozent).

Für die Berechnung der latenten Ertragsteuern ist auf die Steuersätze abzustellen, die voraussichtlich zum Zeitpunkt ihrer Realisierung in Kraft sind. Dabei werden die Steuersätze verwendet, die zum Abschlussstichtag für diesen Zeitpunkt gültig oder angekündigt sind.

	2017 in Mio. Euro	2016 in Mio. Euro	Veränderung in Prozent
Konsolidiertes Ergebnis vor Steuern	8.916	8.308	7,3
Rechnerischer Ertragsteuersatz der genossenschaftlichen FinanzGruppe (in Prozent)	30,175	29,825	
Ertragsteuern zum rechnerischen Ertragsteuersatz	-2.690	-2.478	8,6
Steuerauswirkungen	-153	68	>100,0
Steuerauswirkung von steuerfreien Erträgen und steuerlich nicht abzugsfähigen Aufwendungen	192	312	-38,5
Steuerauswirkung anderer Steuerarten, abweichender Gewerbesteuerhebesätze sowie von Steuersatzänderungen	-8	8	>100,0
Steuerauswirkung abweichender Steuersätze in anderen Ländern	-74	-47	57,4
Tatsächliche und latente Ertragsteuern, die vorherige Berichtszeiträume betreffen	-3	147	>100,0
Veränderung von latenten Ertragsteueransprüchen aufgrund von Wertberichtigungen	-92	-28	>100,0
Sonstige Steuerauswirkungen	-168	-324	-48,1
Insgesamt	-2.843	-2.410	18,0

Die Überleitungsrechnung stellt den Zusammenhang zwischen den – unter Anwendung des in Deutschland geltenden Steuerrechts – rechnerisch ermittelten und den erfassten Ertragsteuern dar.

86

D Angaben zur Bilanz

15. Barreserve	31.12.2017 in Mio. Euro	31.12.2016 in Mio. Euro	Veränderung in Prozent
Kassenbestand	7.672	7.047	8,9
Guthaben bei Zentralnotenbanken und anderen staatlichen Institutionen	24.922	18.374	35,6
davon: bei der Deutschen Bundesbank	18.712	13.279	40,9
Insgesamt	32.594	25.421	28,2

16. Forderungen an Kreditinstitute und Kunden	31.12.2017 in Mio. Euro	31.12.2016 in Mio. Euro	Veränderung in Prozent
Forderungen an Kreditinstitute	51.042	41.433	23,2
<i>Täglich fällig</i>	<i>40.006</i>	<i>27.786</i>	<i>44,0</i>
<i>Andere Forderungen</i>	<i>11.036</i>	<i>13.647</i>	<i>-19,1</i>
Hypothekendarlehen und andere durch Grundpfandrechte gesicherte Kredite	60	61	-1,6
Kommunalkredite	6.783	7.045	-3,7
Finanzierungs-Leasinggeschäft	22	14	57,1
Übrige Forderungen	4.171	6.527	-36,1
Forderungen an Kunden	761.880	733.155	3,9
Hypothekendarlehen und andere durch Grundpfandrechte gesicherte Kredite	308.329	284.637	8,3
Kommunalkredite	34.889	37.738	-7,5
Baudarlehen der Bausparkasse	41.005	37.253	10,1
davon: aus Zuteilung (Bauspardarlehen)	2.668	3.031	-12,0
zur Vor- und Zwischenfinanzierung	36.311	32.219	12,7
sonstige Baudarlehen	2.026	2.003	1,1
Finanzierungs-Leasingverhältnisse	2.918	3.153	-7,5
Übrige Forderungen	374.739	370.374	1,2

87

17. Risikovorsorge

	Einzelwert- berichtigungen in Mio. Euro	Portfoliowert- berichtigungen in Mio. Euro	Insgesamt in Mio. Euro
Stand zum 01.01.2016	6.639	992	7.631
Zuführungen	2.103	234	2.337
Inanspruchnahmen	-702	-1	-703
Auflösungen	-1.546	-218	-1.764
Veränderungen des Konsolidierungskreises	14	-28	-14
Sonstige Veränderungen	22	11	33
Stand zum 31.12.2016	6.530	990	7.520
Zuführungen	2.410	226	2.636
Inanspruchnahmen	-795	-1	-796
Auflösungen	-1.589	-305	-1.894
Veränderungen des Konsolidierungskreises	-28	-	-28
Sonstige Veränderungen	-79	4	-75
Stand zum 31.12.2017	6.449	914	7.363

18. Positive und negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten

	31.12.2017 in Mio. Euro	31.12.2016 in Mio. Euro	Veränderung in Prozent
Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	1.096	1.549	-29,2
für Absicherungen des beizulegenden Zeitwerts	1.086	1.545	-29,7
für Absicherungen von Zahlungsströmen	8	2	>100,0
für Absicherungen von Nettoinvestitionen in ausländische Geschäftsbetriebe	2	2	-
Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	7.086	12.956	-45,3
für Absicherungen des beizulegenden Zeitwerts	7.083	12.940	-45,3
für Absicherungen von Zahlungsströmen	3	16	-81,3

88

19. Handelsaktiva

	31.12.2017 in Mio. Euro	31.12.2016 in Mio. Euro	Veränderung in Prozent
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	17.101	23.587	-27,5
Zinsbezogene Geschäfte	14.749	20.440	-27,8
Währungsbezogene Geschäfte	813	1.794	-54,7
Aktien-/Indexbezogene Geschäfte	256	298	-14,1
Kreditderivate	367	244	50,4
Sonstige Geschäfte	916	811	12,9
Wertpapiere	10.429	10.378	0,5
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	9.013	9.321	-3,3
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	1.416	1.057	34,0
Forderungen	10.242	13.963	-26,6
Warenbestand und Warenforderungen	334	342	-2,3
Sonstige Handelsaktiva	1	-	-
Insgesamt	38.107	48.270	-21,1

20. Finanzanlagen

	31.12.2017 in Mio. Euro	31.12.2016 in Mio. Euro	Veränderung in Prozent
Wertpapiere	239.819	248.491	-3,5
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	179.296	191.003	-6,1
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	60.523	57.488	5,3
Anteile an Tochterunternehmen	1.471	1.265	16,3
Beteiligungen	2.442	2.209	10,5
Anteile an Gemeinschaftsunternehmen	525	543	-3,3
Anteile an assoziierten Unternehmen	318	355	-10,4
Sonstiger Anteilsbesitz	1.599	1.311	22,0
Insgesamt	243.732	251.965	-3,3

89

21. Kapitalanlagen der Versicherungsunternehmen

	31.12.2017 in Mio. Euro	31.12.2016 in Mio. Euro	Veränderung in Prozent
Investment Property	2.539	2.470	2,8
Anteile an Tochterunternehmen, Gemeinschaftsunternehmen und assoziierten Unternehmen	715	621	15,1
Hypothekendarlehen	9.142	9.049	1,0
Schuldscheinforderungen und Darlehen	7.342	7.667	-4,2
Namensschuldverschreibungen	8.800	9.102	-3,3
Sonstige Darlehen	721	768	-6,1
Nicht festverzinsliche Wertpapiere	9.276	8.430	10,0
Festverzinsliche Wertpapiere	44.808	40.769	9,9
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	299	360	-16,9
Depotforderungen aus dem in Rückdeckung übernommenen Versicherungsgeschäft und sonstige Kapitalanlagen	240	188	27,7
Vermögen für Rechnung und Risiko von Arbeitnehmern, Arbeitgebern und Inhabern von Lebensversicherungspolizen	11.549	10.011	15,4
Insgesamt	95.431	89.435	6,7

22. Sachanlagen und Investment Property

	31.12.2017 in Mio. Euro	31.12.2016 in Mio. Euro	Veränderung in Prozent
Grundstücke und Gebäude	6.756	6.839	-1,2
Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.403	1.378	1,8
Leasinggegenstände	138	388	-64,4
Investment Property	254	253	0,4
Sonstiges Sachvermögen	3.180	2.527	25,8
Insgesamt	11.731	11.385	3,0

90

23. Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen

	31.12.2017 in Mio. Euro	31.12.2016 in Mio. Euro	Veränderung in Prozent
Ertragsteueransprüche	2.980	3.480	-14,4
Tatsächliche Ertragsteueransprüche	896	1.306	-31,4
Latente Ertragsteueransprüche	2.084	2.174	-4,1
Ertragsteuerverpflichtungen	1.183	1.056	12,0
Tatsächliche Ertragsteuerverpflichtungen	813	731	11,2
Latente Ertragsteuerverpflichtungen	370	325	13,8

	Latente Ertragsteuer- ansprüche 31.12.2017 in Mio. Euro	Latente Ertragsteuer- ansprüche 31.12.2016 in Mio. Euro	Latente Ertragsteuer- verpflichtungen 31.12.2017 in Mio. Euro	Latente Ertragsteuer- verpflichtungen 31.12.2016 in Mio. Euro
Steuerliche Verlustvorträge	103	59		
Forderungen an Kreditinstitute und Kunden inklusive Risikovorsorge	51	82	139	203
Handelsaktiva/-passiva sowie positive und negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	525	787	20	29
Finanzanlagen	298	328	518	549
Kapitalanlagen der Versicherungsunternehmen	53	147	676	589
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden	374	485	198	169
Verbriefte Verbindlichkeiten	46	119	6	11
Rückstellungen	2.138	1.941	38	183
Versicherungstechnische Rückstellungen	75	73	399	395
Immaterielle Vermögenswerte	-	-	25	24
Sonstige Bilanzposten	182	102	112	122
Insgesamt (Bruttowert)	3.845	4.123	2.131	2.274
Saldierung von latenten Ertragsteuer- ansprüchen und -verpflichtungen	-1.761	-1.949	-1.761	-1.949
Insgesamt (Nettowert)	2.084	2.174	370	325

Die latenten Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen entfallen auf temporäre Differenzen der in der Tabelle dargestellten Bilanzposten sowie auf steuerliche Verlustvorträge.

91

24. Sonstige Aktiva

	31.12.2017 in Mio. Euro	31.12.2016 in Mio. Euro	Veränderung in Prozent
Sonstige Aktiva der Versicherungsunternehmen	3.090	3.719	-16,9
Geschäfts- oder Firmenwerte	58	58	-
Sonstige immaterielle Vermögenswerte	463	423	9,5
Vorauszahlungen und Rechnungsabgrenzungsposten	162	170	-4,7
Sonstige Forderungen	3.485	3.115	11,9
Zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte	84	182	-53,8
Wertbeiträge aus Portfolioabsicherungen von finanziellen Vermögenswerten	4.128	9.098	-54,6
Übrige Sonstige Aktiva	616	442	39,4
Insgesamt	12.086	17.207	-29,8

Die Sonstigen Aktiva der Versicherungsunternehmen setzen sich wie folgt zusammen:

	31.12.2017 in Mio. Euro	31.12.2016 in Mio. Euro	Veränderung in Prozent
Immaterielle Vermögenswerte	151	156	-3,2
Anteil der Rückversicherer an den versicherungstechnischen Rückstellungen	168	224	-25,0
Beitragsüberträge	11	6	83,3
Deckungsrückstellungen	60	63	-4,8
Rückstellungen für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	97	155	-37,4
Forderungen	679	633	7,3
Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft	305	362	-15,7
Abrechnungsforderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft	294	203	44,8
Sonstige Forderungen	80	68	17,6
Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand	110	738	-85,1
Übrige Sonstige Aktiva	1.982	1.968	0,7
Sachanlagen	387	418	-7,4
Vorauszahlungen und Rechnungsabgrenzungsposten	31	23	34,8
Andere Aktiva der Versicherungsunternehmen	1.564	1.527	2,4
Insgesamt	3.090	3.719	-16,9

92

25. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden

	31.12.2017 in Mio. Euro	31.12.2016 in Mio. Euro	Veränderung in Prozent
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	113.065	103.282	9,5
Täglich fällig	7.664	6.156	24,5
Mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	105.401	97.126	8,5
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	801.031	774.302	3,5
<i>Spareinlagen und Einlagen aus dem Bauspargeschäft</i>	242.345	240.802	0,6
Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten	175.547	174.621	0,5
Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	10.156	12.411	-18,2
Bauspareinlagen	56.642	53.770	5,3
Andere Verbindlichkeiten	558.686	533.500	4,7
Täglich fällig	450.264	417.210	7,9
Mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	108.422	116.290	-6,8

26. Verbriefte Verbindlichkeiten

	31.12.2017 in Mio. Euro	31.12.2016 in Mio. Euro	Veränderung in Prozent
Begebene Schuldverschreibungen	47.696	44.813	6,4
Hypothekendarlehen	30.390	27.229	11,6
Öffentliche Pfandbriefe	3.548	5.058	-29,9
Sonstige Schuldverschreibungen	13.758	12.526	9,8
Andere verbriefte Verbindlichkeiten	17.111	26.309	-35,0
Insgesamt	64.807	71.122	-8,9

93

27. Handelsspassiva

	31.12.2017 in Mio. Euro	31.12.2016 in Mio. Euro	Veränderung in Prozent
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	16.813	25.123	-33,1
Zinsbezogene Geschäfte	13.848	19.568	-29,2
Währungsbezogene Geschäfte	871	1.171	-25,6
Aktien-/Indexbezogene Geschäfte	742	791	-6,2
Kreditderivate	77	101	-23,8
Sonstige Geschäfte	1.275	3.492	-63,5
Lieferverbindlichkeiten aus Wertpapierleerverkäufen	617	508	21,5
Begebene Schuldverschreibungen und andere verbriefte Verbindlichkeiten	13.028	12.905	1,0
Verbindlichkeiten	6.255	5.558	12,5
Verpflichtungen aus Warengeschäften und aufgenommenen Warenkrediten	47	45	4,4
Insgesamt	36.760	44.139	-16,7

94

28. Rückstellungen

	31.12.2017 in Mio. Euro	31.12.2016 in Mio. Euro	Veränderung in Prozent
Rückstellungen für leistungsorientierte Pensionspläne	7.630	8.225	-7,2
Rückstellungen im Kreditgeschäft	419	456	-8,1
Bausparspezifische Rückstellungen	983	915	7,4
Sonstige Rückstellungen	3.530	3.513	0,5
Insgesamt	12.562	13.109	-4,2

	31.12.2017 in Mio. Euro	31.12.2016 in Mio. Euro	Veränderung in Prozent
Finanzierungsstatus der leistungsorientierten Pensionsverpflichtungen			
Barwert der nicht über Planvermögen finanzierten leistungsorientierten Pensionsverpflichtungen	6.924	7.064	-2,0
Barwert der über Planvermögen finanzierten leistungsorientierten Pensionsverpflichtungen	2.722	2.400	13,4
Barwert der leistungsorientierten Pensionsverpflichtungen	9.646	9.464	1,9
Abzüglich des beizulegenden Zeitwerts der Planvermögen	-2.016	-1.239	62,7
Leistungsorientierte Pensionsverpflichtungen (netto)	7.630	8.225	-7,2
Rückstellungen für leistungsorientierte Pensionspläne	7.630	8.225	-7,2

95

Entwicklung des Barwerts der leistungsorientierten Pensionsverpflichtungen	2017 in Mio. Euro	2016 in Mio. Euro	Veränderung in Prozent
Barwert der leistungsorientierten Pensionsverpflichtungen zum 01.01.	9.464	9.387	0,8
Laufender Dienstzeitaufwand	136	133	2,3
Zinsaufwendungen	165	206	-19,9
Erbrachte Pensionsleistungen einschließlich Planabgeltungen	-353	-330	7,0
Nachzuerrechnender Dienstzeitaufwand	-2	6	>100,0
Versicherungsmathematische Gewinne (-)/Verluste (+)	243	51	>100,0
Sonstige Veränderungen	-7	11	>100,0
Barwert der leistungsorientierten Pensionsverpflichtungen zum 31.12.	9.646	9.464	1,9

Entwicklung der Planvermögen	2017 in Mio. Euro	2016 in Mio. Euro	Veränderung in Prozent
Beizulegender Zeitwert der Planvermögen zum 01.01.	1.239	1.201	3,2
Zinserträge	24	26	-7,7
Beiträge zu Planvermögen	814	43	>100,0
Gezahlte Pensionsleistungen	-65	-62	4,8
Erträge aus Planvermögen (ohne Zinserträge)	14	35	-60,0
Sonstige Veränderungen	-10	-4	>100,0
Beizulegender Zeitwert der Planvermögen zum 31.12.	2.016	1.239	62,7

Angewendete versicherungsmathematische Annahmen für leistungsorientierte Pensionsverpflichtungen	31.12.2017 in Prozent	31.12.2016 in Prozent
Gewichteter Abzinsungssatz	1,75	1,75
Gewichtete Gehaltssteigerung	1,99	1,83
Gewichtete Rentenerhöhung	1,93	1,75

96

29. Versicherungstechnische Rückstellungen

	31.12.2017 in Mio. Euro	31.12.2016 in Mio. Euro	Veränderung in Prozent
Beitragsüberträge	1.169	1.119	4,5
Deckungsrückstellung	58.670	55.167	6,3
Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	11.064	10.071	9,9
Rückstellung für Beitragsrückerstattung	8.446	8.918	-5,3
Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen	68	65	4,6
Pensionsfondstechnische und versicherungstechnische Rückstellungen, soweit das Anlagerisiko von den Arbeitnehmern, Arbeitgebern und Inhabern von Lebens- versicherungspolicen getragen wird	9.907	8.785	12,8
Insgesamt	89.324	84.125	6,2

Entwicklung der Beitragsüberträge	2017 in Mio. Euro	2016 in Mio. Euro	Veränderung in Prozent
Stand zum 01.01.	1.119	1.104	1,4
Zuführungen	1.235	1.180	4,7
Entnahmen/Auflösungen	-1.176	-1.172	-0,3
Veränderungen aus Währungsumrechnung	-9	7	>-100,0
Stand zum 31.12.	1.169	1.119	4,5

97

Entwicklung der Deckungsrückstellung	2017 in Mio. Euro	2016 in Mio. Euro	Veränderung in Prozent
Stand zum 01.01.	55.167	52.634	4,8
Zuführungen	6.255	6.158	1,6
Zinsanteil	1.067	1.128	-5,4
Entnahmen/Auflösungen	-3.818	-4.753	19,7
Veränderungen aus Währungsumrechnung	-1	-	-
Stand zum 31.12.	58.670	55.167	6,3

Für Verträge mit einem Rechnungszins über dem des in der Deckungsrückstellungsverordnung (DeckRV) definierten Referenzzinssatzes wurden Zinszusatzrückstellungen in Höhe von insgesamt 2.998 Millionen Euro gebildet (Vorjahr: 2.162 Millionen Euro).

Entwicklung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsverträge	2017 in Mio. Euro	2016 in Mio. Euro	Veränderung in Prozent
Stand zum 01.01.	10.071	9.257	8,8
Schadenaufwendungen	6.175	5.827	6,0
Abzüglich Zahlungen	-5.078	-4.983	-1,9
Veränderungen aus Währungsumrechnung	-104	-30	>-100,0
Stand zum 31.12.	11.064	10.071	9,9

Entwicklung der Rückstellung für Beitragsrückerstattung	2017 in Mio. Euro	2016 in Mio. Euro	Veränderung in Prozent
Stand zum 01.01.	8.918	7.923	12,6
Zuführungen	672	670	0,3
Entnahmen/Auflösungen	-1.290	-760	-69,7
Veränderungen aufgrund unrealisierter Gewinne und Verluste aus Kapitalanlagen (erfolgsneutral)	-136	367	>-100,0
Veränderungen aufgrund sonstiger Umbewertungen (erfolgswirksam)	316	718	-56,0
Veränderungen aus Währungsumrechnung	-34	-	-
Stand zum 31.12.	8.446	8.918	-5,3

98

Die Fälligkeiten der versicherungstechnischen Rückstellungen gliedern sich wie folgt:

	1 Jahr in Mio. Euro	1 Jahr - 5 Jahre in Mio. Euro	5 Jahre in Mio. Euro	Unbestimmte Laufzeit in Mio. Euro
Stand zum 31.12.2017				
Beitragsüberträge	1.011	124	34	-
Deckungsrückstellung	1.677	6.601	13.258	37.134
Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	4.764	3.608	2.692	-
Rückstellung für Beitragsrückerstattung	763	632	754	6.297
Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen	46	14	5	3
Insgesamt	8.261	10.979	16.743	43.434
Stand zum 31.12.2016				
Beitragsüberträge	1.011	83	25	-
Deckungsrückstellung	1.654	6.983	12.129	34.401
Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	4.297	3.273	2.501	-
Rückstellung für Beitragsrückerstattung	701	646	754	6.817
Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen	43	15	3	4
Insgesamt	7.706	11.000	15.412	41.222

30. Sonstige Passiva

	31.12.2017 in Mio. Euro	31.12.2016 in Mio. Euro	Veränderung in Prozent
Sonstige Passiva der Versicherungsunternehmen	5.464	4.948	10,4
Sonstige Verbindlichkeiten und abgegrenzte Schulden	2.318	2.150	7,8
Zur Veräußerung gehaltene Schulden	-	25	-100,0
Wertbeiträge aus Portfolioabsicherungen von finanziellen Verbindlichkeiten	335	431	-22,3
Übrige Sonstige Passiva	757	586	29,2
Insgesamt	8.874	8.140	9,0

99

Zusammensetzung der Sonstigen Passiva der Versicherungsunternehmen:

	31.12.2017 in Mio. Euro	31.12.2016 in Mio. Euro	Veränderung in Prozent
Sonstige Rückstellungen	354	329	7,6
Rückstellungen für Leistungen an Arbeitnehmer	317	303	4,6
Rückstellungen für anteilsbasierte Vergütungstransaktionen	1	1	-
Andere Rückstellungen	36	25	44,0
Verbindlichkeiten und übrige Sonstige Passiva	5.110	4.619	10,6
Nachrangkapital	85	76	11,8
Depotverbindlichkeiten aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft	75	85	-11,8
Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft	1.465	1.523	-3,8
Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft	269	239	12,6
Verbriefte Verbindlichkeiten	30	30	-
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	596	613	-2,8
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	39	105	-62,9
Verbindlichkeiten aus Kapitalisierungsgeschäften	1.861	1.345	38,4
Sonstige Verbindlichkeiten	199	197	1,0
Übrige Sonstige Passiva	491	406	20,9
Insgesamt	5.464	4.948	10,4

31. Nachrangkapital	31.12.2017 in Mio. Euro	31.12.2016 in Mio. Euro	Veränderung in Prozent
Nachrangige Verbindlichkeiten	3.774	4.800	-21,4
Genussrechtskapital	391	158	>100,0
Auf Verlangen rückzahlbares Anteilskapital	21	22	-4,5
Insgesamt	4.186	4.980	-15,9

100

E Angaben zu Finanzinstrumenten

32. Beizulegender Zeitwert von Finanzinstrumenten

	Buchwert 31.12.2017 in Mio. Euro	Beizulegender Zeitwert 31.12.2017 in Mio. Euro	Buchwert 31.12.2016 in Mio. Euro	Beizulegender Zeitwert 31.12.2016 in Mio. Euro
Aktiva				
Barreserve	24.922	24.922	18.374	18.374
Forderungen an Kreditinstitute ¹	51.023	52.273	41.397	43.366
Forderungen an Kunden ¹	754.536	756.447	725.671	728.364
Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	1.096	1.096	1.549	1.549
Handelsaktiva ²	37.773	37.773	47.928	47.928
Finanzanlagen ³	242.889	243.064	251.067	251.142
Kapitalanlagen der Versicherungsunternehmen ^{2, 3}	81.086	81.936	76.749	77.787
Sonstige Aktiva ²	7.575	7.849	13.018	13.042
Passiva				
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	113.065	114.502	103.282	105.325
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	801.031	802.258	774.302	776.260
Verbriefte Verbindlichkeiten	64.807	64.849	71.122	70.626
Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	7.086	7.086	12.956	12.956
Handelspassiva ²	36.713	36.713	44.094	44.094
Sonstige Passiva ²	2.653	2.542	2.810	2.630
Nachrangkapital	4.186	4.365	4.980	5.717

1 Buchwerte abzüglich Risikovorsorge.

2 Angabe der beizulegenden Zeitwerte und Buchwerte erfolgt nur für Finanzinstrumente.

3 Ohne Anteile an Gemeinschaftsunternehmen und Anteile an assoziierten Unternehmen.

Die vorliegende Tabelle enthält die in den veröffentlichten Geschäftsberichten des DZ BANK Konzerns enthaltenen Angaben zu den beizulegenden Zeitwerten von Finanzinstrumenten. Für alle anderen in den Konsolidierten Jahresabschluss einbezogenen Unternehmen wurde der beizulegende Zeitwert mit dem Buchwert gleichgesetzt.

101

33. Fälligkeitsanalyse	3 Monate in Mio. Euro	3 Monate 1 Jahr in Mio. Euro	1 Jahr in Mio. Euro	Unbestimmte Laufzeit in Mio. Euro
Stand 31.12.2017				
Forderungen an Kreditinstitute	25.818	3.858	25.622	553
Forderungen an Kunden	36.444	57.180	666.093	19.531
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	31.076	10.266	80.021	680
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	660.963	19.084	70.079	57.023
Verbriefte Verbindlichkeiten	12.252	7.869	45.840	236
Stand 31.12.2016				
Forderungen an Kreditinstitute	19.512	3.272	23.076	501
Forderungen an Kunden	37.800	56.874	636.339	19.599
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	27.553	8.148	69.347	962
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	627.400	24.076	73.794	54.042
Verbriefte Verbindlichkeiten	14.569	12.811	45.521	–

Die in der Tabelle dargestellten vertraglich vereinbarten Fälligkeiten entsprechen nicht den tatsächlich erwarteten Zahlungsmittelzu- und -abflüssen.

102

F Sonstige Angaben

34. Kapitalausstattung und aufsichtsrechtliche Kennziffern

	31.12.2017 in Mio. Euro	31.12.2016 in Mio. Euro	Veränderung in Prozent
Eigenmittel insgesamt	97.680	92.134	6,0
Kernkapital	82.191	75.006	9,6
davon: hartes Kernkapital	81.463	74.170	9,8
zusätzliches Kernkapital	728	836	-12,9
Ergänzungskapital	15.489	17.128	-9,6
Gesamtrisikobetrag	611.490	572.458	6,8
Harte Kernkapitalquote (in Prozent)	13,3	13,0	
Kernkapitalquote (in Prozent)	13,4	13,1	
Gesamtkapitalquote (in Prozent)	16,0	16,1	
Harte Kernkapitalquote inklusive §-340f-HGB-Reserven (in Prozent)¹	15,4	15,2	
Kernkapitalquote inklusive §-340f-HGB-Reserven (in Prozent)¹	15,6	15,4	
Leverage Ratio (in Prozent)²	6,8	6,3	
Leverage Ratio inklusive §-340f-HGB-Reserven (in Prozent)^{1,3}	7,7	7,3	

1 Der Bestand an §-340f-HGB-Reserven basiert auf den Jahresabschlussbeständen der einbezogenen Institute zum Bilanzstichtag vor Zuführung beziehungsweise Auflösung im Rahmen der Jahresabschlüsse 2017 und 2016.

2 Angabe der Leverage Ratio des institutsbezogenen Sicherungssystems unter Verwendung der Übergangsdefinition für das Kernkapital gemäß Artikel 429 Absatz 2 CRR in Verbindung mit Artikel 499 Absatz 1 CRR.

3 Angabe der Quote nach vollständiger Einführung der neuen Bestimmungen der CRR, wobei unter betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten die vollständige Umwidmung und Berücksichtigung der Vorsorgereserven nach §-340f-HGB als Kernkapital angenommen wird.

Die Angaben beziehen sich jeweils auf das institutsbezogene Sicherungssystem (genossenschaftlicher Haftungsverbund) und den jeweiligen Meldestichtag. Die Angaben zu den Eigenmitteln bzw. Eigenmittelanforderungen beruhen auf den Ergebnissen der Erweiterten Zusammenfassungsverrechnung (EZV) nach Artikel 49 Absatz 3 CRR in Verbindung mit Artikel 113 Absatz 7 CRR.

35. Finanzgarantien und Kreditzusagen

	31.12.2017 in Mio. Euro	31.12.2016 in Mio. Euro	Veränderung in Prozent
Finanzgarantien	18.436	18.259	1,0
Kreditzusagen	75.634	71.528	5,7
Insgesamt	94.070	89.787	4,8

Die Angabe der Finanzgarantien und der Kreditzusagen erfolgt in Höhe der Nominalwerte der eingegangenen Verpflichtungen.

103

36. Treuhandgeschäft

	31.12.2017 in Mio. Euro	31.12.2016 in Mio. Euro	Veränderung in Prozent
Treuhandvermögen	1.468	1.592	-7,8
davon: Treuhandkredite	477	595	-19,8
Treuhandverbindlichkeiten	1.468	1.592	-7,8
davon: Treuhandkredite	477	595	-19,8

37. Vermögensverwaltung der Union Investment Gruppe

	31.12.2017 in Mio. Euro	31.12.2016 in Mio. Euro	Veränderung in Prozent
Fondsvermögen	286.295	258.956	10,6
Volumen in anderen Formaten	49.833	44.839	11,1
Fondsgebundene Vermögensverwaltung	1.489	909	63,8
Institutionelle Vermögensverwaltung	9.654	10.951	-11,8
Advisory und Outsourcing	38.690	32.979	17,3
Fremdvergebene Mandate	-12.209	-11.523	6,0
Insgesamt	323.919	292.272	10,8

Unter dem Dach der Union Asset Management Holding AG verwaltet die Union Investment Gruppe am Abschlussstichtag insgesamt 323.919 Millionen Euro (Vorjahr: 292.272 Millionen Euro) Assets under Management. Das Fondsvermögen verteilt sich auf von ihr aufgelegte Aktienfonds, Rentenfonds, Geldmarktfonds, Mischfonds, sonstige Wertpapierfonds, wertgesicherte Fonds, Immobilienfonds, alternative Anlagefonds und Hybridfonds.

Daneben verwaltet die Union Investment Gruppe am Abschlussstichtag Vermögenswerte im Rahmen von fondsgebundener Vermögensverwaltung, institutioneller Vermögensverwaltung sowie Advisory und Outsourcing. Als Abzugsposten wird das Fondsvolumen derjenigen Fonds berücksichtigt, die von der Union Investment Gruppe aufgelegt werden, deren Portfoliomanagement aber fremdvergeben ist. Die Definition der Assets under Management orientiert sich hierbei an der Gesamtstatistik des BVI Bundesverbandes Investment und Asset Management e.V. (BVI), Frankfurt am Main.

104

38.

Leasingverhältnisse

Finanzierungs-Leasinggeberverhältnisse
der genossenschaftlichen FinanzGruppe

	31.12.2017 in Mio. Euro	31.12.2016 in Mio. Euro	Veränderung in Prozent
Bruttoinvestitionswert	3.203	3.498	-8,4
Bis 1 Jahr	1.007	1.111	-9,4
Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	1.929	2.072	-6,9
Mehr als 5 Jahre	267	315	-15,2
Abzüglich noch nicht realisierten Finanzertrags	-263	-328	-19,8
Nettoinvestitionswert	2.940	3.170	-7,3
Abzüglich Barwert der nicht garantierten Restwerte	-57	-70	-18,6
Barwert der Forderungen aus Mindestleasingzahlungen	2.883	3.100	-7,0
Bis 1 Jahr	882	971	-9,2
Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	1.763	1.853	-4,9
Mehr als 5 Jahre	238	276	-13,8

Die kumulierten Wertberichtigungen für ausstehende Mindestleasingzahlungen bei Leasinggebern betragen zum Abschlussstichtag 26 Millionen Euro (Vorjahr: 32 Millionen Euro).

In der genossenschaftlichen FinanzGruppe sind der DVB Bank Konzern und die VR Leasing Gruppe als Finanzierungs-Leasinggeber tätig. Die Unternehmen des DVB Bank Konzerns schließen vor allem Leasingverträge für Schiffe und Schiffscontainer ab, im Vorjahr bestanden auch Leasingverträge für Flugzeuge. Die Unternehmen der VR Leasing Gruppe schließen mit Kunden überwiegend Leasingverträge über Mobilien ab.

105

39. Bestandsbewegung der Bausparkasse Schwäbisch Hall

	Nicht zugeteilt, Anzahl der Verträge	Nicht zugeteilt, Bausparsumme in Mio. Euro	Zugeteilt, Anzahl der Verträge	Zugeteilt, Bausparsumme in Mio. Euro	Insgesamt, Anzahl der Verträge	Insgesamt, Bausparsumme in Mio. Euro
Bestand zum 31.12.2016	7.830.134	273.597	742.321	20.176	8.572.455	293.773
Zugang im Geschäftsjahr durch						
Neuabschluss (eingelöste Verträge) ¹	554.882	26.107	–	–	554.882	26.107
Übertragung	21.983	638	841	21	22.824	659
Zuteilungsverzicht und Widerruf der Zuteilung	9.141	397	–	–	9.141	397
Teilung	161.022	–	44	–	161.066	–
Zuteilung beziehungsweise Zuteilungsannahme	–	–	374.146	9.680	374.146	9.680
Sonstiges	80.216	2.653	27	1	80.243	2.654
Insgesamt	827.244	29.795	375.058	9.702	1.202.302	39.497
Abgang im Geschäftsjahr durch						
Zuteilung beziehungsweise Zuteilungsannahme	–374.146	–9.680	–	–	–374.146	–9.680
Herabsetzung	–	–905	–	–	–	–905
Auflösung	–312.404	–8.255	–316.532	–8.191	–628.936	–16.446
Übertragung	–21.983	–638	–841	–21	–22.824	–659
Zusammenlegung ¹	–60.404	–	–1	–	–60.405	–
Vertragsablauf	–	–	–136.906	–3.570	–136.906	–3.570
Zuteilungsverzicht und Widerruf der Zuteilung	–	–	–9.141	–397	–9.141	–397
Sonstiges	–80.216	–2.653	–27	–1	–80.243	–2.654
Insgesamt	–849.153	–22.131	–463.448	–12.180	–1.312.601	–34.311
Zu-/Abgang (netto)	–21.909	7.664	–88.390	–2.478	–110.299	5.186
Bestand zum 31.12.2017	7.808.225	281.261	653.931	17.698	8.462.156	298.959

¹ Einschließlich Erhöhungen.

Bestand an noch nicht eingelösten Verträgen	Anzahl der Verträge	Bausparsumme in Mio. Euro
Abschlüsse vor dem 01.01.2017	47.543	2.523
Abschlüsse im Geschäftsjahr	177.025	11.019

106

40.
 Bewegung der Zuteilungsmasse
 der Bausparkasse Schwäbisch Hall

2017
 in Mio. Euro

Zuführungen	
<i>Vortrag aus dem Vorjahr (Überschuss)</i>	
Noch nicht ausgezahlte Beträge	52.258
<i>Zuführungen im Geschäftsjahr</i>	
Sparbeträge (einschließlich verrechneter Wohnungsbauprämien)	9.019
Tilgungsbeträge (einschließlich verrechneter Wohnungsbauprämien) ¹	1.359
Zinsen auf Bauspareinlagen	711
Insgesamt	63.347
Entnahmen	
<i>Entnahmen im Geschäftsjahr</i>	
Zugeteilte Summen, soweit ausgezahlt	
Bauspareinlagen	5.519
Baudarlehen	988
Rückzahlung von Bauspareinlagen auf noch nicht zugeteilte Bausparverträge	1.309
Fonds zur bauspartechnischen Absicherung	425
<i>Überschuss der Zuführungen</i>	
(Noch nicht ausgezahlte Beträge) am Ende des Geschäftsjahrs ²	55.106
Insgesamt	63.347

¹ Tilgungsbeträge sind die auf die reine Tilgung entfallenden Anteile der Tilgungsbeiträge.

² In dem Überschuss der Zuführungen sind unter anderem enthalten:

- a) die noch nicht ausgezahlten Bauspareinlagen der zugeteilten Bausparverträge
- b) die noch nicht ausgezahlten Bauspardarlehen aus Zuteilungen

90 Millionen Euro
 3.723 Millionen Euro

107

41.
Deckungsrechnung für
das Hypotheken- und
Kommunalkreditgeschäft
der Hypothekenbanken

	Hypothekendarlehen 31.12.2017 in Mio. Euro	Hypothekendarlehen 31.12.2016 in Mio. Euro	Veränderung in Prozent	Öffentliche Pfundbriefe 31.12.2017 in Mio. Euro	Öffentliche Pfundbriefe 31.12.2016 in Mio. Euro	Veränderung in Prozent
Ordentliche Deckung	53.757	51.148	5,1	23.367	26.319	-11,2
Forderungen an Kreditinstitute	28	33	-15,2	489	741	-34,0
davon: Hypothekendarlehen	28	33	-15,2	-	-	-
Kommundarlehen	-	-	-	489	741	-34,0
Forderungen an Kunden	53.582	50.969	5,1	18.624	20.934	-11,0
davon: Hypothekendarlehen	53.582	50.969	5,1	57	74	-23,0
Kommundarlehen	-	-	-	18.567	20.860	-11,0
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere der Finanzanlagen	-	-	-	2.577	2.603	-1,0
Sachanlagen	147	146	0,7	1.677	2.041	-17,8
Erweiterte Deckung	2.253	1.784	26,3	132	187	-29,4
Forderungen an Kreditinstitute	-	-	-	17	18	-5,6
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere der Finanzanlagen	2.253	1.784	26,3	115	169	-32,0
Summe Deckung	56.010	52.932	5,8	23.499	26.506	-11,3
Deckungspflichtige Pfandbriefe	-50.360	-46.344	8,7	-20.289	-23.275	-12,8
Nominale Überdeckung	5.650	6.588	-14,2	3.210	3.231	-0,6
Barwertige Überdeckung	9.312	10.199	-8,7	3.879	3.938	-1,5
Risikobarwertige Überdeckung	8.257	9.095	-9,2	3.416	3.498	-2,3

Die barwertige Deckungsrechnung führt zu höheren Überdeckungswerten als die nominale Überdeckung, da hier auch Zinsanteile berücksichtigt werden.

108

Laufzeitstruktur der im Umlauf
befindlichen Hypothekendarlehen
und öffentlichen Darlehen

	31.12.2017 in Mio. Euro	31.12.2016 in Mio. Euro	Veränderung in Prozent
Hypothekendarlehen	50.360	46.344	8,7
≤ 6 Monate	1.919	1.735	10,6
> 6 Monate und ≤ 12 Monate	1.799	1.937	-7,1
> 12 Monate und ≤ 18 Monate	2.023	1.368	47,9
> 18 Monate und ≤ 2 Jahre	2.718	1.981	37,2
> 2 Jahre und ≤ 3 Jahre	3.630	4.207	-13,7
> 3 Jahre und ≤ 4 Jahre	3.458	3.574	-3,2
> 4 Jahre und ≤ 5 Jahre	4.482	3.424	30,9
> 5 Jahre und ≤ 10 Jahre	17.316	16.131	7,3
> 10 Jahre	13.015	11.987	8,6
Öffentliche Darlehen	20.289	23.275	-12,8
≤ 6 Monate	716	1.909	-62,5
> 6 Monate und ≤ 12 Monate	1.941	1.112	74,6
> 12 Monate und ≤ 18 Monate	637	711	-10,4
> 18 Monate und ≤ 2 Jahre	1.370	1.950	-29,7
> 2 Jahre und ≤ 3 Jahre	2.091	2.064	1,3
> 3 Jahre und ≤ 4 Jahre	1.285	2.209	-41,8
> 4 Jahre und ≤ 5 Jahre	798	1.390	-42,6
> 5 Jahre und ≤ 10 Jahre	4.788	5.234	-8,5
> 10 Jahre	6.663	6.696	-0,5

109

Zinsbindungsfrist der Deckungsmassen	31.12.2017 in Mio. Euro	31.12.2016 in Mio. Euro	Veränderung in Prozent
Hypothekendarlehen	56.010	52.932	5,8
≤ 6 Monate	2.799	1.896	47,6
> 6 Monate und ≤ 12 Monate	2.304	2.978	-22,6
> 12 Monate und ≤ 18 Monate	2.170	2.225	-2,5
> 18 Monate und ≤ 2 Jahre	2.183	2.624	-16,8
> 2 Jahre und ≤ 3 Jahre	4.841	4.688	3,3
> 3 Jahre und ≤ 4 Jahre	5.069	4.695	8,0
> 4 Jahre und ≤ 5 Jahre	5.031	4.423	13,7
> 5 Jahre und ≤ 10 Jahre	19.812	19.331	2,5
> 10 Jahre	11.801	10.072	17,2
Öffentliche Pfandbriefe	23.499	26.506	-11,3
≤ 6 Monate	1.110	1.492	-25,6
> 6 Monate und ≤ 12 Monate	902	1.575	-42,7
> 12 Monate und ≤ 18 Monate	917	1.128	-18,7
> 18 Monate und ≤ 2 Jahre	988	916	7,9
> 2 Jahre und ≤ 3 Jahre	1.721	2.002	-14,0
> 3 Jahre und ≤ 4 Jahre	1.381	1.780	-22,4
> 4 Jahre und ≤ 5 Jahre	1.246	1.378	-9,6
> 5 Jahre und ≤ 10 Jahre	5.896	6.443	-8,5
> 10 Jahre	9.338	9.792	-4,6

Zum Abschlussstichtag befinden sich 85 Objekte (Vorjahr: 124) in Zwangsverwaltung. Bei den in Deckung befindlichen Hypothekendarlehen bestehen Leistungsrückstände auf zu leistende Zinsen in Höhe von 1 Million Euro (Vorjahr: 1 Million Euro).

110

42.
Vorstand des BVR

Uwe Fröhlich (Präsident bis 31. Oktober 2017)
Marija Kolak (Präsidentin seit 1. Januar 2018)
Gerhard P. Hofmann
Dr. Andreas Martin

Berlin, den 2. Juli 2018

Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken
BVR

Der Vorstand

Marija Kolak

Gerhard P. Hofmann

Dr. Andreas Martin

111

Anlage: Maßgebende Rechnungslegungs- grundsätze

112

Grundlagen der Aufstellung des Konsolidierten Jahresabschlusses

Der vom Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e.V. (BVR) erstellte Konsolidierte Jahresabschluss der Genossenschaftlichen FinanzGruppe Volksbanken Raiffeisenbanken für den Zeitraum 1. Januar bis 31. Dezember 2017 ist gemäß den nachfolgend dargestellten Rechnungslegungsgrundsätzen für einen speziellen Zweck zu erstellen. Er dient zu Informationszwecken und zur Darstellung der geschäftlichen Entwicklung der unter Risiko- und Strategiegesichtspunkten als wirtschaftliche Einheit betrachteten genossenschaftlichen FinanzGruppe. Darüber hinaus wurde der Abschluss zur Einhaltung der Vorschriften des Artikel 113 Absatz 7 Buchstabe e) Verordnung (EU) Nr. 575/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 über Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen und zur Änderung der Verordnung (EU) Nummer 648/2012 (Capital Requirements Regulation – CRR) aufgestellt.

Der Konsolidierte Jahresabschluss hat folgende Bestandteile zu enthalten:

- Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 (gemäß IAS 1.81A bis IAS 1.105)
- Gesamtergebnisrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 (gemäß IAS 1.81A bis IAS 1.105)
- Bilanz zum 31. Dezember 2017 (gemäß IAS 1.54 bis IAS 1.80A)
- Eigenkapitalveränderungsrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 (gemäß IAS 1.106 bis IAS 1.110)
- Kapitalflussrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 (gemäß IAS 7.1 bis IAS 7.47)
- Erläuternde Angaben zum Konsolidierten Jahresabschluss
- Lagebericht inklusive Risikobericht für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017

Der Konsolidierte Jahresabschluss ist unter Angabe von Vorjahresvergleichswerten zu erstellen. Der Konsolidierte Jahresabschluss ist in Euro aufzustellen. Sofern nicht gesondert darauf hingewiesen wird, sind alle Beträge in Millionen Euro (Mio. Euro) darzustellen. Es ist kaufmännisch zu runden.

Konsolidierungskreis

Der Konsolidierte Jahresabschluss hat unabhängig von dem Vorliegen eines Konzernatbestands nach anderen nationalen oder internationalen Rechnungslegungsgrundsätzen als konsolidierte Einheiten neben allen zum Stichtag bestehenden Primärbanken (Volksbanken und Raiffeisenbanken, Sparda- und PSD Banken, Deutsche Apotheker- und Ärztebank eG sowie Sonderinstitute), alle in den IFRS-Konzern der DZ BANK AG Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank, Frankfurt am Main (DZ BANK) einbezogenen Unternehmen, die Münchener Hypothekbank eG (MHB), die Sicherungseinrichtung des BVR und die BVR Institutssicherung GmbH zu umfassen.

Konsolidierungsgrundsätze

Die konsolidierten Unternehmen haben ihren Jahresabschluss auf den Stichtag 31. Dezember aufzustellen.

Die Kapitalkonsolidierung ist nach der Erwerbsmethode unter analoger Anwendung des IFRS 3.4 ff. in Verbindung mit IFRS 10 durch die Verrechnung der Anschaffungskosten eines Tochterunternehmens mit dem Anteil am zum jeweiligen Zeitpunkt der Erlangung der Beherrschung neu bewerteten Eigenkapital, das den Mutterunternehmen zuzurechnen ist, vorzunehmen. Hierdurch werden die Mehrfachbelegung anerkenntnisfähiger Eigenmittelbestandteile sowie jede etwaige unangemessene Bildung von Eigenmitteln für aufsichtsrechtliche Zwecke zwischen den oben aufgeführten Unternehmen des Konsolidierungskreises beseitigt. Aktivierte Unterschiedsbeträge sind als Geschäfts- oder Firmenwerte in den Sonstigen Aktiva auszuweisen und grundsätzlich einem jährlichen Werthaltigkeitstest gemäß IAS 36.80-108 zu unterziehen. Passivisierte Unterschiedsbeträge sind im Entstehungszeitpunkt erfolgswirksam zu erfassen. Nicht den Mutterunternehmen zuzurechnende Anteile am Nettovermögen von Tochterunternehmen sind im Eigenkapital als nicht beherrschende Anteile auszuweisen.

Anteile an Gemeinschaftsunternehmen und an assoziierten Unternehmen gemäß IFRS 11.4-19 sind grundsätzlich nach der Equity-Methode gemäß IAS 28.3 zu bilanzieren und unter den Finanzanlagen auszuweisen.

Vermögenswerte und Schulden sowie Erträge und Aufwendungen innerhalb der genossenschaftlichen

113

FinanzGruppe sind miteinander zu verrechnen. Zwischenergebnisse aus Transaktionen innerhalb der gewossenschaftlichen FinanzGruppe sind zu eliminieren.

Finanzinstrumente

Finanzinstrumente sind zum Zugangszeitpunkt den nachfolgend festgelegten Kategorien zuzuordnen, sofern ihre Merkmale und Verwendungsabsicht die Kriterien der entsprechenden Kategorie erfüllen. Es werden die folgenden Kategorien definiert:

Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete Finanzinstrumente („Financial instruments at fair value through profit or loss“)

Finanzinstrumente dieser Kategorie sind erfolgswirksam mit dem beizulegenden Zeitwert zu bewerten. Die Kategorie hat sich aus den folgenden Unterkategorien zusammensetzen:

Zu Handelszwecken gehalten eingestufte Finanzinstrumente („Financial instruments held for trading“)

Der Unterkategorie „Zu Handelszwecken gehalten eingestufte Finanzinstrumente“ sind finanzielle Vermögenswerte und finanzielle Verbindlichkeiten zuzuordnen, die mit der Absicht der kurzfristigen Weiterveräußerung oder Rückzahlung erworben beziehungsweise ausgegeben werden, die Teil eines Portfolios eindeutig identifizierter und gemeinsam gesteuerter Finanzinstrumente sind, für das in der jüngeren Vergangenheit Hinweise auf kurzfristige Gewinnrealisierungen bestehen, oder bei denen es sich um derivative Finanzinstrumente handelt, die nicht als Sicherungsinstrumente in effektiven Sicherungsbeziehungen designiert sind.

Bedingte Gegenleistungen im Rahmen von Unternehmenszusammenschlüssen („contingent considerations“)

Dieser Unterkategorie sind bedingte Gegenleistungen zuzuordnen, die der Erwerber im Rahmen eines Unternehmenszusammenschlusses als finanzielle Vermögenswerte oder finanzielle Verbindlichkeiten klassifiziert hat.

Zur erfolgswirksamen Bewertung mit dem beizulegenden Zeitwert eingestufte Finanzinstrumente („Financial instruments designated at fair value through profit or loss“, „Fair Value Option“)

Der Unterkategorie „Zur erfolgswirksamen Bewertung mit dem beizulegenden Zeitwert eingestufte Finanzinstrumente“ dürfen durch Ausübung der Fair Value Option finanzielle Vermögenswerte und Ver-

bindlichkeiten zugeordnet werden, wenn hierdurch Ansatz- oder Bewertungsinkongruenzen (Rechnungslegungsanomalien) beseitigt oder erheblich vermindert werden, diese als Portfolio auf Basis des beizulegenden Zeitwerts gesteuert werden oder ein oder mehrere trennungspflichtige eingebettete Derivate enthalten.

Bis zur Endfälligkeit gehaltene Finanzinvestitionen („Held-to-maturity investments“)

Der Kategorie „Bis zur Endfälligkeit gehaltene Finanzinvestitionen“ können nicht derivative finanzielle Vermögenswerte mit festen oder bestimmbareren Zahlungen sowie einer festen Laufzeit zugeordnet werden, bei denen die Absicht und die Fähigkeit bestehen, diese bis zur Endfälligkeit zu halten. Die Bewertung hat zu fortgeführten Anschaffungskosten zu erfolgen. Agien und Disagien sind über die Laufzeit zu verteilen.

Kredite und Forderungen („Loans and receivables“)

Die Kategorie „Kredite und Forderungen“ hat nicht derivative finanzielle Vermögenswerte mit festen oder bestimmbareren Zahlungen zu umfassen, die nicht an einem aktiven Markt notiert sind. Die Bewertung von Krediten und Forderungen hat zu fortgeführten Anschaffungskosten zu erfolgen. Agien und Disagien sind über die Laufzeit zu verteilen.

Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte („Available-for-sale financial assets“)

Als „Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte“ sind finanzielle Vermögenswerte zu kategorisieren, die keiner anderen Bewertungskategorie zugeordnet werden können. Die Bewertung hat mit dem beizulegenden Zeitwert zu erfolgen. Änderungen des beizulegenden Zeitwerts zwischen zwei Abschlussstichtagen sind erfolgsneutral zu erfassen. Der bilanzielle Ausweis der Änderungen des beizulegenden Zeitwerts hat in der Neubewertungsrücklage im Eigenkapital zu erfolgen. Bei der Veräußerung von finanziellen Vermögenswerten dieser Kategorie sind in der Neubewertungsrücklage erfasste Gewinne und Verluste erfolgswirksam in die Gewinn- und Verlustrechnung umzugliedern. Eigenkapitalinstrumente dieser Kategorie sind zu Anschaffungskosten zu bewerten, wenn der beizulegende Zeitwert nicht zuverlässig ermittelt werden kann.

114

Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete finanzielle Verbindlichkeiten („Financial liabilities measured at amortised cost“)

Unter diese finanziellen Verbindlichkeiten fallen sämtliche finanziellen Verbindlichkeiten, die zu fortgeführten Anschaffungskosten zu bewerten sind.

Gemäß den Vorschriften des IAS 32.15-32 sind Anteile an Personengesellschaften in der Regel als Fremdkapitalinstrumente zu klassifizieren. Aufgrund ihres nachrangigen Charakters gegenüber den Verbindlichkeiten der jeweiligen Personengesellschaften sind nicht beherrschende Anteile als Nachrangkapital auszuweisen. Auf nicht beherrschende Anteile entfallende Ergebnisse sind in den Sonstigen Passiva zu erfassen, sofern das hieraus resultierende Passivum keinen nachrangigen Charakter aufweist. Das auf nicht beherrschende Anteile entfallende Kapital und Ergebnis von Personengesellschaften ist als „Auf Verlangen rückzahlbares Anteilskapital“ zu bezeichnen und der Kategorie „Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete finanzielle Verbindlichkeiten“ zuzuordnen.

Darüber hinaus sind Verbindlichkeiten aus Ausgleichszahlungsverpflichtungen gegenüber nicht beherrschenden Anteilen an konsolidierten Tochterunternehmen dieser Kategorie zuzuordnen. Diese Verbindlichkeiten entstehen, wenn ein von der genossenschaftlichen FinanzGruppe beherrschtes Unternehmen einen Gewinnabführungsvertrag gemäß § 291 Absatz 1 Aktiengesetz (AktG) mit einem Tochterunternehmen geschlossen hat, bei welchem nicht beherrschende Anteile existieren. Verbindlichkeiten aus Ausgleichszahlungsverpflichtungen sind in Höhe des auf den Abschlussstichtag diskontierten Betrags der Verpflichtung zu bilanzieren.

Verbindlichkeiten aus Kapitalisierungsgeschäften, die nicht den fondsgebundenen Versicherungen zuzuordnen sind, sind ebenfalls der Kategorie „Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete finanzielle Verbindlichkeiten“ zuzuordnen. Mangels Übernahme eines signifikanten Versicherungsrisikos erfüllen diese Kapitalisierungsverträge nicht die Kriterien eines Versicherungsvertrags nach IFRS 4 Anhang A und sind infolgedessen als Finanzinstrumente gemäß den oben definierten Grundsätzen zu bilanzieren.

Weitere Finanzinstrumente

Die weiteren Finanzinstrumente haben versicherungsspezifische finanzielle Vermögenswerte und finanzielle Verbindlichkeiten, Forderungen und Verbindlichkeiten aus Finanzierungs-Leasingverhältnissen

oder Verbindlichkeiten aus Finanzgarantien zu umfassen.

Die Bilanzierung und Bewertung der versicherungsspezifischen finanziellen Vermögenswerte und finanziellen Verbindlichkeiten sowie der Forderungen und Verbindlichkeiten aus Finanzierungs-Leasingverhältnissen hat nach den genannten Grundsätzen in diesem Abschnitt sowie in den Abschnitten Versicherungsgeschäft beziehungsweise Leasingverhältnisse zu erfolgen.

Verbindlichkeiten aus Finanzgarantien sind beim Garantiegeber zum Zeitpunkt der Zusage bilanziell in Höhe des beizulegenden Zeitwerts als Verbindlichkeit zu erfassen. Der beizulegende Zeitwert hat in der Regel dem Barwert der für die Übernahme der Finanzgarantie erhaltenen Gegenleistung zu entsprechen. Im Rahmen der Folgebewertung ist die Verpflichtung mit dem höheren Wert einer zu bildenden Rückstellung oder mit dem ursprünglichen Betrag abzüglich einer nachfolgend erfassten Amortisation zu bewerten.

Anwendung der Fair Value Option

Im Konsolidierten Jahresabschluss ist die Fair Value Option auf Grundlage sämtlicher Anwendungsfälle des IAS 39.9 wahrzunehmen. Die Fair Value Option ist zur Vermeidung oder wesentlichen Verminderung von Rechnungslegungsanomalien einzusetzen, die aus der abweichenden Bewertung von nicht derivativen Finanzinstrumenten und zu deren Absicherung abgeschlossenen derivativen Finanzinstrumenten resultieren. Derivative Finanzinstrumente sind erfolgswirksam mit dem beizulegenden Zeitwert zu bewerten, während bei nicht derivativen Finanzinstrumenten grundsätzlich die Bewertung zu fortgeführten Anschaffungskosten zu erfolgen hat oder Veränderungen des beizulegenden Zeitwerts erfolgsneutral zu erfassen sind. Sind die Voraussetzungen zur Bilanzierung von Sicherungsbeziehungen nicht erfüllt, führt dies zu Rechnungslegungsanomalien, die durch die Ausübung der Fair Value Option in bedeutendem Umfang vermindert werden. Im Zusammenhang mit der Vermeidung von Rechnungslegungsanomalien hat die Ausübung der Fair Value Option bei finanziellen Vermögenswerten für Forderungen an Kreditinstitute und Kunden sowie für auf den Inhaber lautende Anleihen und Schuldverschreibungen zu erfolgen. Bei ausgewählten Eigenanlagen sind Risiken und Ergebnisse auf Basis des beizulegenden Zeitwerts zu ermitteln. Darüber hinaus ist die Fair Value Option bei strukturierten finanziellen Vermögenswerten und

115

finanziellen Verbindlichkeiten mit trennungspflichtigen eingebetteten derivativen Finanzinstrumenten anzuwenden, sofern eine gesonderte Bewertung der eingebetteten derivativen Finanzinstrumente nicht möglich ist und die finanziellen Vermögenswerte und finanziellen Verbindlichkeiten nicht als zu Handelszwecken gehalten eingestuft sind.

Erstmaliger Ansatz und Ausbuchung von finanziellen Vermögenswerten und finanziellen Verbindlichkeiten

Der erstmalige Ansatz von derivativen Finanzinstrumenten hat am Handelstag zu erfolgen. Marktübliche Käufe und Verkäufe von nicht derivativen finanziellen Vermögenswerten sind am Erfüllungstag zu bilanzieren. Bei konsolidierten Investmentfonds und Emissionen von bestimmten Wertpapieren hat die Bilanzierung am Handelstag zu erfolgen.

Sämtliche Finanzinstrumente sind beim erstmaligen Ansatz mit dem beizulegenden Zeitwert zu bewerten. Im Falle von finanziellen Vermögenswerten oder finanziellen Verbindlichkeiten, die in der Folge nicht erfolgswirksam mit dem beizulegenden Zeitwert zu bewerten sind, hat der Ansatz unter Berücksichtigung von Transaktionskosten zu erfolgen, die direkt dem Erwerb oder der Emission zuzurechnen sind.

Finanzielle Vermögenswerte sind auszubuchen, wenn die vertraglichen Rechte auf Zahlungsströme aus den finanziellen Vermögenswerten auslaufen oder diese auf Dritte übertragen wurden und keine substantiellen Chancen und Risiken aus den finanziellen Vermögenswerten verbleiben. Sind die Ausbuchungskriterien für finanzielle Vermögenswerte nicht erfüllt, ist die Übertragung an Dritte als besicherte Kreditaufnahme zu bilanzieren. Finanzielle Verbindlichkeiten sind auszubuchen, wenn die vertraglichen Verpflichtungen beglichen beziehungsweise aufgehoben wurden oder ausgelaufen sind.

Wertberichtigungen und Wertaufholungen von finanziellen Vermögenswerten

Finanzielle Vermögenswerte, die nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert zu bewerten sind, sind an jedem Abschlussstichtag daraufhin zu überprüfen, ob objektive Hinweise auf Wertminderungen bestehen.

Wichtige objektive Hinweise auf Wertminderungen von Fremdkapitalinstrumenten sind finanzielle Schwierigkeiten des Emittenten oder des Schuldners, Ausfälle oder Verzug von Zins- und Tilgungszahlungen, die Nichteinhaltung von vertraglich

vereinbarten Nebenabreden und der vertraglich vereinbarten Bereitstellung von Sicherheiten sowie erhebliche Herabstufungen des Ratings beziehungsweise die Einstufung des Geschäftspartners in ein Ausfallrating. Bei Verbriefungspositionen ist die Beurteilung der der Verbriefung zugrunde liegenden Vermögenswerte für die Feststellung der Werthaltigkeit erforderlich.

Bedeutende objektive Hinweise auf Wertminderungen von Eigenkapitalinstrumenten sind eine nachhaltige Verschlechterung der Ertragslage, eine nachhaltige Erzielung von Verlusten oder der Verzehr des Eigenkapitals, signifikante Änderungen mit nachteiligen Folgen im technologischen, marktbezogenen, wirtschaftlichen oder rechtlichen Umfeld des Emittenten sowie eine mit diesen Sachverhalten in Beziehung stehende signifikante oder länger anhaltende Abnahme des beizulegenden Zeitwerts.

Sofern der Wertverlust auf den beizulegenden Zeitwert größer als 20 Prozent gegenüber den durchschnittlichen Anschaffungskosten ist oder eine über sechs Monate andauernde Verschlechterung des beizulegenden Zeitwerts unter den durchschnittlichen Anschaffungskosten vorliegt, können Indikatoren für eine Wertminderung bestehen.

Bei Wertpapieren kann das Verschwinden eines aktiven Markts für einen finanziellen Vermögenswert aufgrund von finanziellen Schwierigkeiten des Emittenten ein Hinweis auf einen Wertberichtigungsbedarf sein.

Eingebettete Derivate

Eingebettete derivative Finanzinstrumente, die mit einem nicht derivativen Finanzinstrument (Basisvertrag) zu einem zusammengesetzten Finanzinstrument kombiniert werden, sind grundsätzlich dann vom Basisvertrag abzuspalten und gesondert zu bilanzieren und zu bewerten, wenn ihre wirtschaftlichen Merkmale und Risiken nicht eng mit den wirtschaftlichen Merkmalen und Risiken des Basisvertrags verbunden sind, ein eigenständiges Instrument mit den gleichen Bedingungen die Definition eines Derivats erfüllen würde und das Gesamtinstrument nicht erfolgswirksam mit dem beizulegenden Zeitwert bewertet wird. Sind diese Voraussetzungen nicht erfüllt, darf das eingebettete Derivat nicht vom Basisvertrag getrennt werden. Soweit eine Abspaltung vorzunehmen ist, sind die einzelnen Komponenten des zusammengesetzten Finanzinstruments nach den Regelungen für die jeweiligen originären Finanzinstrumente zu bilanzieren und zu bewerten.

116

Bilanzierung von Sicherungsgeschäften

Absicherungen des beizulegenden Zeitwerts

Durch die Bilanzierung von Absicherungen des beizulegenden Zeitwerts sollen Änderungen von beizulegenden Zeitwerten der gesicherten Grundgeschäfte durch gegenläufige Änderungen der beizulegenden Zeitwerte der Sicherungsinstrumente ausgeglichen werden. Hierzu sind die auf das gesicherte Risiko entfallenden Änderungen des beizulegenden Zeitwerts der gesicherten Grundgeschäfte sowie die Änderungen des beizulegenden Zeitwerts der Sicherungsinstrumente erfolgswirksam in der Gewinn- und Verlustrechnung zu erfassen. Die Absicherungen haben sowohl durch Designation individueller Sicherungsbeziehungen als auch von Sicherungsbeziehungen auf Portfoliobasis zu erfolgen.

Gesicherte Grundgeschäfte der Kategorien „Kredite und Forderungen“ und „Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete finanzielle Verbindlichkeiten“ sowie Forderungen aus Finanzierungs-Leasingverhältnissen sind entsprechend den dargestellten Bewertungsgrundsätzen für Finanzinstrumente zu bewerten und jeweils um die auf das gesicherte Risiko entfallende Änderung des beizulegenden Zeitwerts anzupassen. Gesicherte Grundgeschäfte der Kategorie „Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte“ sind mit dem beizulegenden Zeitwert zu bewerten, wobei nur über die gesicherten Änderungen des beizulegenden Zeitwerts hinausgehende Änderungen im erfolgsneutralen Konzernergebnis zu erfassen sind. Aus gesicherten Grundgeschäften sowie aus Sicherungsinstrumenten resultierende Zinserträge und Zinsaufwendungen sind im Zinsüberschuss zu erfassen.

Soweit Absicherungen des beizulegenden Zeitwerts gegen Zinsrisiken auf Portfoliobasis erfolgen, sind die kumulierten und auf das gesicherte Risiko entfallenden Änderungen des beizulegenden Zeitwerts für Portfolios finanzieller Vermögenswerte im Bilanzposten Sonstige Aktiva innerhalb der Wertbeiträge aus Portfolioabsicherungen von finanziellen Vermögenswerten und für Portfolios finanzieller Verbindlichkeiten im Bilanzposten Sonstige Passiva innerhalb der Wertbeiträge aus Portfolioabsicherungen von finanziellen Verbindlichkeiten auszuweisen.

Absicherungen von Zahlungsströmen

Die Bewertung der Sicherungsinstrumente hat mit dem beizulegenden Zeitwert zu erfolgen. Änderungen des beizulegenden Zeitwerts, die auf den

effektiven Teil der Sicherungsbeziehung entfallen, sind erfolgsneutral zu erfassen. Änderungen des beizulegenden Zeitwerts, die auf den ineffektiven Teil der Sicherungsbeziehung entfallen, sind erfolgswirksam zu erfassen. Die Bilanzierung und Bewertung der gesicherten Grundgeschäfte hat nach den allgemeinen Grundsätzen der zugeordneten Bewertungskategorie zu erfolgen. Nach der Beendigung einer Sicherungsbeziehung werden die erfolgsneutral gebuchten Wertänderungen zu dem Zeitpunkt erfolgswirksam, zu dem die gesicherten Grundgeschäfte oder Transaktionen die Gewinn- und Verlustrechnung beeinflussen.

Absicherungen von Nettoinvestitionen in ausländische Geschäftsbetriebe

Die Bilanzierung von Absicherungen von Nettoinvestitionen in ausländische Geschäftsbetriebe hat der Bilanzierung von Absicherungen von Zahlungsströmen zu entsprechen.

Währungsumrechnung

Sämtliche monetären Vermögenswerte und Schulden sowie noch nicht abgewickelte Kassageschäfte sind mit dem Stichtagskurs in die jeweilige funktionale Währung des einbezogenen Unternehmens umzurechnen. Sorten sind mit dem Sortenankaufkurs am Abschlussstichtag zu bewerten. Die Umrechnung nicht monetärer Vermögenswerte und Schulden hat sich nach den für sie angewendeten Bewertungsmaßstäben zu richten. Soweit nicht monetäre Vermögenswerte zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet werden, ist die Umrechnung mit dem historischen Kurs vorzunehmen. Mit dem beizulegenden Zeitwert bewertete nicht monetäre Vermögenswerte sind mit dem Stichtagskurs umzurechnen. Erträge und Aufwendungen sowie Gewinne und Verluste sind zum Zeitpunkt ihrer erfolgswirksamen oder erfolgsneutralen Erfassung umzurechnen.

Falls die funktionale Währung der in den konsolidierten Abschluss einbezogenen Unternehmen von der Berichtswährung Euro abweicht, sind sämtliche Vermögenswerte und Schulden mit dem Kurs am Abschlussstichtag umzurechnen. Die Umrechnung des Eigenkapitals hat mit historischen Kursen und die Umrechnung von Erträgen und Aufwendungen mit Durchschnittskursen zu erfolgen. Aus dieser Vorgehensweise resultierende Unterschiedsbeträge sind in der Rücklage aus der Währungsumrechnung auszuweisen.

117

Versicherungsgeschäft

Allgemeine Erläuterungen zur Bilanzierung des Versicherungsgeschäfts

Versicherungsverträge sind gemäß den Vorschriften des IFRS 4.13-35 zu bilanzieren. Kapitalisierungsgeschäfte sind als Finanzinstrumente einzustufen und gemäß den genannten Grundsätzen zu bilanzieren. Für Dienstleistungsverträge gelten die Vorschriften des IAS 18.20-28 zur Ertragsvereinnahmung.

Das Versicherungsgeschäft der genossenschaftlichen FinanzGruppe ist in der Gewinn- und Verlustrechnung sowie in der Bilanz grundsätzlich in versicherungsspezifischen Posten auszuweisen.

Finanzielle Vermögenswerte und finanzielle Verbindlichkeiten

Die Bilanzierung und Bewertung von finanziellen Vermögenswerten und finanziellen Verbindlichkeiten, die im Rahmen des Versicherungsgeschäfts gehalten oder eingegangen werden, hat nach den dargestellten Rechnungslegungsgrundsätzen für Finanzinstrumente zu erfolgen. Der Ausweis der finanziellen Vermögenswerte und finanziellen Verbindlichkeiten hat in den Kapitalanlagen der Versicherungsunternehmen, den Sonstigen Aktiva und den Sonstigen Passiva der Versicherungsunternehmen zu erfolgen. Wertberichtigungen von in den Kapitalanlagen und den Sonstigen Aktiva der Versicherungsunternehmen erfassten finanziellen Vermögenswerten werden direkt im Buchwert vorgenommen.

Leistungsverpflichtungen aus Kapitalisierungsverträgen, bei denen im Rahmen des Versicherungsabschlusses kein wesentliches Versicherungsrisiko übernommen wird, sind in den Sonstigen Passiva der Versicherungsunternehmen zu erfassen. Sie sind unter den Verbindlichkeiten aus Kapitalisierungsgeschäften auszuweisen. Die diesen Verträgen zugrunde liegenden Finanzinstrumente sind im Vermögen für Rechnung und Risiko von Arbeitnehmern, Arbeitgebern und Inhabern von Lebensversicherungspolice unter den Kapitalanlagen der Versicherungsunternehmen auszuweisen.

Investment Property

Das in den Kapitalanlagen der Versicherungsunternehmen enthaltene Investment Property ist nach dem Anschaffungskostenmodell zu fortgeführten Anschaffungs- oder Herstellungskosten zu bewerten. Niedrig verzinsliche, nicht verzinsliche und erlassbare Darlehen sind wie Zuwendungen der öffentlichen Hand zu bilanzieren. Der Umfang der

Förderung beziehungsweise die Zuwendungen der öffentlichen Hand sind bei der Feststellung des Buchwerts des Vermögenswerts abzuziehen und mittels eines reduzierten Abschreibungsbetrags über die Dauer der Förderung in der Gewinn- und Verlustrechnung zu erfassen.

Die erzielbaren Werte von Immobilien sind im Rahmen von Werthaltigkeitstests gemäß den Regelungen des IFRS 13.27-33 zu ermitteln. Hierzu sind normierte Bewertungsverfahren zu verwenden, die auf den Vorschriften der deutschen Immobilienwertermittlungsverordnung, der Wertermittlungsrichtlinie und des Baugesetzbuchs basieren. Demgemäß sind die Verkehrswerte der Immobilien mittels Vergleichswert-, Ertragswert- oder Sachwertverfahren sowie anhand der Bestimmungen der abgeschlossenen Verträge zu ermitteln.

Werterhöhende Ausgaben, die zu einer Verlängerung der Nutzungsdauer oder zu einer erheblichen Verbesserung der Gebäudesubstanz führen, sind zu aktivieren. Instandhaltungsaufwendungen und Reparaturen sind als Aufwendungen zu erfassen.

Versicherungstechnische Rückstellungen

Versicherungstechnische Rückstellungen sind entsprechend den nationalen Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) sowie anderen zusätzlich für Versicherungsunternehmen geltenden nationalen Rechnungslegungsvorschriften anzusetzen und zu bewerten. Der Ansatz der versicherungstechnischen Rückstellungen hat vor Abzug des als Vermögenswert ausgewiesenen Anteils der Rückversicherer zu erfolgen.

Beitragsüberträge

Die Rückstellung für Beitragsüberträge hat bereits vereinnahmte Beiträge, die auf zukünftige Perioden entfallen, zu umfassen.

Die Beitragsüberträge im selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft der Schaden- und Unfallversicherung sind grundsätzlich aus den gebuchten Bruttobeiträgen nach dem 360stel-System zu berechnen. Für die Ermittlung der nicht übertragungsfähigen Einnahmeanteile ist das Schreiben des Bundesministeriums der Finanzen vom 30. April 1974 zugrunde zu legen.

Die Beitragsüberträge in der Lebensversicherung sind unter Berücksichtigung der Beginn- und Fälligkeitstermine jeder einzelnen Versicherung und nach Abzug von nicht übertragungsfähigen Beitragsteilen zu ermitteln.

118

Der Anteil der Beitragsüberträge für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft ist gemäß den Vorschriften der einzelnen Rückversicherungsverträge zu ermitteln.

Deckungsrückstellung

Die Deckungsrückstellung dient der dauernden Erfüllung der garantierten Ansprüche auf künftige Versicherungsleistungen. Hier sind garantierte Ansprüche der Versicherten in der Lebensversicherung und in der Unfallversicherung mit Beitragsrückgewähr sowie die Alterungsrückstellung in der Krankenversicherung auszuweisen.

Die Deckungsrückstellung in der Lebensversicherung und in der Unfallversicherung mit Beitragsrückgewähr ist gemäß genehmigten Geschäftsplänen beziehungsweise den Grundsätzen, die den zuständigen Aufsichtsbehörden dargelegt wurden, generell einzelvertraglich unter Berücksichtigung der Beginnstermine zu ermitteln. Dabei hat in der Lebensversicherung mit Ausnahme der fondsgebunden Versicherungen und der Kontoführungstarife sowie in der Unfallversicherung mit Ausnahme der beitragspflichtigen Verträge mit Beginn vor 1982 die prospektive Methode zur Anwendung zu kommen, in den übrigen Tarifen die retrospektive Methode. Einzelvertraglich negative Deckungsrückstellungen sind bilanziell mit null Euro anzusetzen.

Die Rechnungsgrundlagen bestimmen sich nach den aktuellen Empfehlungen der Deutschen Aktuarvereinigung e.V., Köln (DAV), und der Aufsichtsbehörde sowie anderen nationalen Rechtsvorschriften und Regelungen. Die Zinssätze richten sich in der Regel nach den gesetzlich vorgeschriebenen Höchstrechnungszinsen. Die Rechnungsgrundlagen gelten grundsätzlich vom Vertragsabschluss bis zum Ablauf des Vertrags.

Bei der Berechnung der Deckungsrückstellung war für Vertragsabschlüsse bis einschließlich 2014 im Allgemeinen das Zillmerverfahren anzuwenden. Seit dem Lebensversicherungsreformgesetz ist im Neugeschäft seit dem Geschäftsjahr 2015 größtenteils auf das Zillmerverfahren zu verzichten. Insbesondere sind nach dem Altersvermögensgesetz förderfähige Rentenversicherungen und Rentenversicherungen zu in Rückdeckung übernommenen Pensionsplänen nicht zu zillmern.

Aufwendungen für die Verwaltung sind in der Deckungsrückstellung für Verträge mit laufender Beitragszahlung implizit zu berücksichtigen. Bei

Versicherungen mit tariflich beitragsfreien Jahren, bei beitragsfrei gestellten Versicherungen und bei einem Teil des Altbestands ist eine Verwaltungskosterrückstellung zu bilden.

Deckungsrückstellungen in der Krankenversicherung sind einzelvertraglich und prospektiv auf Basis der technischen Berechnungsgrundlagen der Tarife zu berechnen. Negative Deckungsrückstellungen sind gegen positive Deckungsrückstellungen aufzurechnen. In die Berechnung gehen als Rechnungsgrundlagen insbesondere Annahmen in Bezug auf Kapitalanlageverzinsung, Sterblichkeit, Storno sowie Kosten ein.

Bei der Berechnung der prospektiv ermittelten Deckungsrückstellungen sind die Rechnungsgrundlagen über die gesamte Vertragslaufzeit beizubehalten. Falls die jährlich durchgeführten aktuariellen Analysen ein zu geringes Sicherheitsniveau bezüglich Biometrie oder Zins offenlegen, sind entsprechende Anpassungen vorzunehmen. Die biometrischen Rechnungsgrundlagen orientieren sich vor allem an den von der DAV veröffentlichten Sterbe- und Invalidisierungstafeln.

Seit dem Geschäftsjahr 2011 sind für Verträge oberhalb des Referenzzinssatzes Zinszusatzrückstellungen zu bilden. Für den Neubestand hat dies aufgrund der Regelungen der Deckungsrückstellungsverordnung (DeckRV) zu erfolgen. Bei Verträgen mit einem Rechnungszins oberhalb des in der DeckRV definierten Referenzzinssatzes ist eine Zinszusatzreserve zu bilden. Für Verträge des Altbestands ist mit Genehmigung der BaFin eine Zinsverstärkung vorzunehmen. Seit dem Geschäftsjahr 2016 sind dabei unternehmensindividuelle Storno- und Kapitalabfindungswahrscheinlichkeiten anzusetzen.

Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle

Die Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle hat Leistungsverpflichtungen aus Versicherungsfällen, bei denen die Höhe und/oder der Zeitpunkt der Zahlung noch nicht verlässlich ermittelt werden können, zu umfassen. Die Rückstellung ist für gemeldete, aber auch für bereits eingetretene, noch nicht gemeldete Versicherungsfälle zu bilden. Einzubeziehen sind sowohl interne als auch externe Aufwendungen sowie Schadenregulierungskosten.

Die Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle des selbst abgeschlossenen

119

Schaden- und Unfallversicherungsgeschäfts ist für bekannte Schadenfälle individuell zu ermitteln. Die Forderungen aus Regressen, Provenues und Teilungsabkommen sind zu verrechnen. Für die bis zum Abschlussstichtag eingetretenen oder verursachten, aber zum Abschlussstichtag noch nicht gemeldeten Schäden ist basierend auf den in Vorjahren beobachteten Nachmeldungen die Rückstellung um eine Spätschadenrückstellung zu erhöhen. Bei der Ermittlung sind statistische Schätzverfahren anzuwenden. Abgesehen von der Rentendeckungsrückstellung ist keine Abzinsung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle vorzunehmen. Die in diesem Posten ebenfalls enthaltenen Rückstellungen für Schadenregulierungsaufwendungen sind entsprechend den Vorschriften des koordinierten Ländererlasses vom 2. Februar 1973 beziehungsweise nach der Formel 48 (Verbandsformel) gemäß Schreiben vom 20. März 1973 zu berechnen. Demnach sind interne Schadenregulierungskosten für künftige Schadenfälle anhand der gegenwärtigen Aufwendungen mittels einer pauschalierten Schlüsselung hochzurechnen.

Die Ermittlung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle in den Lebensversicherungen, Pensionskassen und Pensionsfonds hat individuell zu erfolgen. Sie ist für bis zum Abschlussstichtag bereits eingetretene und gemeldete, aber noch nicht regulierte Versicherungsfälle zu bilden.

Für bis zum Abschlussstichtag eingetretene und gemeldete Versicherungsfälle (ohne Abläufe) sowie für Spätschäden ist eine Rückstellung für Regulierungsaufwendungen in Höhe von 1 Prozent der Schadenrückstellung zu bilden.

In der Krankenversicherung ist die Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle auf Basis der im Geschäftsjahr gezahlten Aufwendungen für Versicherungsfälle des Geschäftsjahres zu ermitteln. Dabei sind Erfahrungswerte der drei vorangegangenen Geschäftsjahre zugrunde zu legen. Forderungen aus Regressen sowie anstehende Erstattungen gemäß Arzneimittelmarktneuordnungsgesetz sind von der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle abzusetzen. In der bilanzierten Rückstellung sind die nach der steuerlichen Regelung ermittelten Schadenregulierungskosten enthalten. Der Anteil der Rückversicherer an der Rückstellung ist gemäß den Rückversicherungsverträgen zu ermitteln. Für rückversicherungsrelevante Versicherungsfälle sind gegebenenfalls fallbezogene Rückstellungen für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle zu bilden.

Rückstellung für Beitragsrückerstattung

Die Rückstellung für Beitragsrückerstattung (RfB) hat am Abschlussstichtag noch nicht fällige Verpflichtungen für Beitragsrückerstattungen an die Versicherten zu umfassen. Sie hat Beträge, die den Versicherungsnehmern gemäß gesetzlichen oder vertraglichen Regelungen für die erfolgsabhängige oder erfolgsunabhängige Überschussbeteiligung zugewiesen wurden, zu enthalten. Zusätzlich hat die RfB über die oben genannten Teile hinaus die aus zeitlich begrenzten kumulierten Ansatz- und Bewertungsunterschieden zwischen den Abschlussposten nach den vorliegenden maßgebenden Rechnungslegungsgrundsätzen und HGB resultierende latente Rückstellung für Beitragsrückerstattung (latente RfB) zu enthalten. Für erfolgsneutrale Bewertungsunterschiede wie zum Beispiel unrealisierte Gewinne und Verluste von zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten ist die korrespondierende latente RfB erfolgsneutral zu bilden, andernfalls sind die Veränderungen der Rückstellung erfolgswirksam zu berücksichtigen.

Die latente RfB im Schaden- und Unfallversicherungsgeschäft ist in Höhe von 90 Prozent des Differenzbetrags zwischen den Abschlussposten nach HGB und nach den vorliegenden maßgebenden Rechnungslegungsgrundsätzen nach Abzug latenter Steuern zu bilden.

Die RfB in den Lebensversicherungen, Pensionskassen und Pensionsfonds ist für Ansprüche der Versicherungsnehmer auf erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung zu bilden. Die dadurch gebundenen Mittel stehen grundsätzlich für eine künftige einzelvertragliche Zuteilung von Überschüssen an die Versicherungsnehmer zur Verfügung. Innerhalb der RfB ist zwischen Rückstellungen, die auf bereits festgelegte, aber noch nicht zugeteilte Überschussanteile (einschließlich der Beteiligung an Bewertungsreserven nach HGB) entfallen, dem Fonds, durch den künftige Schlusszahlungen finanziert werden, und der freien RfB zu unterscheiden. Die latente RfB ist in Höhe von 90 Prozent des Differenzbetrags zwischen den Abschlussposten nach HGB und nach den vorliegenden maßgebenden Rechnungslegungsgrundsätzen nach Abzug latenter Steuern zu bilden.

Die Rückstellung für Beitragsrückerstattung in der Krankenversicherung hat Beträge zu enthalten, die den Versicherungsnehmern gemäß gesetzlichen oder vertraglichen Regelungen für die erfolgsabhängige oder erfolgsunabhängige Überschussbe-

120

teilung zugewiesen wurden. Die latente RfB ist in Höhe von 80 Prozent des Differenzbetrags zwischen den Abschlussposten nach HGB und nach den vorliegenden maßgebenden Rechnungslegungsgrundsätzen nach Abzug latenter Steuern zu bilden.

Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen

Unter den sonstigen versicherungstechnischen Rückstellungen im Bereich der Schaden- und Unfallversicherung sind die Verpflichtungen aus der Mitgliedschaft im Verein Verkehrsofopferhilfe e.V., Berlin, entsprechend der Aufgabe des Vereins anzusetzen und die Rückstellung für unverbrauchte Beiträge aus ruhenden Kraftfahrtversicherungen einzelvertraglich zu ermitteln. Die Stornorückstellung ist aufgrund von Erfahrungssätzen der Vergangenheit zu errechnen. Die Drohverlustrückstellung ist auf Basis der operativen Planung zu bilden.

Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen sind im Bereich der Lebensversicherung einzelvertraglich aus schon fälligen, aber noch nicht gezahlten Beiträgen zu ermitteln, die noch nicht in die versicherungstechnische Rückstellung im Bereich der Lebensversicherung eingeflossen sind, soweit das Anlagerisiko von den Versicherungsnehmern getragen wird.

In den sonstigen versicherungstechnischen Rückstellungen der Krankenversicherung ist eine Stornorückstellung zu bilden. Die Stornorückstellung ist zur Berücksichtigung von erwarteten Verlusten zu bilden und ist auf Basis von Erfahrungswerten aus dem überrechnungsmäßigen vorzeitigen Abgang der negativen Teile der Alterungsrückstellung zu berechnen.

In Rückdeckung übernommenes Geschäft

Für das in Rückdeckung übernommene Geschäft sind die versicherungstechnischen Rückstellungen nach den Vorgaben der Zedenten zu bilanzieren. Sofern zum Abschlussstichtag keine Angaben vorliegen, ist die Rückstellung für das Geschäftsjahr zu schätzen. Maßgebend hierfür sind die vertraglichen Bedingungen und der bisherige Geschäftsverlauf. Bei einigen erfahrungsgemäß zu niedrig angesetzten Schadenrückstellungen der Zedenten sind nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung, nach aktuariellen Verfahren und nach Erfahrungswerten der Vergangenheit angemessene Erhöhungen vorzunehmen.

Pensionsfondstechnische und versicherungstechnische Rückstellungen, soweit das Anlagerisiko von Arbeitnehmern, Arbeitgebern und Inhabern von Lebensversicherungspolice getragen wird

Die pensionsfondstechnischen und versicherungstechnischen Rückstellungen, soweit das Anlagerisiko von Arbeitnehmern, Arbeitgebern und Inhabern von Lebensversicherungspolice getragen wird, repräsentieren einen weitgehend mit dem Vermögen für Rechnung und Risiko von Arbeitnehmern, Arbeitgebern und Inhabern von Lebensversicherungspolice korrespondierenden Posten. Hier sind die Ansprüche der Versicherungsnehmer an ihren jeweiligen Fondsanteilen auszuweisen, sofern es sich um Kapitalanlagen aus Verträgen handelt, die gemäß IFRS 4 zu bilanzieren sind. Sie sind mit dem beizulegenden Zeitwert auf Basis der zugrunde liegenden Finanzanlagen zu bewerten. Gewinne und Verluste des Fondsvermögens haben entsprechende analoge Veränderungen der Passivseite nach sich zu ziehen.

Angemessenheitstest für versicherungstechnische Verbindlichkeiten

Versicherungstechnische Verpflichtungen müssen regelmäßig mithilfe eines Angemessenheitstests für Verbindlichkeiten überprüft werden. Der Angemessenheitstest ermittelt, ob der Buchwert der versicherungstechnischen Rückstellungen aufgrund eines Vergleichs mit den erwarteten künftigen Cashflows erhöht werden muss.

Im Hinblick auf die versicherungstechnischen Rückstellungen der Krankenversicherungsunternehmen sind regelmäßig die Barwerte erwarteter künftiger Versicherungsleistungen und Kosten den Barwerten erwarteter künftiger Beitragszahlungen gegenüberzustellen.

L e a s i n g v e r h ä l t n i s s e

Ein Leasingverhältnis ist als Finanzierungs-Leasingverhältnis zu klassifizieren, wenn im Wesentlichen sämtliche mit dem Eigentum am Leasingobjekt verbundenen Chancen und Risiken vom Leasinggeber auf den Leasingnehmer übertragen werden. Verbleiben die Chancen und Risiken im Wesentlichen beim Leasinggeber, liegt ein Operating-Leasingverhältnis vor.

Genossenschaftliche FinanzGruppe als Leasinggeber

Bei einer Klassifizierung als Finanzierungs-Leasinggeberverhältnis ist eine Forderung gegenüber dem Leasingnehmer anzusetzen. Die Forderung ist mit dem Nettoinvestitionswert zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses zu bewerten. Die vereinnahmten Leasingraten sind in einen Zins- und Tilgungsanteil aufzuteilen. Der Zinsanteil ist als Zinsertrag auf der

121

Basis einer periodengerechten Abgrenzung zu vereinnahmen.

Soweit ein Leasingverhältnis als Operating-Leasingverhältnis klassifiziert wird, verbleibt das wirtschaftliche Eigentum am Leasinggegenstand beim Leasinggeber. Leasinggegenstände sind als Vermögenswerte auszuweisen. Die Bewertung von Leasinggegenständen hat mit den Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um Abschreibungen und Wertberichtigungen, zu erfolgen. Die Leasingraten sind – sofern nicht eine andere Art der Verteilung den Verlauf des Ertragsprozesses besser abbildet – gleichmäßig über die Vertragslaufzeit zu vereinnahmen und in den im Zinsüberschuss ausgewiesenen laufenden Erträgen aus Operating-Leasingverhältnissen auszuweisen.

Genossenschaftliche FinanzGruppe als Leasingnehmer

Bei einer Klassifizierung als Finanzierungs-Leasingnehmerverhältnis hat eine Aktivierung des Leasinggegenstands zum beizulegenden Zeitwert oder – soweit diesem ein geringerer Wert beizumessen ist – mit dem Barwert der zukünftigen Mindestleasingzahlungen zu erfolgen. Für die künftig zu zahlenden Mietraten ist eine Verpflichtung zu passivieren. Die Zinsaufwendungen sind periodengerecht abzugrenzen.

Aufwendungen aus Operating-Leasingverhältnissen sind periodengerecht über die jeweiligen Laufzeiten der Leasingverträge zu erfassen und als Verwaltungsaufwendungen auszuweisen.

E r t r ä g e

Zinsen und Dividenden

Zinsen sind abzugrenzen und periodengerecht zu erfassen.

Agien und Disagien sind über die Laufzeit der Finanzinstrumente aufzulösen. Zusätzlich anfallende, direkt zurechenbare Transaktionskosten sind ebenfalls abzugrenzen und über die Laufzeit zu verteilen, wenn diese unmittelbar mit dem Erwerb oder der Veräußerung eines finanziellen Vermögenswerts oder einer finanziellen Verbindlichkeit im Zusammenhang stehen. Hierzu zählen unter anderem vereinnahmte Abschlussgebühren, die direkt mit der Anbahnung von Bausparverträgen zusammenhängen.

Zinserträge aus und Zinsaufwendungen für derivative Finanzinstrumente, die ohne Handelsabsicht

abgeschlossen wurden oder zur Absicherung von „Zur erfolgswirksamen Bewertung mit dem beizulegenden Zeitwert eingestufteten Finanzinstrumenten“ eingesetzt werden, sind im Zinsüberschuss auszuweisen. Daneben sind die Zinserträge und Zinsaufwendungen der zur ökonomischen Steuerung zwischen verschiedenen Organisationseinheiten abgeschlossenen Tages- und Termingelder sowie Abgrenzungseffekte aus zur ökonomischen Steuerung des Zinsergebnisses eingesetzten Devisenswaps entsprechend ihrer ökonomischen Zuordnung im Zinsüberschuss und im Handelsergebnis auszuweisen.

Im Gegensatz zu Zinserträgen sind laufende Erträge nicht abzugrenzen, sondern zum Zeitpunkt der Realisierung in voller Höhe zu erfassen. Dividenden sind mit Entstehung des Rechtsanspruchs auf Zahlung zu vereinnahmen.

Provisionen

Erträge aus Provisionen sind zu berücksichtigen, wenn die zugrunde liegenden Dienstleistungen erbracht wurden, es wahrscheinlich ist, dass dem Unternehmen der ökonomische Nutzen zufließen wird und der Ertrag zuverlässig bestimmt werden kann. Erträge sind somit entweder über den Zeitraum zu vereinnahmen, über den die zugrunde liegende Leistung erbracht wird, oder direkt nach der Leistungserbringung erfolgswirksam zu erfassen.

Im Falle von erfolgsabhängigen Verwaltungsvergütungen hat die Ertragsvereinnahmung zu erfolgen, wenn die vertraglich vereinbarten leistungsabhängigen Kriterien erfüllt sind.

Versicherungsgeschäft

Gebuchte Bruttobeiträge sind für jeden Versicherungsvertrag unter Berücksichtigung des Versicherungsbeginns zeitanteilig taggenau zu berechnen. Hierbei hat es sich um im Geschäftsjahr fällig gewordene Beiträge und Beitragsraten sowie Einmalbeiträge für das selbst abgeschlossene und in Rückdeckung übernommene Versicherungsgeschäft zu handeln. Beiträge aus fondsgebundenen Lebensversicherungen, soweit es sich nicht um Kapitalisierungsverträge ohne Überschussbeteiligung handelt, sind ebenfalls als gebuchte Bruttobeiträge zu erfassen.

Die Beitragsanteile für Verwaltungsleistungen sind zeitanteilig als Erträge in der Gewinn- und Verlustrechnung auszuweisen. Für indexgebundene Policen und Dienstleistungsverträge sind Kostenzuschläge für Verwaltungsleistungen und Provisionen abzu-

122

grenzen und periodengerecht entsprechend der Leistungserbringung zu realisieren.

Barreserve

Als Barreserve sind der Kassenbestand, die Guthaben bei Zentralnotenbanken und anderen staatlichen Institutionen sowie Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen auszuweisen.

Der Kassenbestand hat auf Euro und Fremdwährung lautende Bargeldbestände zu umfassen, die mit dem Nominalwert bewertet beziehungsweise mit dem Sortenankaufkurs umzurechnen sind. Guthaben bei Zentralnotenbanken und anderen staatlichen Institutionen sowie Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sind der Kategorie „Kredite und Forderungen“ zuzuordnen und zu fortgeführten Anschaffungskosten zu bewerten. Zinserträge aus finanziellen Vermögenswerten der Barreserve sind als Zinserträge aus Kredit- und Geldmarktgeschäften zu erfassen.

Forderungen an Kreditinstitute und Kunden

Als Forderungen an Kreditinstitute und Kunden sind sämtliche auf den Namen lautende Forderungen zu erfassen, die nicht als „Zu Handelszwecken gehalten eingestufte Finanzinstrumente“ kategorisiert werden. Neben täglich fälligen und befristeten Forderungen aus dem Kredit-, Leasing- und Geldmarktgeschäft sind unter den Forderungen an Kreditinstitute und Kunden auch Schuldscheindarlehen und Namensschuldverschreibungen zu bilanzieren.

Forderungen an Kreditinstitute und Kunden sind zu fortgeführten Anschaffungskosten zu bewerten. Im Rahmen der Bilanzierung von Absicherungen des beizulegenden Zeitwerts sind die Buchwerte gesicherter Forderungen um die auf das gesicherte Risiko entfallende Änderung des beizulegenden Zeitwerts zu adjustieren. Die daraus resultierenden Buchwertanpassungen sind als Teil des Sonstigen Bewertungsergebnisses aus Finanzinstrumenten im Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen zu erfassen. Darüber hinaus hat zur Vermeidung oder wesentlichen Verminderung von Rechnungslegungsanomalien für bestimmte Forderungen eine Einstufung zur erfolgswirksamen Bewertung mit dem beizulegenden Zeitwert zu erfolgen. Forderungen aus Finanzierungs-Leasingverhältnissen sind nach den Vorschriften für die Bilanzierung von Leasingverhältnissen anzusetzen und zu bewerten.

Zinserträge aus Forderungen an Kreditinstitute und Kunden sind unter den Zinserträgen aus Kredit- und Geldmarktgeschäften zu erfassen. Als Zinserträge sind auch die Ergebnisse aus der Veräußerung von als „Kredite und Forderungen“ kategorisierten Forderungen an Kreditinstitute und Kunden sowie die Amortisation von Buchwertanpassungen bei der Bilanzierung von Absicherungen des beizulegenden Zeitwerts zu erfassen. Ergebnisse aus der Bewertung von Forderungen, die zur erfolgswirksamen Bewertung mit dem beizulegenden Zeitwert eingestuft sind, sind im gleichnamigen Ergebnis ebenfalls als Teil des Sonstigen Bewertungsergebnisses aus Finanzinstrumenten auszuweisen.

Risikovorsorge

Die Risikovorsorge für Forderungen an Kreditinstitute und Kunden ist als gesonderter Bilanzposten offen aktivisch abzusetzen. Zuführungen zur und Auflösungen von Risikovorsorge für Forderungen an Kreditinstitute und Kunden sind in der Gewinn- und Verlustrechnung als Risikovorsorge im Kreditgeschäft zu erfassen.

Die Risikovorsorgebildung hat darüber hinaus Veränderungen von Rückstellungen im Kreditgeschäft und Verbindlichkeiten aus Finanzgarantien zu umfassen. Zuführungen zu und Auflösungen von diesen Posten sind ebenfalls erfolgswirksam in der Risikovorsorge im Kreditgeschäft zu erfassen.

Positive und negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten

Als positive und negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten sind die Buchwerte derivativer Finanzinstrumente auszuweisen, die im Rahmen von effektiven und dokumentierten Sicherungsbeziehungen als Sicherungsinstrumente designiert sind.

Die Bewertung der derivativen Finanzinstrumente hat mit dem beizulegenden Zeitwert zu erfolgen. Änderungen des beizulegenden Zeitwerts von Sicherungsinstrumenten für Absicherungen des beizulegenden Zeitwerts zwischen zwei Abschlussstichtagen sind in der Gewinn- und Verlustrechnung als Teil des Sonstigen Bewertungsergebnisses aus Finanzinstrumenten im Ergebnis aus der Bilanzierung von Sicherungsgeschäften auszuweisen.

123

Bei derivativen Sicherungsinstrumenten, die Absicherungen von Zahlungsströmen beziehungsweise Absicherungen von Nettoinvestitionen in ausländische Geschäftsbetriebe dienen, sind die auf den effektiven Teil der Sicherungsbeziehungen entfallenden Änderungen des beizulegenden Zeitwerts erfolgsneutral zu erfassen. Der Ausweis hat im Eigenkapital in der Rücklage aus Absicherungen von Zahlungsströmen beziehungsweise in der Rücklage aus der Währungsumrechnung zu erfolgen. Die auf den ineffektiven Teil der Sicherungsbeziehungen entfallenden Änderungen des beizulegenden Zeitwerts sind als Teil des Sonstigen Bewertungsergebnisses aus Finanzinstrumenten im Ergebnis aus der Bilanzierung von Sicherungsgeschäften auszuweisen.

Handelsaktiva und -passiva

Handelsaktiva und -passiva haben ausschließlich finanzielle Vermögenswerte und finanzielle Verbindlichkeiten zu umfassen, die der Bewertungskategorie „Zu Handelszwecken gehalten eingestufte Finanzinstrumente“ zugeordnet werden.

Derivative Finanzinstrumente mit positiven beizulegenden Zeitwerten sind den Handelsaktiva zuzuordnen, wenn diese mit Handelsabsicht abgeschlossen wurden oder trotz Sicherungsabsicht die Voraussetzungen für eine Bilanzierung als Sicherungsinstrument nicht erfüllen.

In den Handelsaktiva und Handelspassiva ausgewiesene Finanzinstrumente sind stets erfolgswirksam mit dem beizulegenden Zeitwert zu bewerten. Ergebnisse aus der Bewertung, Zinserträge und -aufwendungen sowie Dividenden aus Handelsaktiva und -passiva sind im Handelsergebnis zu erfassen, sofern bei den jeweiligen Instrumenten eine tatsächliche Handelsabsicht besteht.

Bewertungsergebnisse aus derivativen Finanzinstrumenten, die zu Sicherungszwecken abgeschlossen werden, jedoch nicht in die Bilanzierung von Sicherungszusammenhängen einbezogen sind, sind im Sonstigen Bewertungsergebnis aus Finanzinstrumenten als Ergebnis aus ohne Handelsabsicht abgeschlossenen derivativen Finanzinstrumenten zu erfassen. Werden Grundgeschäfte zur Vermeidung von Rechnungslegungsanomalien der Kategorie „Zur erfolgswirksamen Bewertung mit dem beizulegenden Zeitwert eingestufte Finanzinstrumente“ zugeordnet, sind die Bewertungsergebnisse der zugeordneten Sicherungsderivate im Ergebnis aus zur

erfolgswirksamen Bewertung mit dem beizulegenden Zeitwert eingestufteten Finanzinstrumenten zu erfassen. Zinserträge aus und Zinsaufwendungen für derivative Finanzinstrumente, die ohne Handelsabsicht abgeschlossen wurden oder zur Absicherung von „Zur erfolgswirksamen Bewertung mit dem beizulegenden Zeitwert eingestufteten Finanzinstrumenten“ eingesetzt werden, sind im Zinsüberschuss auszuweisen.

Finanzanlagen

Als Finanzanlagen sind auf den Inhaber lautende Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere, Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere sowie auf den Inhaber oder den Namen lautender sonstiger Anteilsbesitz an Unternehmen, bei denen kein maßgeblicher Einfluss besteht, auszuweisen, sofern diese Wertpapiere beziehungsweise Unternehmensanteile nicht zu Handelszwecken gehalten werden. Darüber hinaus haben die Finanzanlagen Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen sowie Anteile an Gemeinschaftsunternehmen und assoziierten Unternehmen zu umfassen.

Der erstmalige Ansatz der Finanzanlagen hat mit dem beizulegenden Zeitwert zu erfolgen. Aktien und sonstiger Anteilsbesitz, Anteile an Tochterunternehmen, Gemeinschaftsunternehmen und assoziierten Unternehmen, die nach der Equity-Methode gemäß IAS 28.10-19 bilanziert werden oder bei denen der beizulegende Zeitwert nicht verlässlich bestimmt werden kann, sind beim Zugang mit den Anschaffungskosten anzusetzen. Die Folgebewertung der Finanzanlagen hat entsprechend den in diesen Grundsätzen beschriebenen Bewertungskategorien, der sie zugeordnet sind, zu erfolgen. Bei Anteilen an Gemeinschaftsunternehmen und assoziierten Unternehmen ist die Folgebewertung grundsätzlich nach der Equity-Methode vorzunehmen.

Wertberichtigungen von Finanzanlagen sind direkt im Buchwert der betreffenden Finanzanlagen vorzunehmen.

Zinsen sowie über die Laufzeit amortisierte Agien und Disagien aus Finanzanlagen sind im Zinsüberschuss zu erfassen. Dividenden aus Eigenkapitalinstrumenten sind in den laufenden Erträgen im Zinsüberschuss auszuweisen. Ergebnisse aus der Anwendung der Equity-Methode sind ebenfalls im Zinsüberschuss auszuweisen. Wertberichtigungen und Wertaufholungen sowie bei Veräußerungen reali-

124

sierte Gewinne und Verluste aus nicht erfolgswirksam mit dem beizulegenden Zeitwert bewerteten Finanzanlagen sind im Ergebnis aus Finanzanlagen zu berücksichtigen.

S a c h a n l a g e n u n d I n v e s t m e n t P r o p e r t y

Im Bilanzposten Sachanlagen und Investment Property sind durch die genossenschaftliche Finanzgruppe genutzte Grundstücke und Gebäude sowie Betriebs- und Geschäftsausstattung mit einer erwarteten Nutzungsdauer von mehr als einem Jahr zu erfassen. Darüber hinaus sind Vermögenswerte als Leasinggegenstände auszuweisen, die im Rahmen von Operating-Leasinggeschäften gehalten werden. Unter Investment Property sind Immobilien, die der Erzielung von Mieteinnahmen dienen oder mit der Absicht der Wertsteigerung gehalten werden, auszuweisen.

Sachanlagen und Investment Property sind mit den Anschaffungs- oder Herstellungskosten anzusetzen, die in den folgenden Berichtszeiträumen um kumulierte Abschreibungen und kumulierte Wertberichtigungen zu reduzieren sind.

Abschreibungen und Wertberichtigungen von Sachanlagen und Investment Property sind als Verwaltungsaufwendungen zu erfassen. Wertaufholungen gehen in das Sonstige betriebliche Ergebnis ein.

E r t r a g s t e u e r a n s p r ü c h e u n d - v e r p f l i c h t u n g e n

Tatsächliche und latente Ertragsteueransprüche sind im Bilanzposten Ertragsteueransprüche, tatsächliche und latente Ertragsteuerverpflichtungen im Bilanzposten Ertragsteuerverpflichtungen auszuweisen. Tatsächliche Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen sind in der Höhe anzusetzen, in der eine Erstattung oder eine künftige Zahlung erwartet wird.

Latente Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen sind für temporäre Differenzen zwischen dem Wertansatz im Konsolidierten Jahresabschluss und dem steuerlichen Wertansatz von Vermögenswerten und Schulden sowie für noch nicht genutzte steuerliche Verlustvorträge anzusetzen, sofern deren Realisierung hinreichend wahrscheinlich ist. Die Bewertung hat mit dem landes- und unternehmensspezifischen Steuersatz zu erfolgen, der voraussichtlich zum Zeitpunkt ihrer Realisierung Gültigkeit haben wird.

Latente Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen sind nicht zu diskontieren. Soweit temporäre Differenzen erfolgsneutral entstanden sind, sind die daraus resultierenden latenten Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen ebenfalls erfolgsneutral zu erfassen. Erfolgswirksame Erträge aus und Aufwendungen für tatsächliche und latente Ertragsteuern sind in der Gewinn- und Verlustrechnung im Posten Ertragsteuern zu berücksichtigen.

S o n s t i g e A k t i v a

Immaterielle Vermögenswerte sind unter den Sonstigen Aktiva auszuweisen. Diese sind mit den Anschaffungs- oder Herstellungskosten anzusetzen. Software, erworbene Kundenbeziehungen und sonstige immaterielle Vermögenswerte mit bestimmter Nutzungsdauer sind bei der Folgebewertung um kumulierte Abschreibungen und kumulierte Wertberichtigungen zu reduzieren. Geschäfts- oder Firmenwerte sowie sonstige immaterielle Vermögenswerte mit unbestimmter Nutzungsdauer sind nicht abzuschreiben, sondern mindestens einmal innerhalb des Geschäftsjahres auf Wertminderungen gemäß IAS 36.7-57 zu überprüfen.

Z u r V e r ä u ß e r u n g g e h a l t e n e V e r m ö g e n s w e r t e u n d S c h u l d e n

Langfristige Vermögenswerte oder Gruppen von Vermögenswerten und Schulden, deren Veräußerung geplant ist, realisieren ihren Buchwert überwiegend durch das Veräußerungsgeschäft und nicht durch ihre fortgesetzte Nutzung. Sie sind daher bei Erfüllung der nachfolgend genannten Bedingungen als zur Veräußerung gehalten zu klassifizieren.

Die Klassifizierung als zur Veräußerung gehalten setzt voraus, dass die Vermögenswerte oder Gruppen von Vermögenswerten und Schulden im gegenwärtigen Zustand zu gängigen Bedingungen veräußerbar sind und die Veräußerung höchstwahrscheinlich ist. Eine höchstwahrscheinliche Veräußerung liegt vor, wenn der Plan für den Verkauf beschlossen wurde, die Suche nach einem Käufer und die Durchführung des Plans aktiv begonnen haben, der Vermögenswert oder die Veräußerungsgruppe zu einem Preis aktiv angeboten werden, der in einem angemessenen Verhältnis zum derzeitigen beizulegenden Zeitwert steht, und die Veräußerung erwartungsgemäß innerhalb eines Jahres ab dem Zeitpunkt der Klassifizierung erfolgt.

126

baren Versorgungszusagen sind keine Rückstellungen zu bilden. Die geleisteten Beiträge sind in den Verwaltungsaufwendungen als Aufwendungen für Altersversorgung zu erfassen.

Bei leistungsorientierten Plänen sagt der Arbeitgeber eine Leistung zu und trägt sämtliche Risiken aus der Zusage. Die Bewertung der leistungsorientierten Pensionsverpflichtungen hat auf dem Anwartschaftsbarwertverfahren zu beruhen. Der Bewertung sind verschiedene versicherungsmathematische Annahmen zugrunde zu legen. Dabei sind insbesondere Annahmen über den langfristigen Gehalts- und Rentenentwicklungstrend sowie die durchschnittliche Lebenserwartung zu treffen. Die Annahmen zum Gehalts- und Rententrend haben sich auf in der Vergangenheit beobachtete Entwicklungen zu stützen und berücksichtigen Erwartungen zur künftigen Entwicklung des Arbeitsmarkts. Anerkannte biometrische Rechnungsgrundlagen (Richttafeln 2005 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck) haben die Basis für die Schätzung der durchschnittlichen Lebenserwartung zu bilden. Der für die Abzinsung der künftigen Zahlungsverpflichtungen verwendete Zinssatz muss einem adäquaten Marktzinssatz für erstrangige, festverzinsliche Industrielanleihen mit einer den leistungsorientierten Pensionsverpflichtungen entsprechenden Laufzeit entsprechen. Die Ableitung des Zinssatzes hat entsprechend der Verpflichtungsstruktur (Duration) anhand eines Portfolios hochwertiger Unternehmensanleihen zu erfolgen, die festgelegte Qualitätsmerkmale und Mengenkriterien (ausstehender Nennwert) erfüllen müssen. Als Qualitätsmerkmale gelten insbesondere ein durchschnittliches AA-Rating von Moody's Investors Service, New York, Standard & Poor's, New York, Fitch Ratings, New York/London, und DBRS, Toronto. Anleihen mit bestehenden Kündigungsrechten in Form eingebetteter Derivate sind hierbei nicht zu berücksichtigen. Die Bewertung der leistungsorientierten Pensionsverpflichtungen der Primärbanken und der MHB hat nach den oben genannten Grundsätzen unter Anwendung einer typisierten zugrunde gelegten Versorgungszusage zu erfolgen.

Versicherungsmathematische Gewinne und Verluste aufgrund erfahrungsbedingter Anpassungen und Auswirkungen von Änderungen versicherungsmathematischer Annahmen von leistungsorientierten Pensionsverpflichtungen sowie Gewinne und Verluste aus der Neubewertung von Planvermögen und Erstattungsansprüchen sind im Geschäftsjahr, in dem sie anfallen, im erfolgsneutralen Konzernergebnis zu erfassen.

Rückstellungen im Kreditgeschäft

Rückstellungen im Kreditgeschäft haben in branchenüblichem Umfang vorliegende Unsicherheiten zu berücksichtigen. In den zugrunde gelegten Annahmen und Schätzungen sind neben Erfahrungswerten aus der Vergangenheit auch Erwartungen und Prognosen hinsichtlich der künftigen Entwicklung zu berücksichtigen.

Bausparspezifische Rückstellungen

Bausparspezifische Rückstellungen sind für den Fall zu bilden, dass gemäß den Tarifbedingungen der Bausparverträge vereinbarte Bonifikationen zu leisten sind. Diese können in Form der Rückgewähr von Teilen der Abschlussgebühren oder in Form von Bonuszinsen für Einlagen auftreten.

Sonstige Rückstellungen

Unter den sonstigen Rückstellungen sind unter anderem weitere Rückstellungen für Leistungen an Arbeitnehmer auszuweisen, wie zum Beispiel Rückstellungen für andere langfristig fällige Leistungen an Arbeitnehmer (beispielsweise Altersteilzeitregelungen), Rückstellungen für Leistungen aus Anlass der Beendigung des Arbeitsverhältnisses (beispielsweise Vorruhestandsregelungen) und Rückstellungen für kurzfristig fällige Leistungen an Arbeitnehmer.

Als sonstige Rückstellungen sind des Weiteren Rückstellungen für Restrukturierungen sowie Rückstellungen für Risiken aus laufenden Rechtsstreitigkeiten zu erfassen. Letztere sind zu bilden, wenn mehr Gründe dafür als dagegen sprechen, dass sich aus dem jeweiligen Rechtsstreit eine Zahlungsverpflichtung ergibt. Die Höhe richtet sich nach den möglichen daraus resultierenden Verlusten.

Nachrangkapital

Als Nachrangkapital sind sämtliche auf den Namen oder den Inhaber lautende Fremdkapitalinstrumente zu erfassen, die im Insolvenz- oder Liquidationsfall erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Verbindlichkeiten, jedoch vor Verteilung des Insolvenz- oder Liquidationserlöses an die Gesellschafter, zurückgezahlt werden.

Die Bewertung des Nachrangkapitals und die Erfassung der Bewertungsergebnisse hat analog zu den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden zu erfolgen.

127

E i g e n k a p i t a l

Das Eigenkapital hat den Residualwert aus den Vermögenswerten abzüglich der Schulden der genossenschaftlichen FinanzGruppe darzustellen. Geschäftsguthaben der selbstständigen Kreditgenossenschaften sowie Anteile stiller Gesellschafter sind im Rahmen des Konsolidierten Jahresabschlusses als wirtschaftliches Eigenkapital zu betrachten und im Eigenkapital auszuweisen. Das Eigenkapital hat das gezeichnete Kapital – bestehend aus Geschäftsguthaben beziehungsweise Grundkapital sowie Anteilen stiller Gesellschafter – und Kapitalrücklagen der Kreditgenossenschaften zu umfassen. Darüber hinaus hat das Eigenkapital das erwirtschaftete Kapital der genossenschaftlichen FinanzGruppe, die Rücklage aus der Bewertung mit dem beizulegenden Zeitwert von zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten (Neubewertungsrücklage), die Rücklage aus der Absicherung von Zahlungsströmen, die Rücklage aus der Währungsumrechnung sowie die nicht beherrschenden Anteile am Eigenkapital von konsolidierten Unternehmen zu enthalten.

T r e u h a n d - g e s c h ä f t

Treuhandgeschäfte sind Geschäfte, die in eigenem Namen für fremde Rechnung getätigt werden. Im Rahmen von Treuhandgeschäften gehaltene Vermögenswerte und Schulden erfüllen nicht die Kriterien für den Ansatz in der Bilanz.

Erträge und Aufwendungen aus Treuhandgeschäften sind als Provisionserträge beziehungsweise Provisionsaufwendungen zu erfassen. Erträge und Aufwendungen aus der Durchleitung und Verwaltung von Treuhandkrediten sind zu verrechnen und in den Provisionserträgen aus dem Kredit- und Treuhandgeschäft auszuweisen.

E r l ä u t e r n d e A n g a b e n z u m K o n s o l i d i e r t e n J a h r e s a b s c h l u s s

Der Konsolidierte Jahresabschluss hat erläuternde Angaben nach den nachfolgenden Vorgaben zu enthalten:

- Es sind die gemäß IFRS 12 „Angaben zu Anteilen an anderen Unternehmen“ geforderten Angaben offenzulegen

- Offenlegung einer Segmentberichterstattung gemäß IFRS 8.5-19 „Geschäftssegmente“
- weitergehende Erläuterungen und Aufgliederungen der wesentlichen Bestandteile der Posten der Gewinn- und Verlustrechnung sowie der Bilanzposten
- Darstellung der Entwicklung der Risikovorsorge (Bilanz und GuV; Überleitung Anfangsbestand auf Endbestand)
- Überleitungsrechnung nach IAS 12.81c zur Darstellung des Zusammenhangs zwischen den – unter Anwendung des in Deutschland geltenden Steuerrechts – rechnerisch ermittelten und den erfassten Ertragsteuern
- Entwicklung des Barwerts der leistungsorientierten Pensionsverpflichtungen sowie Entwicklung der Planvermögen gemäß IAS 19.140
- Angaben zu Finanzinstrumenten gemäß IFRS 7.25 und IFRS 7.39a
- Angaben zur Kapitalausstattung und zu aufsichtsrechtlichen Kennziffern:
 - Die Angaben haben sich jeweils auf das institutsbezogene Sicherungssystem (genossenschaftlicher Haftungsverbund) zu beziehen. Die Angaben zu den Eigenmitteln bzw. Eigenmittelanforderungen haben auf den Informationen aus der Erweiterten Zusammenfassungsverrechnung nach Artikel 49 Absatz 3 CRR in Verbindung mit Artikel 113 Absatz 7 CRR („EZR“) zu beruhen.
 - Zum 31. Dezember 2017 hat für das institutsbezogene Sicherungssystem des genossenschaftlichen Verbundes der Ausweis der Leverage Ratio entsprechend den Anforderungen des Artikels 429 CRR zu erfolgen. Als Kapitalmessgröße ist das Kernkapital gemäß EZR nach Artikel 49 Absatz 3 CRR zugrunde zu legen, welches um sämtliche haftungsverbundinternen Kernkapitalpositionen der Mitglieder des institutsbezogenen Sicherungssystems zu bereinigen ist. Die Risikopositionswerte sind durch Aggregation der Einzelmeldungen zur Leverage Ratio sämtlicher Mitgliedsinstitute zu ermitteln und um wesentliche haftungsverbundinterne Positionen zu bereinigen.

128

- Die Primärbanken und die Münchener Hypothekenbank sind mit ihren jeweiligen Meldungen auf Einzelbasis einzubeziehen. Die DZ BANK ist mit ihrer Meldung auf konsolidierter Basis zu berücksichtigen. Die Meldung des DZ BANK Konzerns hat auf Basis des aufsichtsrechtlichen Konsolidierungskreises zu erfolgen.
- Die zugrunde gelegten Meldebögen der IPS-Mitglieder („Institutional Protection Scheme“) zum 31. Dezember 2017 haben auf der Durchführungsverordnung (EU) 680/2014 zu beruhen, die durch die Durchführungsverordnung (EU) 2016/428 an die Änderungen der Delegierten Verordnung (EU) 2015/62 vom 10. Oktober 2014 angepasst wurde.
- Aufgliederungen zur Zusammensetzung von Finanzgarantien und Kreditzusagen, zum Treuhandgeschäft, zur Vermögensverwaltung der Union Investment Gruppe, Bestandsbewegungen sowie Bewegungen der Zuteilungsmasse der Bausparkasse Schwäbisch Hall, Deckungsrechnung für das Hypotheken- und Kommunalkreditgeschäft der Hypothekenbanken
- Angaben zu Leasingverhältnissen gemäß IAS 17.47
- Nennung der Mitglieder des Vorstands des BVR
- Unterzeichnung des konsolidierten Abschlusses durch den Vorstand unter Angabe des Datums

L a g e b e r i c h t i n k l u s i v e R i s i k o b e r i c h t

Bei der Aufstellung des Lageberichts inklusive des Risikoberichts sind die Grundsätze des § 315 Absatz 1 Sätze 1 bis 4 HGB zu berücksichtigen. Die Angabe von Leistungsindikatoren im Sinne von § 315 Absatz 3 HGB hat entsprechend zu erfolgen. Die maßgeblichen nicht finanziellen Leistungsindikatoren sind im Abschnitt Personalbericht darzustellen. Der Risikobericht hat eine Darstellung der Angaben nach § 315 Absatz 2 Satz 1 Nr. 1 HGB in analoger Anwendung auf die Genossenschaftliche Finanzgruppe Volksbanken Raiffeisenbanken als Verbund sowie die Erfüllung des Zwecks als institutsbezogenes Sicherungssystem vorzunehmen. Weiter hat eine Darstellung der wesentlichen Chancen sowie des Risikomanagements im Verbund als dezentrale Organisation sowie im Rahmen der Prognose ein Ausblick auf die Entwicklung wesentlicher Elemente der Gewinn- und Verlustrechnung zu erfolgen.

Herausgeber



**Bundesverband der Deutschen
Volksbanken und Raiffeisenbanken · BVR**

Geschäftspolitik/Kommunikation

Redaktion: Tim Zuchiatti

Verantwortlich: Melanie Schmergal

Schellingstraße 4 · 10785 Berlin

Telefon: 030 2021-1300

Telefax: 030 2021-1905

E-Mail: presse@bvr.de

www.bvr.de



- 1 Handelsergebnis, Ergebnis aus Finanzanlagen, Sonstiges Bewertungsergebnis aus Finanzinstrumenten.
- 2 Verdiente Beiträge aus dem Versicherungsgeschäft, Ergebnis aus Kapitalanlagen und sonstiges Ergebnis der Versicherungsunternehmen, Versicherungsleistungen, Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb.
- 3 Bilanzsumme einschließlich Finanzgarantien und Kreditzusagen, Treuhandgeschäft sowie Vermögensverwaltung der Union Investment Gruppe.
- 4 Konsolidiertes Ergebnis vor Steuern im Verhältnis zum durchschnittlichen Eigenkapital.
- 5 Konsolidierter Jahresüberschuss im Verhältnis zur Bilanzsumme.



BVR

